

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (mit dem ersten Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Korresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sächsische Umkehr?

Die Wirkungen des 16. Juni auf die weitere Gestaltung der deutschen Politik lassen sich heute noch nicht ermessen und werden erst allmählich in die Erscheinung treten. In demjenigen deutschen Staat aber, in welchem der socialdemokratische Sieg in übergewaltiger Kraft sich durchsetzte, in Sachsen, treten diese Wirkungen bereits eindringlich hervor.

Dreiviertelabsolutistisch, wie die Verfassungen der deutschen Staaten sind, mag das Volk überaus deutlich seine Gegnerschaft gegen eine herrschende Politik befunden, es sieht die Macht habenden nicht an; Minister, denen das Mißtrauen der Volksmehrheit gilt, bleiben auf ihrem Posten von Monarchengnaden, sie bleiben häufig um so fester, je mißliebiger sie im Volke wurden.

In Sachsen hat die Regierung stets gegen das Volk regiert und, als diese brutale Tyrannis Widerstand erzeugte, hat man den Unwilligen das Wahlrecht genommen. Die Nichtachtung des Volkswillens war Staatsgrundgesetz.

Die Wahlen des 16. Juni aber haben diesen Grundgesetz erschüttert. Es gibt eine Grenze, wo die verstockteste Reaktion zurückbebt. Diese Grenze ist in Sachsen erreicht worden. Die zerschmetternde Niederlage der „Ordnungsparteien“, die Einnahme von 22 unter den 28 Wahlkreisen durch die Socialdemokratie, das Anschwellen der socialdemokratischen Stimmen von kaum 300 000 im Jahre 1898 auf 440 000 im Jahre 1903 — das waren Ereignisse, in denen auch der cynische Gohmert der famosen „Staatsmänner“, deren sich Sachsen rühmt, schlaglich zusammenbricht.

Als bald nach dem Hauptwahltag erhob sich das Gerücht, Minister v. Meyß, der einflussreichste Vertreter der sächsischen Reaktion, werde seinen Abschied nehmen. Aber, wie zu erwarten war, der König opfert den verdienstvollen Mann nicht unmittelbar dem zornigen Protest des Volkes. Man wagt den absolutistischen Anstand; Herr v. Meyß wird erst nach einiger Frist, etwa nach den im Herbst stattfindenden sächsischen Landtagswahlen, verschwinden.

Herr v. Meyß ist der Minister der sächsischen Volksvertretung. Zwar war er nicht der Führende, sondern nur der Geschobene der konservativen Reaktionspartei; aber er vertrat vor den Kammern die Befestigung des alten besseren Wahlrechts und nötigte, mit Hilfe des jetzt regierenden Königs, den verstorbenen König Albert zur Sanctionierung des konservativen Rechtsunsurzes.

Herr v. Meyß ist der Beurteilte des 16. Juni. Man würde auch diesem Volksurteil mit dreifacher Strenge widerstehen, wenn man könnte. Es ist unmöglich. Selbst fast die gesamte sächsische „Ordnungs“-Presse fordert eine Umkehr in der sächsischen Politik.

Vor den Wahlen schmähte diese niedrige Presse über socialdemokratische Vergehungen und Irreführungen. Jetzt muß sie zugestehen, daß in der sächsischen Politik „Fehler gemacht“ worden sind und daß andre Wege eingeschlagen werden müssen. Blätter wie die „Dresdener Nachr.“ und die regierungsoffizielle „Leipz. Ztg.“ fordern eine neue Politik, die geeignet sein soll, den alles überflutenden Strom des sächsischen Mißbehagens zu hemmen und die „Wüßläufer“ wieder von der Socialdemokratie loszulösen.

Die „Dresdener Nachr.“ rufen offen nach einer Wahlrechtsreform in Sachsen. Sie entdecken, daß „die politische Mißstimmung nicht ein Produkt einer agitatorischen Arbeit ist“ und daß das im Jahre 1898 geschaffene Landtags-Wahlrecht obenan stehe unter den Ursachen der Mißstimmung. Sie bezeichnen die Klaffen-einteilung des Landtags-Wahlrechts als „harte Ungerechtigkeit!“

Das ist die schallende Selbstverurteilung der sächsischen Reaktionsmänner. Vor sieben Jahren erklärten sie den Wahlrechtsraub als rettende That, als wundersamstes Mittel, die Socialdemokratie zurückzuwerfen. Jetzt zwingt ihnen die höchste Not das Bekenntnis ab, daß sie „harte Ungerechtigkeit“ begingen.

Als eine weitere Wirkung des 16. Juni scheint sich die Abbröckelung des „Kartells“ zu ergeben. Das Kartell aller Ordnungsparteien sollte das Allheilmittel gegen die Socialdemokratie bedeuten, es wurde, wie wir prophezeien konnten, ein Mittel, um selbst den „Ordnungs“-Wählern die politische Bethätigung zu verweigern. Nationalliberale sollten für Antisemiten, Fabrikanten sollten für extreme Agrarier stimmen; in solch widerigem Gemisch sollte alle politische Selbstständigkeit ertränkt werden. Der Zwang war so unerträglich, daß schon in der Wahlbewegung in Dresden, Freiberg und Leipzig liberale Elemente vom Kartell sich losrissen. Es zeigte sich freilich, daß diese liberalen Elemente keine große Kraft zu entwickeln im stande waren. Und man darf auch der Thatsache keine so große Bedeutung belegen, daß soeben der nationalliberale Verein in Dresden beschloß, bei den Landtagswahlen selbständig in die Agitation einzutreten und „hinsfort die liberalen Grundsätze namentlich der konservativen Partei gegenüber mit allem Nachdruck zu vertreten und eine Wenderung des Landtags-Wahlrechts mit allen Mitteln anzustreben.“

Uebershaupt wäre nichts verkehrter, als diese sächsische „Umkehr“ zu überschätzen.

Es sind die hängen Stunden verzweifelter Not, aus denen dieser Ruf nach Umkehr erschallt. Wer die sächsische Reaktion einigermaßen kennt, der weiß, daß eine ernsthafte Umkehr ausgeschlossen ist. Man wird nicht das hundertfache Unrecht, das jahrein jahraus auf die arbeitenden Klassen des Landes gehäuft wurde, beseitigen; man wird keineswegs auch nur annäherungsweise Vorechtigkeit in das sächsische Wahlrecht einführen! Man summt lediglich darauf, die Brutalität des Unrechts durch Scheinreformen ein wenig abzuschleifen. Man will die Reaktion nicht beseitigen, man will nur dieselbe Reaktion etwas geschickter betreiben.

Hierauf deuten die Vorschläge, die ungeordnet und ungeklärt in den sächsischen „Ordnungs“-Blättern gemacht werden. Die „Dresdener Nachrichten“ fordern als „selbstverständliche Voraussetzung“ ihrer Wahlrechtsreform, daß Garantien gegen die Möglichkeit einer Majorisierung der Landesvertretung durch Anhänger der Umsturzpartei fortbestehen, daß also eine einfache Rückkehr zu dem vor-maligen Wahlrecht von vornherein ausgeschlossen ist.“ Bekanntlich war aber schon 1895/96 das Verbot von einer Majorisierung durch die Socialdemokratie nur ein lächerlicher Vorwand, um die Absicht der möglichst vollständigen Beseitigung der Arbeitervertreter zu verschleiern. Auch das frühere sächsische Wahlrecht war durch Censur und ungerechte Wahlkreis-Einteilung in sehr hohem Maße zum Vorteil der Konservativen zugeschnitten, die schon vor 1896 in der zweiten sächsischen Kammer die weit überwiegende Macht innehatten.

Aber es giebt in Sachsen sogar sehr einflussreiche Kreise, die nicht nur keiner Reformpolitik, und wäre es eine Politik der Scheinreform, das Wort reden, sondern nach dem Wahlausfall nur umso ungestümer nach Gewaltmaßnahmen gegen die Socialdemokratie drängen. Das Leipziger „Vaterland“, Organ der sächsischen konservativen Partei, ergeht sich unter dem Aufse „Landgraf werde hart!“ in wilden Forderungen zur Bekämpfung des „Terrorismus des zuchtlos gewordenen organisierten Proletariats“. Das Blatt ergeht den Ruf, „der mit gepanzertem Faust die Empörer zu Boden schmettert und dem Gesetz und der Obrigkeit wieder Respekt verschafft.“ Es stellt die toll-lächerliche Forderung, daß die Beamten verpflichtet werden, „sich an die Spitze der Gegner der Revolutionspartei zu stellen als die geborenen Verteidiger von Thron und Vaterland“ und daß „für die Beförderung der Beamten hinfort nicht ihre dienstlichen Leistungen allein, sondern auch noch ihre politische Thätigkeit bei Beförderung des Aufstuzes in Betracht gezogen werden“. Es werden weiter Ausnahmemaße gegen „staatsfeindliche Umtriebe“ verlangt usw.

Zwar weist die „Leipziger Zeitung“ solche Unsinnsigkeiten als Erzeugnisse des „ersten Unmutes“ sanft zurück, aber es belundet sich in ihnen doch deutlich die Stimmung gerade derjenigen konservativen Politiker, welche die Macht in Sachsen haben. Dem „Vaterland“ stehen die Rechner und Opiß nahe, die Katastrophen in der Volksvertretung von 1898! Diese „Gesellschaft“, deren Einfluß in den beiden Kammern des Landtages, dank dem schmächtigen Wahlrecht, übermächtig ist, wird sich höchstens zu Wenderungen betrogen lassen, die den Nationalliberalen einige Vorteile bringen, nimmermehr aber zur Bewilligung eines auch nur einigermaßen gerechten Wahlrechts.

Das einzige Mittel, um zu einer Umkehr in Sachsen zu gelangen, die dieses Namens würdig wäre, liegt in den fortgesetzt machtvollen Kämpfen der Socialdemokratie. Die Macht allein, die durch ihren gewaltigen Wahlsieg die Gegner erschreckt und demüthigt hat, ist im stande, die Früchte des Sieges zu erwirken.

Der Wahlsieg des 16. Juni ist, wie im ganzen Reiche, so besonders in Sachsen, der Anfang neuen Ringens. Die „Ordnungs“-partei tünchen sich von neuem, wenn sie sich der Meinung hingeben, durch Scheinreformen ihre politische Situation bessern zu können. Darum hat die übergroße Mehrheit des sächsischen Volkes ihre Stimmen auf die Socialdemokratie vereinigt, weil die Socialdemokratie das ganze Unrecht belämpft und für das ganze Recht streitet, weil sie nur eine Wahlrechtsreform lemt: das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht!

Frauenarbeit und Normal-Arbeitszeit in Preußen.

I.
 Wir haben bereits hervorgehoben, daß der badische Fabrik-Inspektions-Bericht auf Grund einer sorgsam durchgeführten Enquete sich nachdrücklich für die Herabsetzung der täglichen Normal-Arbeitszeit für Frauen von 11 auf 10 Stunden ausgesprochen hat. Die Berichte der preussischen Gewerbe-Aufsichts-beamten nehmen an zwei Stellen gleichfalls auf die vom Reichsamt des Innern erneut veranlaßte Erhebung Bezug. Das läßt zwar keinen sicheren Rückschluß auf das Gesamtbild dieser letzteren zu. Immerhin ist die Auslassung des Berichtes für den Regierungsbezirk Breslau bemerkenswert, wonach „eine solche Beschränkung zur Zeit wohl durchführbar ist, ohne die Betriebe, welche vorzugsweise Arbeiterinnen beschäftigen, wirtschaftlich wesentlich zu schädigen“. Der Bericht betont, daß von den 1258 gewerblichen Anlagen mit Arbeiterinnen am 1. Oktober des letzten Jahres bereits 766, also 60 Proz., die regelmäßige Betriebszeit auf zehn Stunden und weniger herabgesetzt hatten. Von den übrigen Anlagen mit noch elfstündiger Arbeitszeit werde der größte Teil bei einer gesetzlichen Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit die Betriebs-einrichtungen derart zu vervollkommen in der Lage sein, daß die frühere Produktionshöhe erreicht werde.

Auch hier haben sich offenbar die Wirkungen der Krise, so schmerzhaft und entbehrungsvoll sie auf der einen Seite für die Arbeiterin gewesen sind, lehrreich und förderlich erwiesen, indem die vielfach erzwungenen Verkürzungen der Arbeitszeit den Nachweis erbrachten, daß damit nicht ohne weiteres Produktionsausfälle verbunden sind, daß vielmehr die menschliche Leistungsfähigkeit proportional der verkürzten Arbeitszeit wächst. So wurde in einer Möbelfabrik des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. die neunstündige Arbeitszeit dauernd eingeführt;

Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind damit in gleicher Weise zufrieden, „die Leistungsfähigkeit hat sich dadurch nicht merkbar verringert“. Eine der bedeutendsten Anlagen der Textil-industrie zu Langenbielau hat die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, „nachdem sich herausgestellt, daß die Produktionshöhe in diesen 10 Stunden nicht hinter derjenigen der früheren 10 1/2 stündigen Betriebsdauer zurückblieb“. Die Schreiner-Zwangsunion zu Bochum hat sich gleichfalls vom 1. Oktober letzten Jahres ab für den zehnstündigen Maximal-Arbeitsstag entschieden. In mehreren Textil-fabriken des Regierungsbezirks Siegnitz wurde im Frühjahr „vorübergehend“ die Arbeitszeit um zwei bis drei Stunden verkürzt. „Ein Unternehmer erreichte durch diese Maßnahme jedoch nicht die beabsichtigte Einschränkung der Erzeugnisse. Die Arbeiterinnen, welche im Accord beschäftigt wurden, leisteten, wie der Gewerbetreibende berichtet, in 8 Stunden ebensobiel wie bisher in 10 Stunden. Um die Produktionseinschränkung herbeizuführen, sah er sich deshalb veranlaßt, Arbeiterinnen zu kündigen.“ Daher kommt der Breslauer Bericht generell zu dem Ergebnis, daß „so manderlei Bedenken im Jahre 1899 zu erheben waren, als es sich um Prüfung der Frage handelte, welche Wirkungen die unermittelte Beseitigung der verheirateten Arbeiterinnen aus der Fabrik haben würde, so wenig jetzt gegen die Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit sprechen.“

Der Bericht weist darauf hin, daß für manche Betriebsarten, zumal wenn Frauen darin beschäftigt werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit eine hygienische Notwendigkeit sei. „So wurden u. a. in einer Zuderfabrik, welche nach dem Strontian-Verfahren arbeitet, Arbeiterinnen sowohl in den Strontian-Ziegelöfen als auch in den Trockenanlagen über diesen Öfen beschäftigt. In einer Ofenfabrik wurden Arbeiterinnen beim Entleeren von Ofenhammern angetroffen, in denen der Schmelzung nach eine Temperatur von 70 Grad herrschte. Eine wirkliche Messung konnte an dem Tage nicht vorgenommen werden, weil die Skaleneinteilung des zum Messen benutzten Thermometers nur bis 56 Grad reichte. Ferner wurden in allen Porzellanfabriken Arbeiterinnen zum Entleeren der Brennöfen verwendet, während in diesen noch so hohe Temperaturen herrschten, daß sich in einem Falle der Celluloidkamm einer Arbeiterin, mit dem die Kopshaare festgesteckt waren, entzündete, die Haare in Brand setzten und dadurch einen Unfall herbeiführte, welcher die Arbeiterin wochenlang arbeitsunfähig machte. Auch bezüglich der in chemischen Fabriken und den Düngersabriken des Bezirkes beschäftigten Arbeiterinnen erscheint die Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit wünschenswert.“ Von ähnlicher Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte wissen auch die übrigen Berichte zu melden. Daß es in der Fauerischen Wäsche-Industrie eine Arbeiterin bei täglich 10stündiger Fabrik- und 3-4stündiger Heimarbeit zu einem Wochenverdienst von 6 bis 10 Mark zu bringen vermag, haben wir bereits in unserm ersten Artikel über die preussischen Gewerbe-Inspektionsberichte hervorgehoben. „Schwere Vergehungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden in einer Wollseidefabrik (des Regierungsbezirks Osnabrück) festgestellt. Der Besitzer, der den jüdischen Sabbath streng einhielt und in der Zeit von Freitagabend bis Sonnabendabend in seinem Betriebe nicht arbeiten ließ, beschäftigte, um die verlorene Zeit wieder einzubringen, seine Arbeiterinnen täglich 12 Stunden und zwang sie außerdem, an mehreren Sonntagen außerhalb der Kirchengemeinde in einer Gemüßpräparatenfabrik des Regierungsbezirks Magdeburg fanden sich jugendliche und erwachsenere Arbeiterinnen im Dartraume beschäftigt, wo sie in leichtester Kleidung bei einer Temperatur von 60 Grad Celsius mit Arbeitern zusammen thätig waren. Allenhalben in den Berichten finden sich noch Klagen über Gesetzesübertretungen betr. die im Baugewerbe, den Ziegeleien, den Tischdrückereien und Marinier-anstalten und den Wollereien beschäftigten Arbeiterinnen. Insbesondere das Wollereimeßen verdient durchgreifende Beachtung. „Die im Berichtsjahre in größerem Umfang vorgenommene Besichtigung der Meiereien (des Regierungsbezirks Schleswig) hat ergeben, daß in vielen Betrieben die weiblichen Hilfskräfte früh morgens und spät abends außerhalb der zulässigen Zeit beschäftigt wurden. Von einer Bestrafung wurde abgesehen, weil die Wollereibetriebs-leiter der Provinz eine Abänderung der Bundesrats-Bekanntmachung vom 17. Juli 1895 beantragt hatten, der ablehnende Bescheid aber erst nach Ablauf des Jahres bekannt wurde. Die für Meiereien geltenden Vorschriften lassen sich aus dem Grunde schwer durchführen, weil sie nur auf die rein gewerblichen Meiereien und die eingetragenen Genossenschaften Anwendung finden, während die in gleicher Art und in gleichem Umfang betriebenen Gutsmolkereien und freien Genossenschaften als landwirtschaftliche Nebenbetriebe angesehen werden und keinen Beschränkungen unterliegen.“

Ein wesentlicher Bruchteil der in den Berichten gemeldeten Gesetzesübertretungen und Ausbeutungspraktiken Arbeiterinnen gegenüber entfällt natürlich auf die Konfektion. Zum nicht geringen Teile sind daran, wie die Berichte zum Teile hervorheben, die sonderbaren Widersprüche schuld, die sich in der Rechtsprechung selber auf diesem Gebiet herausgebildet haben und die immer dringender eine endgültige gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Konfektionsgewerbe fordern. So wurden dem

Pölsdamer Bericht zufolge in einem großen Warenhaus die Putzmaschinen zeitweise oft bis in die Nacht hinein und selbst Sonntags beschäftigt. Da der Betrieb weber als Fabrik, noch als Konfektionswerkstätte im Sinne der Bundesrats-Bekanntmachung vom 31. Mai 1897 angesehen werden konnte, ließ sich nur gegen die Sonntagsarbeit, nicht aber gegen die lange Arbeitszeit vorschreiben. Der Bericht für den Regierungsbezirk Düsseldorf stellt lakonisch fest: „Mehrere Fälle von übermäßig langer, bis tief in die Nacht während der Arbeitszeit bei erwachsenen und jugendlichen Arbeiterinnen in Werkstätten der Kleiderindustrie, in verschiedenen Putzmaschinen usw. während der Saisonzeit werden in den Berichten der Aufsichtsbeamten eingehender besprochen unter besonderer Betonung der Notwendigkeit einer Ausdehnung der bezüglichen Arbeiterschutz-Gesetzgebung auch auf derartige Betriebe.“ Und in dem Bericht für den Regierungsbezirk Arnberg heißt es: „Geschwindigkeiten wurden in dem größten Damenkonfektionsgeschäft der Stadt Dortmund festgesetzt. Sie wurden nach den Ermittlungen des zuständigen Gewerbeinspektors und nach einer später an ihn von dem Vorsitzenden eines Arbeiterverbandes gerichteten Anzeige wiederholt und, wenn auch nicht gleichzeitig, in allen Abteilungen des Geschäfts begangen. Die Verstöße bestehen darin, daß die Arbeiterinnen zur Erledigung eiliger Aufträge am Tage länger als gesetzlich zulässig, zuweilen auch bis tief in die Nacht hinein und an den Sonnabenden in der Regel über 5 1/2 Uhr nachmittags hinaus arbeiten mußten. Die Betriebsleiter bestreiten diese Ueberschreitung der zulässigen Betriebsdauer nicht und halten sich zu diesem Vorgehen für berechtigt, indem sie ihre Werkstätten nicht zu den fabrikmäßigen Betrieben rechnen und sich auf die Entscheidung des Kammergerichts vom 1. Mai 1902 stützen, die sich hauptsächlich auf gleichartige Verhältnisse bezieht. Auch in diesem Dortmund Konfektions-Geschäft wird in den allermeisten Fällen auf Herstellung nach Maß gearbeitet und wird mechanische Antriebskraft nicht benützt. Dem angeführten Kammergerichts-Urteil steht das einen gleichen Fall behandelnde Urteil des Reichsgerichts vom 11. März 1901 gegenüber, nach welchem Konfektionswerkstätten unter Umständen zu den Fabriken gerechnet werden müssen.“

Streifzüge durch das Wahlfeld.

Eine ländliche Wahlgeschichte in zwei Acten.

Das Großherzogtum Mecklenburg ist aus dem besten Wege, sächlich zu werden — nämlich in Hinsicht der Vertretung im Reichstage; die Gutstagselöhner und sonstigen ländlichen Arbeiter in diesem Junterparabiese belernen sich immer zahlreicher und offener zur Socialdemokratie. Das hat auch die letzte Wahl wieder gezeigt. Die Junter aber können sich nicht darcin finden, daß auch die Landarbeiter zum Denken erwaacht sind und eine eigne Meinung haben. Ein Kulturdocument zur Kennzeichnung dieses Entwicklungsprozesses sind die nachstehenden „Erlasse“, deren erster am Tage vor der Hauptwahl erschien, während der zweite zwischen Haupt- und Stichwahl angeschlagen wurde. (Wir entnehmen sie der „Mecklenburgischen Volkszeitung“.)

I.

„Denkt bei der Wahl daran, daß Ihr alle Euch Euren guten Ruf, den Ihr bis dahin hattet, auch bewahrt, und daß mir nicht die Enttäuschung zu teil wird, von der mir in letzter Zeit Drohzeit ist.“

Ich meine, meine Leute so viel zu kennen, daß dieselben für mich und mit mir sind, und zweitens, daß mir meine Leute die gute Gesinnung, die ich für sie stets gehabt habe und weiter hoffe haben zu können, auch bewahren helfen und diese Gesinnung durch die Handlung am Wahltage mir beweisen.

Das gute Renomme, was die Rengendorfer Gutskente haben, will ich auch stets erhalten wissen, und Ihr alle habt es jetzt in Händen, es für Euch und auch direkt für mich zu erhalten.

Laßt uns dann hernach bei gut ausfallender Wahl zu Großherzogs Jubiläum ein Fest feiern, woran jeder seine Freude haben soll.

Domänen-Pächter Sellchopp, Rengendorf, Schönberg i. Meckl.“

II.

„Die Gesinnung, welche mir der größte Teil meiner Leute am 16. Juni kundgethan hat, hat mich auf das tiefste getränkt und befreit. Es wird mir dieses wohl ein jeder nachfühlen können.“

Was es doch von jeder mein Bestreben und mein offenkundiger Wille, meinen Leuten nur Gutes zukommen zu lassen, dieselben zufrieden zu stellen und mit allem diesen vereint eine sichere Existenz zu verschaffen, auch habe ich jedem von meinen Leuten durch den Umgang mit ihnen dieses bewiesen. Ich habe fest gehofft, daß Zufriedenheit und Liebe zu mir unter meinen Leuten vorhanden sei —

Durch das Bekenntnis, was mir gerade diejenigen meiner Leute gegeben, mit denen ich meine ganze Wirtschaft hauptsächlich besorgen und bebauen muß, und auf die ich zu hoffen glaubte, bin ich auf das ärgste geäußert worden.

Ein Rengendorfer Tagelöhner giebt also nichts mehr auf seinen guten Ruf, den er sich in diesen Jahren hier und in aller Umgegend erworben hat (?), sondern bekennt sich zu denjenigen Menschen, die kein Vaterland wollen und keine Monarchie und kein Christentum.

Was hat die Socialdemokratie bis jetzt für Euch gethan? — Besonders für unsere Landtagselöhner? Hat Euch leere Versprechungen gemacht, hat Euch dafür nehmen wollen den Glauben an Gott, Achtung vor Gesetz und Recht, Elternliebe und Dankbarkeit, Vaterlandsliebe und Fürstentreue und mit ihm die Treue zu Eurem Gutsherrn!

Denjenigen von meinen Gutskenten, die nicht mit ihren Stellungen hier zufrieden sind, die nicht die Gesinnung haben, die jeder rechtlich denkende Mensch und guter Mecklenburger haben soll, die nicht meine Gesinnung haben, die ich bis jetzt gegen jeden meiner Leute offenkundig bekannnt gab, die die Socialdemokratie unter meine Leute angesetzt haben und noch für dieselbe agitieren und die Heftblätter der Socialdemokratie jeder anständigen Zeitung vorziehen, denjenigen mag es hierdurch kundgegeben sein, daß es denen frei steht, sich ein andres Feld für ihren Wirkungskreis zu suchen, wo die Herrschaft solche Sachen billigt. Am 24. Oktober ist Zeit dazu.

Ich werde es nie leiden, daß eine socialdemokratische Gesinnung in Hof Rengendorf herrscht, sondern will und verlange eine Gesinnung, wie ich sie habe und wie sie jeder rechtlich denkende Mensch haben soll, der seinem Mitmenschen Gutes zufügen will und Ruhe und Friede, Gerechtigkeit und Ordnung erstrebt.

Habt Ihr noch Anerkennung und Liebe zu mir und meiner früheren Gesinnung zu Euch, so beweist es mir, es ist jetzt noch Zeit dazu! —

Die Wirkung dieser Erlasse war die, daß die Sellchopp'schen Arbeiter trotz alledem in der Stichwahl alle wieder socialdemokratisch wählten.

Der bismarckische Wahl- und Gemeindevorsteher in Nielesdorf bei Genthin, Kreis Jerichow II, ist unren Leuten wegen seiner schriftstellerischen Bemühungen um die Wahl Herbert Bismarcks schon vorteilhaft bekannt.

So schneidig aber der Herr voring, unire Genossen waren ihm doch überlegen. Von unserm Genthiner Wahlkomitee waren unire Genossen, die als Stimmzettelverteiler oder Kontrolleure auf die Dörfer gingen, hestographierte Telegramme mitzugeben, damit sie sofort, wenn ihnen der Zutritt verweigert würde, sich an das Landratsamt des betreffenden Kreises wenden könnten.

Zwischen dem Parteigenossen, der in Nielesdorf das Wahllokal betreten wollte, und dem Gemeindevorsteher entspann sich nun folgendes Gespräch:

Der Wahlvorsteher: „Was wollen Sie hier?“

Der Genosse: „Ich komme vom socialdemokratischen Wahlkomitee aus Genthin.“

Wahlvorsteher (ihn unterbrechend): „Ich lasse Sie nicht hinein!“

Der Genosse: „Ich mache Sie auf das Reichstags-Wahlgesetz Paragraf 50 und 51 aufmerksam.“

Wahlvorsteher: „Sie kommen trotzdem nicht hinein.“

Der Genosse: „Dann werde ich an den Landrat telegraphieren und gegen Sie Beschwerde führen.“

Wahlvorsteher: „Sie kommen trotzdem nicht hinein.“

Unser Genosse telegraphiert nun an das Landratsamt Genthin: „Wahlvorsteher in Nielesdorf verweigert Zutritt.“ Die Antwort lautet: „Zutritt ist frei zu geben.“

Der Genosse geht mit dieser Antwort zum Wahlvorsteher und zeigt ihm die Antwort.

Wahlvorsteher: „Und ich lasse Sie doch nicht hinein.“

Unser Genosse wütend: „Ich gehe jetzt ins Wahllokal und verlasse es nicht, es sei denn, ich würde mit Gewalt hinausgeworfen.“

Sprachschoß den Wahlvorsteher beiseite und setzte sich. — Mit seinen Worte ward unser Genosse den Tag über belästigt.

Der Wahlkreis Eisenach-Vermbach ist, wie uns von dort geschrieben wird, noch einmal vor der „Schonbe“, um mit den Nationalliberalen zu reden, durch einen Socialdemokraten im Reichstag vertreten zu sein, bewahrt worden. Der 25. Juni hat entschieden, daß der nationalliberale Kandidat Herr Frieß 683 St. mehr erhielt als unser Genosse Leber. Natürlich sind diese Stimmen nicht auf ehrliche Art erkämpft worden, sondern durch die gemeinsten Wahlbeeinflussungen errungen. Die rapide Zunahme der socialdemokratischen Stimmen bei der Hauptwahl hatte die gesamten Gegner vom antisemitisch-konserverativ-kerisalen Reichstisch bis herunter zum ehrbaren Freisinnsmann Richterlicher Unentwegtheit lospflos gemacht. Und darum wurden am Tage der Stichwahl und in den letzten Tagen vor der Wahl ungläubliche Sachen zu Tage gefördert.

Der nationalliberale Kandidat Oberförster Frieß stellte die Forst- arbeiter im Walde oder auf öffentlicher Plaz, hielt Versammlungen ab, bei welchen er erklärte: „Wir wissen es ganz genau, daß Ihr bei der Hauptwahl Leber gewählt habt; wer es bei der Stichwahl wieder thut, wird sofort entlassen.“

Der betreffende Herr Kandidat ging in die Wohnungen der freisinnigen Vertrauensmänner und hat die Herren förmlich auf den Knien um die Stimmen der freisinnigen Wähler.

Wenn irgendwo in Deutschland mit Verlogenheit, Gemeinheit, ja, man kann sagen, mit Scheusaligkeit gegen die Socialdemokratie gekämpft wurde, so war es im Kreise Eisenach-Vermbach.

Mit einem halben Dutzend Automobilen wurde am Tage der Stichwahl im Kreise herumgefahren, der letzte Landwirt zur Wahlurne geschleppt. In Orten, wo noch nicht alle Bauern gewählt hatten — jedenfalls wollten die Leute Frieß nicht wählen — wurde die Wahl bis 1/8 Uhr verlängert. In Gertungen wurden zwei Arbeiter mit Gewalt zur Wahlurne geschleppt und jedem ein Stimmzettel von Frieß in die Hand gedrückt. In Pferdsdorf wurden zwei Stimmzettel von Frieß in ein Couvert gelegt und mitgezählt u. a. m.

Wir werden jedenfalls gewichtiges Material zu einem geharnischten Wahlprotokoll erhalten.

Die internationale, die antinationale, die vaterlandslose, die Thron- und Monarchie stürzende, die den kleinen Bauern das Eigentum raubende, die den Mittelstand vernichtende Socialdemokratie darf den Wahlkreis nicht bekommen. So stand es in der „Eisenacher Zeitung“ fortwährend, so in den Flugschriften, das war das Material, welches die „Gebildeten“ in den Versammlungen benutzten.

Um nun die alte Lutherstadt Eisenach davor zu bewahren, daß der Socialdemokrat mehr Stimmen bekomme als der nationalliberale, hatte man am Dienstag vor der Stichwahl noch einen Haupttrumpf ausgepielt. In einer großen Versammlung, die von dem nationalliberalen Reichsberein einberufen und in welcher sich wohl gegen 3000 Angehörige aller Stände eingefunden hatten, sprach ein Herr Dr. Max Ritter-Dresden. Der Mann ist Arzt. Er hatte schon einmal hier gesprochen und den Arbeitern den guten Rat gegeben, sie sollten nicht so viel Kinder erzeugen. Von allem Möglichen und Unmöglichen sprach der gute Mann, nur nicht von der bevorstehenden Stichwahl. Wenn er mal die Stichwahl streifte, dann war es, um die freisinnigen Wähler anzubeteineln. Das Bürgerium muß einig sein in der Stichwahl, meinte der gute Mann. Was würde der Geist Dr. Martin Luthers sagen, der bei der Stichwahl herniedersehe, wenn die alte Wartburgstadt einem Socialdemokraten ausgeliefert würde? Was der Herr, soweit die Stichwahl in Frage kam, vergessen hatte, holte unser Genosse Leber in der Diskussion nach. Und wenn schon die alte Lutherstadt in der Hauptwahl 224 Stimmen für Leber abgegeben, so war das Resultat bei der Stichwahl 3027, während Frieß 2013 Stimmen in Eisenach erhielt. Also auch die alte Wartburgstadt ist socialdemokratisch.

Der Freisinn, der in der letzten Legislaturperiode und schon früher diesen Kreis vertreten hat, spielte eine ganz traurige Rolle. Aus der Stichwahl herausgedrängt, war es unbedingt seine Pflicht, für Leber einzutreten. Und zwar umso mehr, weil die Herren in den Wahlkampf eintraten gegen den Brotwucher, gegen den Militarismus, gegen die Kolonialpolitik, gegen die indirekten Steuern usw., um dann umzufallen und den Brotwucherer zu wählen. Man hält es kaum für möglich, wie die Leute sich in der allergemeinsten Weise vor der Hauptwahl bekämpften, um dann in der Stichwahl geschlossen den Socialdemokraten zu überstimmen.

Noch einmal ist es gelungen, diesen Kreis der Reaktion auszuliefern, aber es ist auch das letztemal gewesen. Mögen die vereinigten Gegner in Zukunft machen, was sie wollen, bei der nächsten Wahl wird auch über der alten Wartburgstadt das rote Banner der Socialdemokratie wehen.

Gewerbvereiner als Zutreiber des Brotwuchers. In Weiskau im Kreise Kalau-Ludau am Wahltage. Seine Erlebnisse bieten einen Beitrag zu der Art, wie die Konserverativen auf dem Lande das Wahlgeld betreiben. Unser Genosse schreibt: Ich war am Tage der Stichwahl als Wahlkontrolleur im Kreise Kalau-Ludau und wurde von Weiskau aus nach dem ungefähr zwei Stunden entfernten Dorf Boblitz geschickt. Nachdem ich mich von der richtigen Handhabung der Wahlvorschriften im Wahllokal überzeugt hatte und da allem Anscheine nach vormittags niemand mehr zur Wahl erscheinen würde, verließ ich das Wahllokal, um womöglich einige Dorfbewohner persönlich aufzusuchen. Bei dieser Gelegenheit machte ich die Wahrnehmung, daß auch hier unire Gegner mit niederträchtigen Verleumdungen unire Partei gearbeitet haben müssen; denn selbst bei Arbeitern fand ich einen Hag gegen die Industriearbeiter vor, wie er größer nicht gedacht werden kann. In vielen Fällen war es leicht, denselben klar zu machen, daß sie untertäuscht belogen worden sind. Indessen wurde ich vom Wahlvorstande genau beobachtet und die Herren mochten doch wohl fürchten, daß einzelne Wähler zur Einsicht kommen könnten und vielleicht für unire Kandidaten Schaubert stimmen. Mittlerweise war es gegen Mittag geworden und da wieder vereinzelt Leute zur Wahl kamen, nahm ich vor dem Wahllokal Aufstellung, um Stimmzettel zu verteilen. Es dauerte nicht lange, so wurde vom Gehöft des Schulzen, in dessen Wohnung gewählt wurde, mit saubergroßen Steinen nach mir geworfen; derselben zweifelhaften Aufmerksamkeit erfuhrte sich ein Genosse aus Weiskau, der inzwischen erschienen war. Ich ging deshalb wieder ins Wahllokal selbst. Als ich gegen 2 Uhr wieder heraus kam, wurde ich wieder mit Steinwürfen empfangen und an der Brust getroffen. Meiner Beobachtung nach wurden die Steinwürfe von einem 18 Jahre alten Burken vom Gehöft des Schulzen aus dem Hinterhalte ausgeführt. Ich machte einen vor dem Lokal stehenden Bauern auf die Kampfesweise aufmerksam. Aber da kam ich schon an, er erklärte, wir hätten überhaupt in dem Dorfe nichts zu suchen und wir sollten machen, daß wir zum Dorf hinaus kämen. Inzwischen sammelten sich vor dem Lokale mehrere Menschen an, die uns ohne jede Veranlassung mit Thätlichkeiten bedrohten. Schmeicheleien wie: Logediebe, Lumpen, schlägt die roten Hunde tot, heißt sie mit Hundem zum Dorf hinaus — wurden uns ins Gesicht geschleudert. Keine in allerhöchster Weise gemachten Anschuldigungen, daß wir doch nur von unserm Rechte, Stimmzettel für einen Kandidaten zu verteilen, Gebrauch machten, wurden mit wahren Butanschreien von der mittlerweile auf 15-20 Mann angewachsenen Menge aufgenommen. Die Situation verschärfte sich für uns so sehr, daß wir kurz nach drei Uhr den Ort verlassen mußten und wir waren froh, als wir das gasliche Dorf ohne größeren Schaden an unire Gesundheit hinter uns hatten. Ein anderer Genosse, der später dort hin kam, um sich über das Wahlgeld zu orientieren, wurde ebenfalls bedroht und mußte unverrichteter Sache weggehen, so daß es unmöglich war, bei der Feststellung des Resultates zugegen zu sein.

Wer verübt Wahlexzesse? Die Räuber- und Diebstahlsgeschichten über socialdemokratischen Versammlungsterrorismus haben sich durchweg als erfunden erwiesen. Ebenso schwindelhaft sind die jetzt umlaufenden Erzählungen über socialdemokratische Wahlexzesse. Alle Exzesse, die vorgekommen sind von Centrumsleuten, Konserverativen oder Polizisten verübt worden.

Wie die Erziehung des jetzt ausgetheilten Dr. Dertel in seinem Kreise gewirkt hat, geht aus Mitteilungen der „National-Zeitung“ hervor:

Ein Buchhalter, der während der Wahlbewegung für das liberale Komitee thätig war und kurz vor der Stichwahl ein Flugblatt als Verleger gezeichnet hatte, wohnte am Sonntag einem Konzerte in dem Dorfe Niederschöna bei Freiberg bei. Als er nach Hause gehen wollte, hörte er, daß die Bauern, die über den Durchfall Dr. Dertels nicht erfreut waren, sich an ihm rächen wollten. Er flüchtete sich in ein Zimmer. Eine Rette Dertel-Wähler holte ihn heraus, warf ihn zu Boden, zog ihn die Treppe herunter, schlug ihn

Das „Anhalten“ ist denn auch prompt befolgt worden, nämlich von dem Centrumsleuten, die trotz ihrer Wahlenthaltung Kontrolleure in die Wahllokale geschickt hatten, um trotz Wahlschele und Couvert fleißig zu kontrollieren, wer sich zur Socialdemokratie bekannnt. Dieser schände Centrumsstreich hat jedoch weiter keinen Erfolg gehabt, als daß von den 16 567 Wählern, die am 16. Juni für uns stimmten, nur 1405 zurückblieben, damit den Beweis liefernd, daß die übrigen 15 000 überzeugte Socialdemokraten sind, daß mithin von „Witläufern“ bei ihnen nicht mehr geredet werden kann und der Kreis zum sichern Bestitande der Socialdemokratie gehört.

Das socialdemokratische Wahlkomitee in Bayreuth will die Wahl des Nationalliberalen Hagen ansetzen, weil die Wähler des Bauernbündlers Baumann sich einer Sorte Stimmzettel bedienen, die größer sind, als das Wahlgeld vorgeschrieben. Sie ergeben erst zusammengefalet die richtige Größe, wodurch es leicht möglich war, die Baumann-Wähler sofort zu erkennen.

Ein Wahlgeld. Vor der Stichwahl im Orte Reng (Kreis Ruppin- Templin), wo Genosse Kiesel gegen Dietrich kandidierte, prangte an einem Laterncapfahl folgendes Gebet in großen Lettern:

Mit Gott für Kaiser und Reich,
Ich bitte dich o Gott und fallest meine Hände,
Sieh an des Landes Not, das Unheil doch abwende,
Das diesmal durch die Wahl
Der unzufriedenen Zahl
Durch die Entscheidungsschlacht
Bermichte ihre Macht.
Sie thun sehr emfänglich
An Nabels Turmbau bauen.
Mit Schwarzdruck fürchterlich
Erregt es Furcht und Grauen.
So wie beim ersten Bau,
Herr, doch hernieder schau
Woll'st das Werk, daran sie zimmern,
Bermichten und zertrümmern.

Diesmal hat ja das Gebet noch gefruchtet, obwohl selbst in diesem Dorfe 56 Stimmen für Kiesel abgegeben wurden. Das nächste Mal aber wird der Dichter an seinem Gott verzweifeln müssen!

Eine konservativ Siegesfeier. Unser Forster Parteiblatt berichtet aus Rottbus:

Der durch reichliche Spenden von Freibier, Schnaps und Grützmärchen, sowie durch unerhörte Wahlbeeinflussungen herbeigeführte Sieg des Herrn v. Dirschen wurde von seinen Freunden am Abend des Wahltages festlich begangen. War es die Zeit über das von unire Seite gekrammarktliche Verhalten unire Gegner oder bestand man sich in der Stimmung eines 1870er Bierphilisters, der, als die deutschen Siege bekannt wurden, vor Freude jeden Franzosen zerrissen hätte, der ihm unter die Finger gekommen wäre; kurz, als sich die Genossen Wels, Kallist und Bauer aus Berlin, um noch ein Glas Bier zu trinken, im „Weißen Hof“ niedergelassen hatten, wurden sie von 30 bis 40 konservativen „Herren“ umringt und mit Schimpfworten, wie Lurven, Schuste usw. regallert, ja man drohte den ruhig dastehenden Genossen mehrmals mit Schlägen. — Klempnermeister Mittel sowie Junker v. Rahmer haben sich, wie die betreffenden Genossen behaupten, ganz besonders hervorgethan. Es ist unsern Genossen vorgekommen, als ob sie in einen Käfig mit wilden Tieren geraten seien, so laut wurden sie angebrüllt.

Ebenso hat man es auf einigen Dörfern des Wahlkreises mit unsern Stimmzettelverteilern gemacht. Herr v. Berdes, der frühere Reichstags- Abgeordnete, hat selbst einen unire Genossen (einen Berliner) an der Brust gepackt und aus dem Lokal herausgeworfen.

Konserverative Streifzüge. Ein Berliner Parteigenosse schreibt uns über seine Erlebnisse im Wahlkreise Kalau-Ludau am Wahltage. Seine Erlebnisse bieten einen Beitrag zu der Art, wie die Konserverativen auf dem Lande das Wahlgeld betreiben. Unser Genosse schreibt: Ich war am Tage der Stichwahl als Wahlkontrolleur im Kreise Kalau-Ludau und wurde von Weiskau aus nach dem ungefähr zwei Stunden entfernten Dorf Boblitz geschickt. Nachdem ich mich von der richtigen Handhabung der Wahlvorschriften im Wahllokal überzeugt hatte und da allem Anscheine nach vormittags niemand mehr zur Wahl erscheinen würde, verließ ich das Wahllokal, um womöglich einige Dorfbewohner persönlich aufzusuchen. Bei dieser Gelegenheit machte ich die Wahrnehmung, daß auch hier unire Gegner mit niederträchtigen Verleumdungen unire Partei gearbeitet haben müssen; denn selbst bei Arbeitern fand ich einen Hag gegen die Industriearbeiter vor, wie er größer nicht gedacht werden kann. In vielen Fällen war es leicht, denselben klar zu machen, daß sie untertäuscht belogen worden sind. Indessen wurde ich vom Wahlvorstande genau beobachtet und die Herren mochten doch wohl fürchten, daß einzelne Wähler zur Einsicht kommen könnten und vielleicht für unire Kandidaten Schaubert stimmen. Mittlerweise war es gegen Mittag geworden und da wieder vereinzelt Leute zur Wahl kamen, nahm ich vor dem Wahllokal Aufstellung, um Stimmzettel zu verteilen. Es dauerte nicht lange, so wurde vom Gehöft des Schulzen, in dessen Wohnung gewählt wurde, mit saubergroßen Steinen nach mir geworfen; derselben zweifelhaften Aufmerksamkeit erfuhrte sich ein Genosse aus Weiskau, der inzwischen erschienen war. Ich ging deshalb wieder ins Wahllokal selbst. Als ich gegen 2 Uhr wieder heraus kam, wurde ich wieder mit Steinwürfen empfangen und an der Brust getroffen. Meiner Beobachtung nach wurden die Steinwürfe von einem 18 Jahre alten Burken vom Gehöft des Schulzen aus dem Hinterhalte ausgeführt. Ich machte einen vor dem Lokal stehenden Bauern auf die Kampfesweise aufmerksam. Aber da kam ich schon an, er erklärte, wir hätten überhaupt in dem Dorfe nichts zu suchen und wir sollten machen, daß wir zum Dorf hinaus kämen. Inzwischen sammelten sich vor dem Lokale mehrere Menschen an, die uns ohne jede Veranlassung mit Thätlichkeiten bedrohten. Schmeicheleien wie: Logediebe, Lumpen, schlägt die roten Hunde tot, heißt sie mit Hundem zum Dorf hinaus — wurden uns ins Gesicht geschleudert. Keine in allerhöchster Weise gemachten Anschuldigungen, daß wir doch nur von unserm Rechte, Stimmzettel für einen Kandidaten zu verteilen, Gebrauch machten, wurden mit wahren Butanschreien von der mittlerweile auf 15-20 Mann angewachsenen Menge aufgenommen. Die Situation verschärfte sich für uns so sehr, daß wir kurz nach drei Uhr den Ort verlassen mußten und wir waren froh, als wir das gasliche Dorf ohne größeren Schaden an unire Gesundheit hinter uns hatten. Ein anderer Genosse, der später dort hin kam, um sich über das Wahlgeld zu orientieren, wurde ebenfalls bedroht und mußte unverrichteter Sache weggehen, so daß es unmöglich war, bei der Feststellung des Resultates zugegen zu sein.

Wer verübt Wahlexzesse? Die Räuber- und Diebstahlsgeschichten über socialdemokratischen Versammlungsterrorismus haben sich durchweg als erfunden erwiesen. Ebenso schwindelhaft sind die jetzt umlaufenden Erzählungen über socialdemokratische Wahlexzesse. Alle Exzesse, die vorgekommen sind von Centrumsleuten, Konserverativen oder Polizisten verübt worden.

Wie die Erziehung des jetzt ausgetheilten Dr. Dertel in seinem Kreise gewirkt hat, geht aus Mitteilungen der „National-Zeitung“ hervor:

Ein Buchhalter, der während der Wahlbewegung für das liberale Komitee thätig war und kurz vor der Stichwahl ein Flugblatt als Verleger gezeichnet hatte, wohnte am Sonntag einem Konzerte in dem Dorfe Niederschöna bei Freiberg bei. Als er nach Hause gehen wollte, hörte er, daß die Bauern, die über den Durchfall Dr. Dertels nicht erfreut waren, sich an ihm rächen wollten. Er flüchtete sich in ein Zimmer. Eine Rette Dertel-Wähler holte ihn heraus, warf ihn zu Boden, zog ihn die Treppe herunter, schlug ihn

Im ersten pfälzischen Wahlkreise, wo wir mit dem Centrum in Stichwahl standen, hatte dieses bekannntlich den ungewöhnlichen Beschluß gefaßt, den Stichwahlkampf gar nicht anzunehmen und uns den Kreis ohne Widerspruch zu überlassen. Mit jeuitischer Verschlagenheit hat das Centrum diesen Beschluß gefaßt, um, da es doch den Kreis nicht zu erobern vermochte, etwas andres dabei herauszuschlagen. Mit offenem Hohn schrieb das Ludwigshafener Centrumsblatt am Tage vor der Stichwahl:

Die Centrumswähler haben am 16. Juni ihre Schuldigkeit gethan und bleiben alle am 25. Juni zu Hause. Die Socialdemokraten aber werden sich in möglichst großer Zahl, um ihre Jugendlichkeit zur Partei diesmal aufs offenste zu bekennen, an der Wahl beteiligen, und der socialdemokratischen Partei steht die sicherste Kontrolle über ihre Anhänger jetzt zur Seite; denn jeder Wähler, der in der Wählerliste nach Abgabe seines Zettels angefaßt wird, ist Socialdemokrat. (Diese Lage der Dinge kann den Vertretern der Socialdemokratie wie auch manchen Wählern, die abhängig sind, doch nur angenehm sein. Red.) Es wird nun auch sicher die wüste Schimpferei über das „heimtliche“ Centrum aus Dankbarkeit über sein Entgegenkommen am 25. Juni aufhören, die große Aufregung ist gewahrt und am Viertisch muß man sich jetzt ander Thema wählen.“

Ein Centrumsstückchen. Im ersten pfälzischen Wahlkreise, wo wir mit dem Centrum in Stichwahl standen, hatte dieses bekannntlich den ungewöhnlichen Beschluß gefaßt, den Stichwahlkampf gar nicht anzunehmen und uns den Kreis ohne Widerspruch zu überlassen. Mit jeuitischer Verschlagenheit hat das Centrum diesen Beschluß gefaßt, um, da es doch den Kreis nicht zu erobern vermochte, etwas andres dabei herauszuschlagen. Mit offenem Hohn schrieb das Ludwigshafener Centrumsblatt am Tage vor der Stichwahl:

Die Centrumswähler haben am 16. Juni ihre Schuldigkeit gethan und bleiben alle am 25. Juni zu Hause. Die Socialdemokraten aber werden sich in möglichst großer Zahl, um ihre Jugendlichkeit zur Partei diesmal aufs offenste zu bekennen, an der Wahl beteiligen, und der socialdemokratischen Partei steht die sicherste Kontrolle über ihre Anhänger jetzt zur Seite; denn jeder Wähler, der in der Wählerliste nach Abgabe seines Zettels angefaßt wird, ist Socialdemokrat. (Diese Lage der Dinge kann den Vertretern der Socialdemokratie wie auch manchen Wählern, die abhängig sind, doch nur angenehm sein. Red.) Es wird nun auch sicher die wüste Schimpferei über das „heimtliche“ Centrum aus Dankbarkeit über sein Entgegenkommen am 25. Juni aufhören, die große Aufregung ist gewahrt und am Viertisch muß man sich jetzt ander Thema wählen.“

Im ersten pfälzischen Wahlkreise, wo wir mit dem Centrum in Stichwahl standen, hatte dieses bekannntlich den ungewöhnlichen Beschluß gefaßt, den Stichwahlkampf gar nicht anzunehmen und uns den Kreis ohne Widerspruch zu überlassen. Mit jeuitischer Verschlagenheit hat das Centrum diesen Beschluß gefaßt, um, da es doch den Kreis nicht zu erobern vermochte, etwas andres dabei herauszuschlagen. Mit offenem Hohn schrieb das Ludwigshafener Centrumsblatt am Tage vor der Stichwahl:

Die Centrumswähler haben am 16. Juni ihre Schuldigkeit gethan und bleiben alle am 25. Juni zu Hause. Die Socialdemokraten aber werden sich in möglichst großer Zahl, um ihre Jugendlichkeit zur Partei diesmal aufs offenste zu bekennen, an der Wahl beteiligen, und der socialdemokratischen Partei steht die sicherste Kontrolle über ihre Anhänger jetzt zur Seite; denn jeder Wähler, der in der Wählerliste nach Abgabe seines Zettels angefaßt wird, ist Socialdemokrat. (Diese Lage der Dinge kann den Vertretern der Socialdemokratie wie auch manchen Wählern, die abhängig sind, doch nur angenehm sein. Red.) Es wird nun auch sicher die wüste Schimpferei über das „heimtliche“ Centrum aus Dankbarkeit über sein Entgegenkommen am 25. Juni aufhören, die große Aufregung ist gewahrt und am Viertisch muß man sich jetzt ander Thema wählen.“

Im ersten pfälzischen Wahlkreise, wo wir mit dem Centrum in Stichwahl standen, hatte dieses bekannntlich den ungewöhnlichen Beschluß gefaßt, den Stichwahlkampf gar nicht anzunehmen und uns den Kreis ohne Widerspruch zu überlassen. Mit jeuitischer Verschlagenheit hat das Centrum diesen Beschluß gefaßt, um, da es doch den Kreis nicht zu erobern vermochte, etwas andres dabei herauszuschlagen. Mit offenem Hohn schrieb das Ludwigshafener Centrumsblatt am Tage vor der Stichwahl:

Die Centrumswähler haben am 16. Juni ihre Schuldigkeit gethan und bleiben alle am 25. Juni zu Hause. Die Socialdemokraten aber werden sich in möglichst großer Zahl, um ihre Jugendlichkeit zur Partei diesmal aufs offenste zu bekennen, an der Wahl beteiligen, und der socialdemokratischen Partei steht die sicherste Kontrolle über ihre Anhänger jetzt zur Seite; denn jeder Wähler, der in der Wählerliste nach Abgabe seines Zettels angefaßt wird, ist Socialdemokrat. (Diese Lage der Dinge kann den Vertretern der Socialdemokratie wie auch manchen Wählern, die abhängig sind, doch nur angenehm sein. Red.) Es wird nun auch sicher die wüste Schimpferei über das „heimtliche“ Centrum aus Dankbarkeit über sein Entgegenkommen am 25. Juni aufhören, die große Aufregung ist gewahrt und am Viertisch muß man sich jetzt ander Thema wählen.“

Im ersten pfälzischen Wahlkreise, wo wir mit dem Centrum in Stichwahl standen, hatte dieses bekannntlich den ungewöhnlichen Beschluß gefaßt, den Stichwahlkampf gar nicht anzunehmen und uns den Kreis ohne Widerspruch zu überlassen. Mit jeuitischer Verschlagenheit hat das Centrum diesen Beschluß gefaßt, um, da es doch den Kreis nicht zu erobern vermochte, etwas andres dabei herauszuschlagen. Mit offenem Hohn schrieb das Ludwigshafener Centrumsblatt am Tage vor der Stichwahl:

Die Centrumswähler haben am 16. Juni ihre Schuldigkeit gethan und bleiben alle am 25. Juni zu Hause. Die Socialdemokraten aber werden sich in möglichst großer Zahl, um ihre Jugendlichkeit zur Partei diesmal aufs offenste zu bekennen, an der Wahl beteiligen, und der socialdemokratischen Partei steht die sicherste Kontrolle über ihre Anhänger jetzt zur Seite; denn jeder Wähler, der in der Wählerliste nach Abgabe seines Zettels angefaßt wird, ist Socialdemokrat. (Diese Lage der Dinge kann den Vertretern der Socialdemokratie wie auch manchen Wählern, die abhängig sind, doch nur angenehm sein. Red.) Es wird nun auch sicher die wüste Schimpferei über das „heimtliche“ Centrum aus Dankbarkeit über sein Entgegenkommen am 25. Juni aufhören, die große Aufregung ist gewahrt und am Viertisch muß man sich jetzt ander Thema wählen.“

mit Stößen, überlegte ihn und maltratierte ihn mit Fußritten. Nur dem Dazwischenkommen der Frauen jener Gesellen verdankte der so Gemißhandelte sein Leben. Es ist festgestellt, daß er mit keinem Wort auf die Wahl eingegangen ist und etwa die Bauern gereizt hätte. Er kann seinem Verufe nicht nachgehen und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Eine Reihe dieser „konserwativen“ Rowdies sind der Staatsanwaltschaft angezeigt worden.

Wir erwarten, daß Herr Dertel gegenüber solcher Verhöhnung seiner Anhänger auf eine Tracht Prügel plaudert!

Nähergehehichten. Das Deveschenbureau „Herald“ verbreitet eine Schauernachricht aus Rürth, wonach dort ein Hafnermeister Namens Meuzel über die Niederlage des sozialdemokratischen Abgeordneten Segis in derartige Erregung geraten sei, daß er zuerst seinen Schwiegersohn und dann seinen Stiefsohn mit einem Messer anstieß und beide verletzt habe, worauf der Stiefsohn mit einem Stuhl auf den Vater eingeschlagen habe, der einen Schädelbruch erlitt und verstarb.

Diese der nationalliberalen „Fränk. Morgen-Zeitung“ in Nürnberg entnommene Notiz ist weiter nichts als ein sehr durchsichtiger Schwindel. Die Gräueltat steht mit der Rürther Stichwahl in keinerlei Zusammenhang. Sie ereignete sich erst 4 Tage nach der Wahl, also zu einer Zeit, da die „Erregung“ überall schon ziemlich abgeklüht sein mußte. Die ganze Bauerei ging aus einem Familienstreit hervor, der darin seine Ursache hatte, daß die Angehörigen des Getöteten ihm Vorhalte machten, weil er sich zu sehr dem Trunke ergeben hatte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juli.

Berliner Preß-Panama.

Unsre Ausführungen über die im Pommerbank-Prozesse zu Tage getretene bürgerliche Preßkorrumpion haben nun einige Blätter veranlaßt, ihrerseits in Entrüstung zu schweigen, namentlich um zu zeigen, daß das Vorgehen des „Vorwärts“ unethisch sei, der sich erdreiste, aus diesem Anlaß von der Korruption der bürgerlichen Presse schlechtweg zu sprechen, die Gesamtheit der Berliner Preßorgane zu beschimpfen.

Wir sind vermutlich nicht so abgehärtet, wie die sehr ehrenwerten Kollegen von der bürgerlichen Presse. Darum finden wir, daß das Berliner Preß-Panama so ungeheuerlich ist, daß gar keine Verallgemeinerung und Uebertreibung notwendig ist. Was wollen denn die sehr ehrenwerten Blätter, die sich über uns aufregen, noch mehr? Genügt es ihnen noch nicht, daß seit acht Jahren auf der Berliner Presse der niemals entkräftete Vorwurf ruht, fast alle Handelsredakteure seien käuflich, genügt es ihnen nicht, daß jeder Bankprozeß Einzelmaterial für diese Behauptung beibringt?

Es handelt sich in der That um die ganze bürgerliche Presse. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß alle bürgerlichen Journalisten käufliche Kreaturen sind. Solchen Vorwurf zu erheben, liegt uns fern, abgesehen davon, daß die große Mehrzahl gar nicht in die Lage kommt, daß man ihnen eine Bestechung anbietet. Aber die bürgerliche Presse trifft in ihrer Gesamtheit die Anklage mit voller Bucht. Die bürgerlichen Redakteure besitzen eben nicht den Einfluß und die Würde gegenüber den kapitalistischen Verlegern, daß sie selbst auf Sauberkeit in dem Blatte bestehen. Nichts hat sich geändert seit jenen Feststellungen der Börsenquets-Kommission. Damit aber werden auch die persönlich ansässigen Redakteure dieser Blätter zu Mitschuldigen der Lumpereien, weil sie nicht dafür gesorgt haben, daß auch im Handelsstil Reinlichkeit herrsche. In dieser Duldung der unlauteren Elemente liegt eine Begünstigung der Korruption. Aber freilich es mag wohl unmöglich sein, die Fäulnis auszubrennen!

Ludwig Fulda schiebt die Schuld an der Preß-Klub-Affaire den Herren Sudermann, Kommerzienrat Goldberger und Direktor Wenzel zu. Er schreibt dem „Welt. Tagbl.“: „Ich lese jedoch in Ihrem Blatte, daß ich als Vorsitzender des „Berliner Preß-Klubs“ mit einem Darlehen in Verbindung gebracht werde, das Herr Romeid vor mehreren Jahren dem Preß-Klub zugewandt hat. Ich habe darauf zu erklären, daß wie ich bereits in der Voruntersuchung aus sagte, ich zu jener Zeit weder Vorsitzender des Klubs, noch überhaupt im Vorstände war, sondern von der Angelegenheit erst nach dem Zusammenbruche der Pommerbank das erste Wort erfuhr. Die Herren, welche damals vor dem Preß-Klub mit Romeid verhandelten, waren Herr Geheimer Kommerzienrat Goldberger und Herr Direktor Wenzel. Der damalige Vorsitzende war Herr Hermann Sudermann. Diese drei Herren, welche sämtlich der Journalistik fernstehen, sind hocherbärdet über den Verdacht, daß sie das freundschaftliche, aus privaten Mitteln angebotene Darlehen angenommen hätten, wenn sie das von Romeid jetzt angegebene schmutzige Motiv nur hätten ahnen können.“

Die Ahnungslosen!

Die „Post“ findet es seltsam, wenn sich das Centralorgan derjenigen Partei, welche sich bisher stets als Hauptgegnerin aller gesetzgeberischen Maßnahmen gegen Ausschüß im Vorwärtigen bewiesen hat, mit dreifacher Annäherung weit über die ganze bürgerliche Presse zu erheben versucht.

Die „Post“-Redakteure werden mittels eines Gehaltes von ihrem großindustriell-feudalen Geldgebern bestochen, unausgesetzt Klagen über die Socialdemokratie zu verbreiten. Auch die vorstehende Behauptung ist eine der unter dem Vorwande redaktioneller Arbeit bezahlten Lügen. Gerade die Socialdemokratie hat bei der Börsenreform einen Antrag eingebracht, der die Preßkorrumpion unter Strafen stellte! —

Revolution der Familiennamen.

Ein Arzt in Polen war als Szuman in das Taufregister eingetragen worden und führte diesen Namen ungeniert als Mensch, Arzt und Gemeindevorsteher, bis es den berufenen Schützern des Deutschtums einfiel, nachzuforschen, wie seine Ahnen hießen. Da wurde dann festgestellt, daß sein Herr Vater als „Schumann“ getauft worden war. Darauf wurde das Pfarramt in Czarnikow angewiesen, in seinem Taufregister den Namen des jetzigen Arztes aus „Szuman“ umzuändern in „Schumann“, weil die deutsche Schreibweise die richtige sei und die polnische „Szuman“ die falsche. Und dem Herrn Doktor gab Pofens Polizeipräsident von Polmann, der früher den schönen Namen Gehmann hatte, auf, den Namen auf seinem Schilde ebenfalls zu veränderten. Dr. Szuman klagte vergeblich beim Bezirksauschuß und legte dann beim Ober-Verwaltungsgericht Verufung ein. Er verwies darauf, daß ihn das Kammergericht von der Anklage der Führung eines falschen Namens freigesprochen und ausgesprochen habe, daß er geradezu wegen unbefugter Aenderung seines Namens bestraft werden müßte, wenn er sich nicht seines Taufnamens Szuman, sondern des Namens Schumann bedienen würde.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch gestern die Verufung ab und erklärte die Verfügung des Polizeipräsidenten, den Namen auf dem Schilde in Schumann umzuändern, für berechtigt. Es ging von folgenden Erwägungen aus: Auf die Frage der Strafbarkeit komme es im vorliegenden Fall nicht an. Unter den Begriff der Aenderung eines Familiennamens falle auch eine Aenderung der Schreibweise, z. B. die Erziehung deutscher durch polnische Schriftzeichen. Die Führung eines andern, als des durch Abstammung erworbenen Familiennamens stelle eine Namensänderung dar, wozu man einer gesetzlich vorgeschriebenen Erlaubnis bedürfte, selbst dann dar, wenn der schon durch den Vater unbefugt veränderte Name in das Kirchenbuch oder das Geburtsregister eingetragen und von Geburt an beibehalten sei. (Das Kammergericht ist anderer Meinung.) Werde ein unricht-

iger Familienname auf einem Geschäftsschilde angebracht, so liege darin eine Störung der öffentlichen Ordnung, und es sei dann die Orts-Polizeibehörde befugt, die Verichtigung des Schildes oder dessen Entfernung anzuordnen und zwangsweise durchzusetzen.

Kimmt man diese Entscheidung ernst, so würde sie geradezu ungeheuerliche Konsequenzen haben. Die große Mehrzahl der heutigen Familiennamen müßten umgeändert werden; denn sie weisen in der Regel orthographische und lautliche Veränderungen auf. Das heutige Geschlecht soll die Namen treulich führen, die es durch „Abstammung“ erworben hat! Dann genügt es natürlich nicht, daß man sich schreibt, wie man ins Geburts- oder Taufregister eingetragen wurde, auch nicht, wie sich der Vater geschrieben hat — denn auch der kann sich bereits gegen die „Abstammung“ vergangen haben — sondern man muß bis zu den Ursprüngen der Geschlechter zurückkehren. So wird das Ober-Verwaltungsgericht wohl nimmermehr die bekannte Familie der Hohenzollern zwingen, sich im Interesse der Ordnung ihrer Abstammung gemäß de Jolre zu nennen. —

Mandatsprüfungen in Dänemark und Deutschland.

Eine außerordentliche Session des dänischen Reichstags fand vom 25. bis zum 29. Juni statt und befaßte sich hauptsächlich mit der Prüfung der Forderungsmandate. Sämtliche Mandate, bis auf die des Moderaten Lohmann und des Liberalen Sigurd Berg, wurden für gültig erklärt. Die Prüfung der beiden noch nicht anerkannten Mandate wurde vertagt. Beschwerden lagen unter andern hinsichtlich der Wahl unsers Parteigenossen Sabroe-Karhus vor. Die Gültigkeit des Mandats stand außer Zweifel, jedoch stellte es sich heraus, daß der Führer der Wählerliste 120 Stimmen weniger gezählt hatte, als thatsächlich Stimmzettel für Sabroe abgegeben worden waren, so daß dieser mit absoluter Stimmenmehrheit über den liberalen und konserwativen Kandidaten gestegt hat. Außerdem haben bei dieser Wahl die konserwativen Wahlkontrolleure darüber Nach geführt, wer von den Wählern zur Stimmabgabe erschienen war, was nach dänischem Wahlgesez verboten ist und mit mindestens vier Wochen Gefängnis bedroht wird. — Sabroes Mandat wurde einstimmig für gültig erklärt. Dem Minister des Innern wurde anheimgelassen, eine Untersuchung über die vorgefallenen Gesekwidrigkeiten einzuleiten.

Die Schnelligkeit, mit der in Dänemark die Gültigkeit der Mandate geprüft wird, unterscheidet sich sehr vorteilhaft von dem Verfahren, das in Deutschland üblich ist, und das mitunter dazu führt, daß Abgeordnete, die ihr Mandat erstwindeln haben, 5 Jahre lang ihr Mandat ruhig ausüben können. Die Erkenntnis dürfte allgemein sein, daß hier Wandel geschaffen werden muß. —

Der Stichwahl-Kuhhandel Posadowsky mit dem Centrum. Die Nachricht, daß der Staatssekretär Posadowsky nach Leipzig gefahren sei, um mit Spahn zu beraten, wie die kaiserliche Order zu erfüllen sei, dieser Gesellschaft — den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler — bei den Stichwahlen den Weg zu verlegen, wurde in der Form dementiert, daß beteuert wurde, Graf Posadowsky sei überhaupt nicht in Leipzig gewesen.

Damit war der Kuhhandel selbst nicht in Abrede gestellt. Dem „Samm. Courier“ wird denn auch jetzt berichtet, daß Graf Posadowsky in Berlin mit Dr. Wagem verhandelt habe und dieser dann im Auftrage des Staatssekretärs zu Spahn gefahren sei. Es wird hinzugefügt, daß Herr Spahn sich schon als Nachfolger Schönstedts fühle.

Wenn übrigens denn Belohnungen für „Privatarbeiten“ nach dem Muster der Pommerbank bezahlt werden sollen, so hat Herr Eugen Richter mindestens das gleiche Anrecht wie Herr Spahn; er hat die größte Anzahl Siege den Agrariern auf Kosten der Socialdemokratie ausgeliefert. —

Die Wahl nach Gewicht. Ein „moderater“ Politiker hat der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, einer Verwandten der „Post“, als angebliche Satire auf das allgemeine Wahlrecht folgenden Spah aufhängt:

Gegenüber der Herrschaft des Dreiklassen-Systems erschien einst die Bewilligung des gleichen Wahlrechts wie eine Erlösung aus der Bevormundung der bestehenden Klassen. Aber man überließ das Fehlen all und jeder Rücksicht auf die Individualität der Wähler. Jeder einzelne, ob dumm, ob klug, ob arm oder reich, hatte genau gleich viel bei der Wahl zu sagen, und andre Leute verloren auf diese Weise jeden Reichtwert gegenüber der Allgemeinheit. Das muß anders werden. Der Individualität der Wähler muß bei den Wahlen wieder mehr Einfluß gesichert werden. Nachdem die Intelligenz derselben als nebensächlich beiseite geschoben ist, muß das Individuum in anderer Weise eingeschätzt werden, soll ein richtiges Bild von dem Willen der Majorität zu Stande kommen. Schiller hat mit dem, dem Fürsten Sapieha im Demetrius in den Mund gelegten Ausspruch: „Man muß die Stimmen wägen und nicht zählen“ einen prophetischen Ausblick in unsre Zukunft gethan. Nicht die brutale Majorität der Wähler müßte entscheiden, sondern deren Körpergewicht. Dadurch erst wäre es möglich, der Individualität der einzelnen Rechnung zu tragen und sie vor dem Erdrücktwerden durch eine Majorität von Schwächlingen, mögen sie Verus oder Stellung haben, welche sie wollen, zu bewahren. Die gewichtigsten Männer müßten auch das meiste Anrecht auf ausschlaggebenden Anteil an dem Wahlresultat besitzen, und das hierdurch als ein Hauptvorzug anerkannte Blut am Gewicht würde zugleich das allgemeine Streben erwecken, den politischen Einfluß durch entsprechende Körperzunahme zu erhöhen. Hierdurch würde auch die Stärke-Dualität unsrer Klasse gehoben werden, und wir würden besser im Stande sein, den Schicksalsschlägen einer drohenden Zukunft entgegenzutreten. An Stelle des Klotztrammes bedürfte es nur der Aufstellung des Körpergewichts bei der Stimmabgabe.“

Das Scharfmacherorgan ist so dumm, daß es nicht einmal merkt, daß durch den Satz gerade die Leute verhöhnt werden sollen, die sich unter Berufung auf die „Individualität“ für eine Abänderung des gleichen Wahlrechts ins Zeug legen. In der That ist die Gleichheit das einzige vernünftige Prinzip. Wenn man nach einem andern System sucht, so ist wirklich nur noch ein fester Maßstab der Abstufung möglich: Die Wahl nach Gewicht! —

„Eine sehr beachtenswerte Wahlbetrachtung“ nennt die katholische „Königliche Volkszeitung“ die folgende Aeußerung der konserwativen „Kreuz-Zeitung“:

„Das Centrum steht unerschütterlich da, es ist der Arbeit der katholischen Kirche zu danken. Die katholische Kirche genießt öffentliche Achtung bei den Behörden sowohl wie im Parlament, der katholische Mann hat Respekt vor seiner Kirche und ist für die athenische Lehre nicht in dem Maße zu haben wie der evangelische Mann. Die evangelische Kirche ist gebunden an Händen und Füßen, sie gilt dem Volk für eine Staatsanstalt und hat geringe Achtung. Man sträubt sich, ihr die Freiheit zurückzugeben, ihr den Einfluß zu verhaften, welchen sie haben muß, um ihre Arbeit an der Volkseele thun zu können. Die Not der Zeit gebietet und zwingt, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus dem politischen Leben auszuschalten trotz aller Bedenken. Ganz ebenso ist es durch die realen Verhältnisse geboten, der evangelischen Kirche ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit zu geben. Fürst Bismard sah sich wiederholt zu Mitteln genötigt, welche er früher aufs energigste bekämpft hatte, die ihm persönlich ungenügend waren. Er war so groß, daß er sich selber überwand und die Bedenken um der größeren Sache willen schwinden ließ. Die religiösen Mächte müssen mit allen Mitteln im Stillen gehindert werden. Ein religiöses Volk ist für den Umsturz nicht zu haben. Keine Selbsterblendung, sondern Umkehr, kein Verzagen, sondern Glaubensarbeit, das fordert der 16. Juni.“

Daß zwischen dem katholischen und dem protestantischen Merkmalismus kein Unterschied mehr besteht, wissen wir längst. Es giebt nur noch einen Merkmalismus, der, ob er auf Luther oder den heiligen Augustinus schwört, mit allen Mitteln gewalthätiger Volkserdummung und Volkserniedrigung unter insamsimem Mißbrauch

religiöser Empfindungen die Herrschaft der Reaktion, der Privilegien und des Besizes aufrecht zu erhalten sucht. Der „Kampf zwischen Rom und Wittenberg“ wird beendet um desto kräftiger auf den gemeinsamen Feind, die geistige Freiheit und die wirtschaftliche Erlösung, loszuschlagen. Das Centrum hat aufgehört demokratisch zu sein, die konserwativen Bonoucheer verzichten auf allen Protestantismus, und so finden sich die Brüder. —

Exkommuniziert! Das Centrum weih sich zu rächen! Aus Rattowich wird gemeldet: Pfarver Schirmweiser aus Weuthen, wo der Abgeordnete Korfanth heute seine Hochzeit feierte, erklärte Korfanth, daß ihm die kirchliche Trauung nur unter der Bedingung gewährt werden könne, daß er alles, was im „Vornozlagaz“ gegen die Geistlichkeit stand, widerrufen, und ferner nicht nur in seinem Blatte selbst, sondern auch in mehreren Centrumsblättern, Korfanth lehnte das an. Der Geistliche ist zu dieser Entschluß gekommen auf Grund eines Beschlusses der Geistlichkeit der Dekanate Rattowich und Weuthen; an der betreffenden Versammlung hat auch der Berliner Pfarver Dr. Stephan sowie der frühere Abgeordnete Stephan teilgenommen.

Wagt man denn keine Scheiterhaufen mehr?

Die letzte Säule.

Es war ein graufames Verfahren unsrer sächsischen Parteigenossen, daß sie den „Nationalen“ von den 23 Wahlkreisen einen überließen. Es war ausgesuchte Bosheit, gerade den Baugener Kreis zu schonen, so daß das ganze „nationale“ Sachsen durch einen Mann derjenigen Partei vertreten wird, welche sich überall des höchsten Rufes der Väterlichkeit erfreut. Herr Gräse ist als letzte Säule zur Erinnerung an einfrige antihemische Pracht in Sachsen stehen geblieben. Herr Gräse bemüht sich auch schon eifrig, seiner einzigartigen Stellung würdig zu werden. Gleich am Abend der Stichwahl rechtfertigte er unsre Erwartungen durch einige Telegramme, die an die „besten Tage“ des sächsischen Madantismen erinnern.

Herr Gräse telegraphierte an sein „Wahlbureau der Ordnungsparteien“:

„Brausenden, donnernden Heilruf den siegreichen vereinigten vaterländischen Herren des dritten Kreises. Von unsrer behaupteten Feste aus muß unser Vaterland wieder erobert werden.“

Vor einigen Jahren kündete der größere Parteibetter des Herrn Gräse, der „Führer“ Zimmermann, daß von seinem Ureden aus die „fernerweiten Siege“ der antihemischen Partei über das ganze Land hin verbreitet werden sollten. 1893 hatten die Antihemiten im östlichen Sachsen sechs Wahlkreise inne; jetzt haben sie fünf verloren und Zimmermann ist überall aus der Stichwahl gefallen, wo er unterzuschliffen suchte. Aber Herr Gräse wird nun von Baugen aus, wo er nur mit Hilfe des Centrum noch einmal glänzlich siegen konnte, „das Vaterland wieder erobern“.

Herr Gräse weih aber auch, wem er seinen Sieg verdankt. In den Blättern seines Wahlkreises fand sich am 30. Juni dieser Aufsatz, der wortgetreu festgehalten zu werden verdient als ewiges Zeugnis sächsisch-antihemischer Geistesgröße:

Reichstreue Wähler des dritten sächsischen Wahlkreises!

Der Sturm des Feindes ist abgeklungen! Wir haben im heißen Ringen und ehrlichen Männerstreit unsre alte Feste glänzend behauptet und siegreich, wenn auch zerkert und durchschossen, wehen unsre Fahnen über unsrer Lausiz.

Wir hatten nicht zu ringen allein mit den übermächtigen Gegnern in unsrem Kreise, Hunderte von Führern der Socialdemokratie aus andren Kreisen, ihre besten Kräfte wurden in der Entscheidungsschlacht gegen uns in den Kampf geführt. Wir wurden mit Waffen der Lüge und Verleumdung bekämpft, die wir als deutsche und christliche Streiter verachten mußten.

„Doch ward, kaum begonnen, die Schlacht schon gewonnen, du Herr warst ja mit uns, der Sieg, er war dein!“

Mit dem Dank gegen Gott verbinden wir aber auch innigen Dank allen waderen deutschen Männern, die am 25. Juni unsre Scharen zum Siege geführt und all den vielen tausenden reichstreuen Wählern, die die Ehre des dritten Wahlkreises und damit die Ehre des Sachsenlandes gerettet haben.

Sie alle haben den Stützpunkt gerettet, von dem aus das Vaterland für Christentum und Monarchie zurückerobert werden muß!

Freierr wollen wir unsren Sieg in ernster, treuer Arbeit und damit den Grundstein legen zu einer bessern Zeit. Möge das vereinigte siegreiche Heer weiterkämpfen als „Soldaten einer Armee, Regimenter unter einer Fahne, nur die Schiffschuppen sind verschieden.“

Gott mit Kaiser und Reich! Gott mit König und Vaterland!

Heil unserm lieben deutschen Volke! Heil dem 3. sächsischen Wahlkreise!

Die vereinigten Ordnungsparteien des dritten sächsischen Wahlkreises.

Was müssen die lieben Antihemiten in den zahlreichen andren Wahlkreisen gegen den Gott im Himmel, dem Herr Gräse als Siegesbringer dankt, verständig haben, daß er sie so schmählich an die gottlose Socialdemokratie ausgeliefert hat?

Herr Gräse ist aber dank seiner großen Stellung im sächsischen Lande auch bereits mit dem König in Korrespondenz getreten. Er sandte an König Georg von Sachsen ein Telegramm dieses Wortlautes:

„Eurer Majestät senden 100 treue Sachsenherzen Gruß und Treuegelöbnis für alle Zeit aus der vom Feinde ungedrohenen Feste des Sachsenlandes. Die Lausiz hält die Treue! Heil! Gräse, Reichstags-Abgeordneter.“

Der König antwortete also:

„Reichstags-Abgeordneter Gräse, Bischofswerda. Heute früh Ihr Telegramm erhalten. Freue mich herzlich über Ihren Sieg und den Sieg der guten Sache in Ihrem Wahlbezirk, Georg.“

Es mag für einen Landesvater nicht angenehm sein, daß die Landesfinder nur in einem gering bevölkerten Wahlkreise, in dem noch dazu die nicht deutsch sprechenden Wenden einen starken Teil der Wählerkraft bilden, der „guten Sache“ hulbigen, während sich alle andren Wahlkreise von der „guten Sache“ höchst respektlos abgekehrt haben. —

Hausland.

Die Rückkehr zum § 14.

Oestreich ist von neuem zur Herrschaft des § 14 zurückgekehrt. Das heißt: Die Verfassung ist aufgehoben. Die Regierung hat aus eigener Machtvollkommenheit das infolge der geschlichen Obstruktion nicht erledigte Budget für sechs Monate dekretiert.

Gleichzeitig hat das Ministerium Koerber seine Entlassung eingereicht. Herr Koerber regierte seit Anfang des Jahres 1900 — ein sehr gewandter Bureaukrat, der stott auf der mittleren Linie tanzte, und es sogar fertig brachte, daß im vorigen Jahr das Budget ordnungsmäßig erledigt wurde.

Jetzt sind auch seine Ränke zu Ende. Der nationale Fader und der „Ausgleich“ mit Ungarn waren stärker als seine bureaukratischen Pfiffigkeiten. Oestreich ist wieder der parlamentlose obstruierte Staat.

Ob die Entlassung Koerbers angenommen wird, ist ungewiß. Rettung kann diesem verlorenen und zerrissenen Staat nichts bringen, wie das allgemeine Wahlrecht, das durch die schaffende Kräfte des socialistischen Proletariats diesen zusammengeheirateten, auseinanderstrebenden Staat zu einer organischen Einheit umzuwandeln vermag! —

Oesterreich-Ungarn.

Das Standrecht in Kroatien. Der Zusammenstoß, der in Rimovec zwischen Bauern und Gendarmen stattfand, wobei vier Bauern getötet und verschiedene schwer verletzt wurden, hat zur Verhängung des Standrechts über den Bezirk Lubreg geführt. Dort wurde das Bezirksgericht mit Steinen bombardiert und die Sparkasse in Brand gesetzt. Die Gendarmen und das Militär umzingelte die Menge und verhaftete 154 Personen. —

Frankreich.

Paris, 1. Juli. Der am 22. d. Mts. hier zusammengetretene große Unterrichtsrat wird sich mit der Frage der Säkularisierung der Ordensgeistlichen und Klosterschwestern zu beschäftigen haben. Mehrere Schulinspektoren und Bürgermeister haben an den Unterrichtsminister das Ersuchen gerichtet, eine Anzahl von früheren Klosterschwestern zu schließen, da die Leiterinnen derselben Klosterschwestern seien, die lediglich die Ordenskräfte abgelegt hätten.

Italien.

Der italienische Süden ist seit Jahren der Schauplatz vieler Unruhen und Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht gewesen. Die Ursachen sind in der wirtschaftlichen Misere zu suchen, in der die Landbevölkerung der industriecapacitäten südlichen Provinzen siedelt. Zehntausende wandern deshalb jährlich nach anderen Provinzen oder nach dem Auslande ab, um dem Hungerleben der Heimat zu entgehen. Auf die Dauer konnten die Carabinieri, so rückständig sie auch immer gegen die auffässigen Bauern vorgingen, nicht genügen, man mußte „daneben“ an Reformen denken. Im Parlament sind namentlich die sozialistischen Deputierten für weitgehende Reformen und großangelegte Pläne eingetreten; jahrelang hat man im „Schoße der Regierung“ beraten; jetzt wird endlich das Resultat in einem königlichen Dekret veröffentlicht. Danach sollen die Eisenbahntarife für die Produkte des Südens ermäßigt, die Gemeindesteuern teilweise herabgesetzt werden. Daneben laufen einige Bestimmungen, welche die Verbesserung der Agrarhochschulen bezwecken. — Die Sozialisten haben leithin bekanntlich unter andern Bestreben gegen das Ministerium gestimmt, weil es sich als unfähig erwiesen habe, wirtschaftliche Reformen im Süden durchzuführen, und der „Avanti“ hat gewiß nicht unrecht, wenn er über die oben angeführten „Reformen“ spottet. —

Partei-Nachrichten.

Ein Muster-Wahlbezirk. Im pfälzischen Wahlkreis Landau-Neustadt liegt das Dorf Lindenbergr, das laut Liste für die diesjährige Reichstagswahl 104 Wähler zählt. Sämtliche 104 Wähler gingen zur Urne; Wahlbeteiligung also 100 Prozent. Und sämtliche 104 Wähler stimmten socialdemokratisch! — Das ist der Rekord!

Norwegens socialdemokratischer Jugendverband. Die socialdemokratischen Jugendvereine Norwegens haben auf ihrer kürzlich abgehaltenen Landesversammlung in Drammen beschloffen, einen gemeinsamen Verband zu bilden. „In den Verband“, so heißt es in dem Statut, „samt jede Jugendvereinigung aufgenommen werden, die zum Ziele hat: 1. Interesse zu erwecken für die sozialen Fragen der Zeit, die Aufklärung zu fördern, zu wirken für das Verständnis der socialdemokratischen Ideen und im allgemeinen für die Ausbreitung des Socialismus zu arbeiten. 2. Der Jugend Interesse beizubringen für die politische Bewegung, über die der Verband immer befristet sein wird, Klarheit zu verbreiten durch Vorträge und dergleichen. Alles in Uebereinstimmung mit der Politik der norwegischen Arbeiterpartei. 3. Die Arbeiter in ihrem Kampfe für wirtschaftliche Befreiung und bessere Arbeitsbedingungen zu unterstützen.“ — Als Verbandsvorsitzender wurde Karl Orien gewählt. Den socialdemokratischen Jugendvereinen gehören übrigens nicht allein junge Leute an, sondern auch eine große Anzahl älterer Parteigenossen, die sich in ihrer Begeisterung für die socialdemokratischen Ideen jung fühlen.

Differenzen in der socialdemokratischen Partei Italiens.

Turati und Ferri bilden innerhalb der italienischen Partei schon seit einigen Jahren die zwei gegensätzlichen Pole, um die sich die „zwei Richtungen“ gruppieren, der „reformistische“ und der „revolutionäre“ Flügel. Zur Zeit sind leider die Differenzen wieder akut geworden. So hat Turati den Genossen Ferri für die Uebernahme der Leitung des Centralorgans zwar selbst vorgeschlagen, greift denselben aber in seinem Organ fortgesetzt heftig an. Das geschieht auch jetzt wieder in der Angelegenheit des ehemaligen Marineministers Bettolo. Wie weit bedauerlicherweise die Differenzen schon vorgeschritten sind, ist deutlich ersichtlich aus einer Resolution, die dieser Tage von einer Versammlung der römischen Socialisten angenommen wurde. In derselben heißt es: „Die Union der römischen Socialisten stimmt dem Kampfe, der gegen das Marineministerium unternommen ist, zu und erklärt sich mit Ferri und dem „Avanti“ in ihrem Vorgehen solidarisch; sie protestiert gegen die mangelnde Solidarität der socialistischen Fraktion mit Ferri, tadelt auf das entschiedenste das Verhalten Turatis, das einer indirekten Verteidigung Bettolos gleichkommt, und ladet alle Sektionen ein, sich diesem Votum anzuschließen.“ — Ferner wurde einem Antrage zugestimmt, in 8 Tagen wieder eine Versammlung abzuhalten, in welcher über das ganze Verhalten Turatis und über die Methoden der politischen Aktion des Proletariats diskutiert werden soll.

Aus Industrie und Handel.

Weitere Folgen der Spekulationsmanöver auf dem Baumwollmarkt werden unter dem 30. Juni aus dem großen amerikanischen Textilcentrum Fall River in Massachusets gemeldet. Infolge Mangels an Rohmaterial haben dort elf Baumwollfabriks-Gesellschaften eine Einschränkung der Produktion beschloffen, da keine Aussicht besteht, Rohbaumwolle zum normalen Preise ankaufen zu können. Durch diesen Beschluß sind 8000 Arbeiter beschäftigungslos geworden!

Die Insovenz des amerikanischen Schiffbauers hat Herr Morgan nun doch nicht verhindern können und damit auch nicht, daß diese saubere Gründung in gerichtliche Verwaltung kommt. Der Richter des Bundesbezirksgerichts in Newark verurteilte vielmehr Dienstag das Urteil in der Angelegenheit der „United States Shipbuilding Company“ dahin, daß die Gesellschaft zahlungsunfähig sei und die Direktoren die geeigneten Schritte zum Schutze der Bondsinhaber unterlassen haben. Mittwoch wollte der Richter einen amtlichen Wassenverwalter ernennen. Dadurch können nun auch die Gründungsvorgänge gerichtet werden, wovon Herr Morgan besonders graute.

Deutsche Gasfeldkäufer-Aktiengesellschaft in Berlin. Aus der Generalversammlung, die dieser Tage stattfand, sind folgende erbauliche Mitteilungen einer weiteren Verbreitung wert: Der zur Kenntnis der Versammlung gebrachte Rechenschaftsbericht für 1902 bis 1903 ergibt ein höchst trauriges Bild. Die Unterbilanz beträgt 2 800 208 M. Rechtsanwält Rosenthal, der Führer der Minorität, die schon seit Jahren gegen die Gründer prozessiert, kritisiert die Geschäftsgebarung des Vorstandes als eine in der Geschichte des deutschen Aktienwesens kaum erhörte. Von Jahr zu Jahr seien die Aktionäre auf die Zukunft verdrängt, der Zukunftswert aber nie eingelöst worden. Wenn das Patentkonto jetzt noch mit 500 000 M. zu Buche käme, so sei das nach seiner Ansicht keine richtige Bilanzierung. Sehe man aber die 500 000 M. von den Aktiven ab, dann ergeben sich, nicht wie die Verwaltung angegeben, 2 800 000 M. Verlust, sondern ein solcher von 3 300 000 M., das heißt ein Verlust, der größer sei, als das Aktienkapital. (Das würde die Kontostellung bedingen. Red.) Rechtsanwält Caro äußerte sich dahin, daß das Patentkonto schon aus dem Grunde imaginär sei, weil gegen das Hauptpatent der Gesellschaft eine Nichtigkeitsklage schwebt, über deren Chancen von der Verwaltung ergatte Angaben nicht zu erlangen waren. Aus Aktionärkreisen

wurde schließlich die Erklärung abgegeben, daß von einer Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates keine Rede sein könne, so lange die Verwaltung keine bestimmten Vorschläge über die Reorganisation gemacht habe.

Dresdener Allgemeine Versicherungsanstalt. Die außerordentliche Generalversammlung am Dienstag beschloß nach sehr lebhafter Debatte und nach erfolgter Rechtsbelehrung von Seiten des anwesenden Vertreters vom Reichs-Versicherungsamte die Fusion mit der Augusta-Lebensversicherungs-Gesellschaft in Berlin. Letztere werden dadurch, wie der „Nat.-Ztg.“ aus Dresden geschrieben wird, 4500 Versicherte mit 4 Millionen Mark Versicherungssumme zugeführt.

Zu dem rumänischen Rentenverlosungs-Schwindel. Wir erwähnen bereits, daß der Betrag der falsch amortisierten Stücke nunmehr auf 5 Millionen Franc beziffert wird. Aus der nunmehr vorliegenden Anklageschrift gegen die an den Verräthern beteiligten rumänischen Beamten und Bankiers geht hervor, daß von 1834 4proz. Titres zu 5000 Fr., die in der Zeit vom 5. Dezember 1899 bis zum Juni 1902 amortisiert worden sind, etwa die Hälfte für die Verräther ausgelöst wurde. Der Gewinn, der diesen zum Nachteil der Gesamtheit der Besitzer rumänischer Renten zugeflossen ist, wird auf mehr als 800 000 Fr. beziffert.

Krupp. Das Direktorium der Firma Friedr. Krupp in Essen a. d. Ruhr teilt durch Circular vom 30. Juni mit, daß die Firma mit ihren Zweigniederlassungen in Magdeburg, Aiel und Annen mit diesem Tage in eine Aktiengesellschaft übergeführt und in das Handelsregister eingetragen sei. Die Verhältnisse der Krupp'schen Werke bleiben unverändert, das Aktienkapital befindet sich geschlossen in dem Besitz der Familie Krupp.

Zur Veröffentlichung der Manifestantenlisten. Auf Anregung aus den Kreisen der Interessenten beschloffen sich die Kellerten der Berliner Kaufmannschaft in ihrer letzten Sitzung am Montag auch mit der Frage der Veröffentlichung der sogenannten Manifestantenlisten. Die Kellerten sind der ganz vernünftigen Ansicht, daß mit Rücksicht auf die bei dem Berliner Amtsgericht I bestehende Praxis, wonach in Gemäßheit des § 915 der Zivilprozessordnung auf Verlangen jedem die Einsicht in das Schuldnerverzeichnis gewährt und auch gestattet wird, bei der Einsichtnahme sich Auszüge aus dem Verzeichnis zu machen, für Berlin kein Bedürfnis besteht, eine Abschrift des Schuldnerverzeichnisses des genannten Gerichts an anderen Stellen zur allgemeinen Benutzung auszuliegen; vielmehr bestehen nach Ansicht der Kellerten gegen eine solche Auslegung Bedenken, da es mit erheblichen Schwierigkeiten und mit großer Verantwortlichkeit verbunden sein würde, das auszuliegende Verzeichnis stets auf dem Laufenden zu erhalten. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß es nach der Vorschrift des § 915 der C.-P.-O. für eine Person, die den Offenbarungseid geleistet habe oder gegen die zur Erzwungung der Eidesleistung die Haft angedrohet sei, nicht möglich wäre, innerhalb des gesetzlichen fünfjährigen Zeitraumes die Löschung in dem Schuldnerverzeichnis herbeizuführen, selbst wenn die betreffende Person während dieses Zeitraumes wieder in vollständig geordnete Vermögensverhältnisse gelangt wäre. Die Kellerten beschloffen eine Eingabe an das Reichsjustizamt, in der gebeten wird, daß bei einer Revision der Zivilprozess-Ordnung dieser Mißstand beseitigt werde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Als arglistige Täuschung bezeichnete das Berliner Gewerbegericht das Verhalten eines Fabrikmeisters, der ausgezogen war, um Streikbrecher zu werden. Als die Former der Firma Hartung freistien, reiste Meister Schröder nach Stettin, wo er drei Former überredete, bei der von ihm vertretenen Firma Arbeit zu nehmen. Vor ihrer Abreise fragten die Former den Meister, ob denn der Streik bei Hartung beendet sei. Obwohl dies thatsächlich nicht der Fall war, antwortete der Meister, der Streik sei beendet, die Firma habe zum Teil neue Arbeitskräfte eingestellt. Als die drei Former in Berlin ankamen, erfuhren sie, daß ihnen der Meister die Unwahrheit gesagt hatte. Sie traten deshalb die Arbeit nicht an und verlangten je 12 70 M. als Ersatz ihrer Reisefkosten und Entschädigung für Zeitverlumnis. Die Zahlung wurde verweigert und die Firma infolge dessen beim Gewerbegericht verklagt. Hier machte der Vertreter der Firma den Einwand, der Meister habe nicht die Unwahrheit gesagt, denn für die Firma sei der Streik zu jener Zeit beendet gewesen. Diese eigentümliche Auslegung der unwahren Angabe des Meisters ließ das Gewerbegericht jedoch nicht gelten. Es verurteilte die Firma Hartung zur Zahlung des geforderten Betrages. In der schriftlichen Urteilsbegründung heißt es:

„Die Frage der Kläger, ob der Streik bei der Beklagten beendet sei, ließ offensichtlich erkennen, daß die Kläger während der Dauer des Streiks bei der Beklagten nicht arbeiten und die Berliner Arbeiter durch Uebernahme der von ihnen verlassenen Arbeit bei der Durchführung ihres Streiks nicht benachteiligen wollten. Die Frage, ob der Streik beendet oder nicht beendet war, muß daher als bestimmend für Annahme des Arbeitsvertrages durch die Kläger angesehen werden. Die Auslegung, welche die Beklagte der Erklärung ihres Meisters giebt, ist ganz unhaltbar. Der Meister mußte sich darüber klar sein und war es auch nach Ansicht des Gerichts, daß die Kläger keine Antwort in der zugegebenen Form nur so auffassen konnten, daß der Streik der Arbeiter der Beklagten durch Wiederaufnahme der Arbeiten durch sämtliche Arbeiter, oder wenigstens in bei weitem überwiegender Zahl derselben, für beide Teile beendet sei. Anders war es, wenn die Erklärung des Meisters gelautet hätte: Der Streik ist für die Firma beendet, es sind neue Arbeiter eingestellt worden. Dann hätten die Kläger gewußt, daß sie zum Ersatz für diejenigen Arbeiter eingestellt werden sollten, welche die Arbeit zwecks Erlangung besserer Arbeitsbedingungen niedergelegt hatten; während die Bemerkung, es seien zum Teil neue Arbeiter eingestellt, gegenüber der das Zustandekommen einer Einigung mit den alten Arbeitern deutlich bezeichnenden Aeußerung, der Streik sei beendet, von den Klägern nur so aufgefaßt werden konnte, daß nach gütlicher Verlegung des Streiks außer den alten, auch einige neue Arbeiter in nicht erheblicher Zahl eingestellt worden seien. ... Die Kläger sind daher nach Ansicht des Gerichts durch eine arglistige Täuschung des Meisters zum Abschluß des Arbeitsvertrages bewogen worden und können daher nach Erkenntnis der wahren Sachlage von dem Vertrage zurücktreten. Sie können daher für ihre in Erfüllung des Arbeitsvertrages vorgenommenen Leistungen, d. h. für die Fahrt nach Berlin und die dadurch ihnen erwachsene Verlumnis Ersatz verlangen. ... Die Beklagte war daher gemäß § 91 der Zivilprozess-Ordnung kostenpflichtig nach dem Klagenantrage zu verurteilen.“

Das ist bitter, wenn der Meister glaubt, er habe endlich einige Streikbrecher eingefangen, und dieselben dann doch wieder abgeben und der Chef schließlich noch die Kosten für den vereitelten Streikbrecherfang zahlen muß. Immerhin ist die Kostenzahlung noch eine recht milde Strafe für die arglistige Täuschung ehrenhafter Arbeiter.

Deutsches Reich.

Der große Lohnkampf im Baugewerbe, der sich voriges Jahr im Bierstädtegebiet Hamburg-Altona-Wandsbeck-Harburg abspielte, wird — so schreibt man uns aus Hamburg — in diesem Jahre, wenn nicht in letzter Minute eine unerwartete Wendung der Dinge eintritt, eine erneute Auflage erleben. Auf einer ganzen

Reihe von Bauten errangen sowohl die Zimmerer wie die Maurer im vorigen Jahre einen Stundenlohn von 70 Pfennig bei neunstündiger Arbeitszeit, obwohl die Zunung „Bauhütte“ diese Forderung der Arbeiter schließlich abgelehnt hatte. Die Forderung wäre infolge des jähen Festhaltens der Arbeiter sicher überall durchgekehrt, wenn nicht durch die entschiedene Stellungnahme der sämtlichen Hamburger und anderen Behörden zu Gunsten des Unternehmertums es diesem ermöglicht wäre, eine große Anzahl fremder Arbeitswilliger zu importieren. Die Bauhütte, die, wie später antlich sogar in der Hamburger Bürgerchaft zugegeben werden mußte, schon im vorigen Jahre eine sehr gute war, ist in diesem Jahre noch besser. Trotzdem hat sich die Zunung „Bauhütte“ auf keinerlei Verhandlung mit den Arbeitnehmern eingelassen, obwohl sie im Jahre 1900 schon versprochen hatte, vor 1902 mit den Arbeitern über einen neuen Lohnvertrag zu verhandeln und bei günstiger Konjunktur 70 Pf. Stundenlohn und 9stündige Arbeitszeit einzuführen. Da sie wieder dieses Versprechen gehalten hat, noch trotz wiederholten Ersuchens der Arbeitnehmer in Verhandlung über den Lohnvertrag einzutreten bereit ist, haben Zimmerer und Maurer beschlossen, durch partielle Sperren und Streiks ihre Forderungen durchzusetzen.

Am Montag hat eine Versammlung des Bierstädtebundes der Baugewerks-Zunung, die von 400 Mitgliedern besucht war, mit allen gegen fünf Stimmen beschloffen, nichts zu bewilligen. Ledern den bestehenden Lohnvertrag unverändert aufrechtzuerhalten und der erneut auftauchenden Lohnbewegung mit allen zur Verfügung stehenden Kräften entgegenzutreten. Eine allgemeine Ausperrung wurde in der Debatte wohl erörtert, aber die Bewegung augenblicklich noch nicht für so bedeutend erachtet, daß eine so schwerwiegende Maßnahme gerechtfertigt wäre. Man wolle erst den weiteren Verlauf der Dinge abwarten.

Die Forderungen der Maurer wurden am Dienstag von zwei Unternehmern, von denen einer Innungsmeister ist, für 47 Gesellen bewilligt. Mehrere andre Unternehmer haben die Bewilligung für die nächsten Tage zugesagt.

Zum Schutze der Arbeitswilligen in Mainz entfaltet die dortige Polizei eine ganz besonders lebhaftige Thätigkeit. Bezeichnend dafür ist ein Beispiel, welches die „Mainzer Volkszeitung“ anführt:

Die arbeitswilligen Italiener sind in dem Hause Redarstr. 2 einquartiert. Wenn dieselben morgens auf die Baustelle und abends von derselben transportiert werden, sind sie von ca. 30 Schulleuten umgeben, drei oder vier Schulleute gehen dem Trupp voran und treiben alles vor sich her. Keiner der Anwohner der Straßen, welche der Zug passiert, darf sich auf der Straße blicken lassen, selbst Frauen werden mit Verhaftung bedroht. Die Bauten, an denen die Italiener arbeiten, sind den ganzen Tag von 18—20 Schulleuten, unter Führung von zwei Kommissaren und drei Wachmeistern, umgeben.

Bekanntlich sind die Mainzer Maurer ausgeperrt. Wie man sieht, ist die Polizei nach Kräften bemüht, den Ausbrechern des Unternehmertums ihren Schutze angebeihen zu lassen, was gleichbedeutend ist mit einer Förderung der arbeitserfeindlichen Absichten, welche die Mainzer Bauunternehmer durch ihre brutale Maßnahme verwirklichen wollen.

Ausland.

Streik im Hafen von Genua. D. H. berichtet aus Genua, 1. Juli. Da sich die Händler entschieden weigern, die Beschlässe der Arbeitervereinigung anzuerkennen, ist im hiesigen Hafen ein allgemeiner Streik der Kohlenverlader ausgebrochen. Lediglich die auslaufenden Postdampfer erhalten so viel Kohlenmaterial, als sie zum Auslaufen gebrauchen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Lehrlingszucht in der Berliner Wäschekonfektion hat nach dem „Arbeitsmarkt“ einen solchen Umfang angenommen, daß die Gewerbeinspektion jetzt systematisch die durch ihre reklamehaften Zeitungsanzeigen bekannt werdenden sogenannten Lehrverträgen einer Inspektion unterzieht. Nach den Inspektionsberichten für 1902 beträgt die Lehrzeit in diesen Werksstätten 1—4 Wochen, das Lehrgeld durchschnittlich täglich 1,25 bis 1,50 M. Die Lehrmädchen müssen meist bei der Anfertigung von, an Konfektionsgeschäfte zu liefernden, billigen Waren helfen. Auf diese Weise gewinnt der Unternehmer neben lohnlosen Arbeitern noch bare Geldmittel; die Ausbildung der Mädchen ist aber durchaus ungenügend und bleibt im besten Falle einseitig. Manche aus Beamten- und „bürgerlichen“ Familien stammende Mädchen, die später einen Verdienst nur in der Heimarbeit suchen, bevorzugen die Ausbildung in solchen kleinen Lehrwerkstätten. Größere Wäschefabriken legen auf die Ausbildung in dem eignen Betriebe Wert, und es ist deshalb auf ihren Antrag beim Centralarbeitsnachweis eine besondere Abteilung für Lehrlingsvermittlung in der Konfektionsindustrie geschaffen worden, bei welcher sich die Ausbildung suchenden Mädchen vor Abschluß eines Lehrvertrages über die einzelnen Werksstätten erkundigen können. Der Bericht klagt darüber, daß diese Einrichtung noch nicht genügend bekannt zu sein scheint und daher nicht so, wie zu wünschen ist, in Anspruch genommen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Krisis in Ungarn.

Budapest, 30. Juni. (B. Z. B.) Die Kossuth-Partei hielt heute eine Besprechung ab, welche einen stürmischen Verlauf nahm und um Mitternacht noch fortanert. Mehrere Redner griffen den Präsidenten der Partei, Kossuth, an, worauf sich dieser mit mehreren Freunden entfernte. Im weiteren Verlaufe der Konferenz erklärten sich zahlreiche Redner für die Fortsetzung der Konfstruktion.

Aus den belgischen Kolonien.

Brüssel, 1. Juli. (B. Z. B.) Deputiertenkammer. (Schluß.) Der Minister des Reichens, Baron Favereau, erklärt, daß die Regierung zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit sei, von der Belde begründet hierauf die Interpellation. Er erkennt die übermenschlichen Anstrengungen an, die die Belgier am Kongo gemacht hätten. Aber die Volksoverretzung dürfe sich über die im englischen Unterhause gepflogene Erörterung nicht hinwegsetzen, denn Belgien habe die Kongo-Akte unterzeichnet und es habe am Kongo Streitkräfte und Geldmittel aufgewendet. Der Redner bespricht sodann die geschäftliche Entwicklung und betont, daß gegenüber den Eigentumsrechten des Staates für den freien Handel heute fast nichts mehr übrig bleibe. Er tadelt die den Schwarzaren aufgelegten Naturalabgaben. Gegen Uebergriffe würde zwar eingeschritten, wenn sie von unteren, nicht aber wenn sie von höheren Beamten ausgehen. Koloniale Mißstände seien übrigens in allen Staaten festgestellt worden, England nicht ausgenommen.

Der Minister des Reichens erklärt, daß Belgien nicht das Recht habe, in die Verhältnisse des Kongogebietes einzugreifen, außer wenn eine offenkundige Verletzung der Berliner Akte vorliege. Der Staat bestreife diejenigen, die strafbare Handlungen begehen. Die Gewissensfreiheit werde geschützt. Der Staat habe nicht in das Gesetz über die Presse, noch in den Schutze der Eingeborenen eingegriffen. Der Plan über das Vorgehen gegen die Sklaverei sei auf der Konferenz in Brüssel beschloffen worden und die Engländer seien die ersten gewesen, die dazu ihre Glückwünsche ausgesprochen. „Wir sind stolz“, schloß der Minister, „auf das, was unsere Landsleute in jenem Gebiete geleistet haben.“ Hierauf wird die Sitzung auf morgen verlag.

Paris, 1. Juli. (B. Z. B.) Der Marineminister bewilligte den Kriegshafen-Arbeitern die frühere Probefahrts-Gratifikation. Dadurch ist die Gefahr eines Ausstandes beseitigt.

Madrid, 1. Juli. (B. Z. B.) In Valladolid wütete heute ein heftiges Unwetter. Zahlreiche Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer. In Segovia wurde eine Hochflut überherrsamt.

Eine Wendung im Kulturkampf.

Paris, 20. Juni. (Fig. Ver.) Dem äußerlichen Erfolge der Regierung in der Frage der „säkularisierten“ Klöster und Nonnen folgten im Parlament Schlag auf Schlag zwei bedrohliche Explosionen innerhalb des soeben wieder geeinigten „Bloc“: In der Deputiertenkammer der Abfall von etwa 30 Ministerialen unter der Führung Lehgues, des ehemaligen Unterrichtsministers im Kabinett Waldeck-Roussieu, im Senat die Schilderhebung Waldeck-Roussieu in Person gegen die ganze antilongreganistische Aktion seines Nachfolgers.

In der Kammer handelte es sich um die Genehmigungsgesuche von 81 unterrichtenden Frauen-Kongregationen. Regierung und Kammerkommission hatten dasselbe Verfahren beantragt, wie im März gegenüber den Gesuchen der 54 Männerorden: sämtliche 81 Gesuche, diesmal zu einem Entwurf von 81 Paragraphen zusammengefaßt, da es gleichartige Kongregationen sind, sollten en bloc abgelehnt werden durch die Verwerfung des Ueberganges zur Einzelberatung.

In der entscheidenden Abstimmung, an welche Combes die Vertrauensfrage geknüpft, hat nun Lehgues' Protest gegen das en bloc-Verfahren bewirkt, daß die Regierungsmehrheit auf 16, genauer — unter Abzug der Stimmen der sieben Minister, die Deputierten sind — auf 9 Stimmen zusammenschrumpfte! Im März aber bei der gleichen Abstimmung über die Gesuche der 54 Männerorden betrug die Regierungsmehrheit 43 Stimmen, d. i. die bisherige minimale Mehrheitszahl in den gefährlichsten Tagen.

Lehgues' persönlicher Einfluß kommt gar nicht in Betracht. Seine allseitige streberische Wandlungsfähigkeit wird allseitig gebührend bewertet. Aber — man wußte, daß er diesmal das Mundstück Waldeck-Roussieu war, und, was noch wichtiger ist, die unsicheren Kantonisten sind bereits so weit, um selbst auf dem Boden der Kongregationen-Frage den Sturz des Kabinetts Combes herbeiführen zu wollen.

Der Pfruchsteg des Kabinetts in der Kammer hat offenkundig dem bisher wenigstens im Plenum des Senats schweigenden Waldeck-Roussieu die Junge geölt. Bei einer vom Raume gebrochene Gelegenheit protestierte er im Namen „seines“ Gesetzes von 1901 gegen dessen Anwendung durch Combes. In der ihm eignen meisterrhaften Form sah er zusammen alle liberal-melastischen Argumente, die seit einem Jahre gegen Combes' antilongreganistische Aktion ins Feld geführt werden. Damit zugleich aber bekräftigte er die Wichtigkeit der von Anfang an gegen seine spiegelverkehrten Antiklerikalismus gerichteten Kritik der aufrichtigen Antiklerikalen. Alle Welt erkennt jetzt den geheimen Hintergedanken „seines“ Gesetzes — die Befestigung etwa der Kompromittierten politischen und geschäftsmacherischen Wundstücken und die geschickliche Sanktionierung aller andern Orden, vor allem der Unterrichtsorden. Die von ihm, aber gegen seinen Willen entsefelte antiklerikale Aktion erfüllt ihn mit derselben Angst, welche seine ursprüngliche Partei, die melastischen Bourgeoisrepublikaner, seit Jahren ins liberale Lager getrieben hat. Er bläst nun kräftig zum Rückzug und die erbittertesten Feinde seines Ministeriums und „seines“ Gesetzes von 1901 umjubeln ihn als den Retter aus der Not. Es sollte nur ein „Kontrollgesetz“ sein, kein „Ausschließungsgesetz“, und auch die Durchführung der Kontrolle müßte „gebührender“ und „mahdoller“ vor sich gehen. . . . Mit einem Wort, in seinem Sinne handelte es sich um einen Rückstuf über Napoleon I. hinaus, um eine Verordnungsänderung des Napoleonischen Konfessions mit der weltlichen Geistlichkeit durch ein Konkordat mit der Ordensgeistlichkeit. Dazu passen vortrefflich die merkwürdigen Unterhandlungen des Kabinetts Waldeck-Roussieu mit dem Vatikan über das Vereinsgesetz, wie sie im jüngsten Weltbuch veröffentlicht wurden, Unterhandlungen, bei denen das angeblich antiklerikale Kabinett die Hilfe des Vatikans anruft, um die antiklerikale Strömung einzudämmen zu können!

Im Beginn seines Ministeriums nannte sich Combes gern den „Fortseher“ Waldeck-Roussieu. Desto empfindlicher ist für ihn die Schilderhebung seines Vorgängers, obwohl er nach und nach durch die Logik der Tatsachen dazu getrieben wurde, zum flüchtigen Ausbesserer seines Vorgängers zu werden und insbesondere bei der Anwendung des Gesetzes von 1901 gegen den Hintergedanken Waldeck-Roussieu zu handeln. Combes' peinliche Lage kam auch äußerlich drastisch genug zur Geltung. Er nahm die anmaßende Resignation Waldeck-Roussieu — mit Stillschweigen entgegen.

Und was nun? Der Pfruchsteg in der Kammer in Verbindung mit der Schilderhebung Waldeck-Roussieu haben die Stellung der Regierung tiefer erschüttert als alle bisherigen inneren Reibungen und Zerwürfnisse. Wenn es sofort zu keiner Ministerkrise kommt, so hauptsächlich deshalb, weil man am Abend der Sommerferien steht. Aber während der Ferien hat Combes namentlich den Kammerbeschluss betreffs der 81 Frauenkongregationen, die zusammen 527 Lehranstalten besitzen, durchzuführen. Die treugebliebenen Ministerialen sehen ein, daß der liberale Widerstand gegen die Maßnahmen einer tief erschütterten und distanzirten Regierung besonders heftig werden muß. Sie drängen daher auf die Erlangung eines kräftigen Vertrauensvotums noch vor den Ferien.

Bei alledem ist immer wieder zu betonen, daß der Rärm um die Aktion des Kabinetts Combes zu ihrer wirklichen Tragweite in ungeheurem Verhältnis steht. Die lex Waldeck-Roussieu rührt auch in der Combesischen Anwendung nicht an die vor 1901 so oder anders genehmigten Orden, die insgesamt 75 470 Mitglieder umfassen, davon 54 400 Nonnen und 21 070 Mönche. Das ist eine schwarze Armee, die um rund 15 000 Mitglieder die Zahl der Kongregationisten vor der großen Revolution übersteigt. Dabei sind diese Orden genehmigt worden unter Verletzung der niemals abgehassten Gesetze von 1792, die sämtliche Kongregationen aufgelöst haben! Was speziell die Unterrichtsorden betrifft, so verfügt die genehmigte Kongregation der „Brüder der christlichen Schulen“ (mit 15 bis 20 000 Mitgliedern) allein über eine Schülerzahl von vier- bis fünfzehntausend Kindern. Die Zahl der genehmigten Frauenorden beträgt 909, darunter 597 Unterrichtsorden mit über 800 000 (acht-hunderttausend) Schülern. Die sträckerliche Aktion Combes' erstreckt sich dagegen — nach einer Aufstellung des Abg. Ferd. Quisson — bloß auf ein Bataillon der Ordenschulen. Und derselbe Quisson zeigt auch, daß das wirkliche Resultat der „schredlichen Verfolgung“ noch geringer sein muß: „Wir haben die Schulen der „Brüder“ von der Konkurrenz der kleinen Orden befreit. Es ist natürlich, es ist unüberwindlich, daß nach einigen Monaten die Schülerzahl der teuren Brüder um einige Tausend steigen wird.“ Ferner ist die massenhafte Umkehrung des Gesetzes durch die weltlich umgewandelten Klöster und Nonnen zu berücksichtigen, gegen welche auf dem Boden der lex Waldeck-Roussieu kein Kraut gewachsen ist.

Danach läßt sich erst so recht erkennen, wie tief der Antiklerikalismus sich selbst in die Reihen der sich antiklerikal nennenden bürgerlichen Republikaner eingegraben hat, wenn ihnen Combes' Aktion ein mit dem Ministersturz zu ahndendes Verbrechen erscheint.

Prozeß gegen die Pommerbank.

Am gestrigen 38. Sitzungstage teilt Vorsitzender Landgerichtsdirektor Heidrich mit, daß von Dr. Ludwig Fulda ein Telegramm eingegangen sei und fragt die Angeklagten, ob es richtig ist, daß Dr. Fulda bei der Entgegennahme des dem „Presse-Klub“ gegebenen Darlehns in keiner Weise beteiligt war, da er damals gar nicht Vorstand war? — Angell, Schulz erklärt, daß er von dieser ganzen Sache nichts wisse. — Angell, Romeid bestätigt,

daß er mit Dr. Fulda überhaupt nicht verhandelt habe; dieser könne aus eigener Wissenschaft gar nichts befehlen, da er nicht im Vorstande des Presse-Klubs gewesen.

Es folgt eine kurze Vernehmung des Redakteurs Georg Schweiger, dem die Frage vorgelegt wird, ob er an einem Aktien-Konfession der Strelitzbank beteiligt gewesen sei. Als seiner Zeit das „Konfession-Hochmeister“ erörtert wurde, kam auch der Name des Zeugen beiläufig vor und der Staatsanwalt hielt es für zweckmäßig, Schweiger zu hören. Dieser bekundet, daß er nie Mitglied eines Aktien-Konfession und auch in dem hier in Rede stehenden Falle nicht Mitglied des Konfession gewesen sei. Er habe auch niemals von Hochmeister irgend eine Zahlung bekommen. Er habe im Jahre 1898 einmal Strelitzer Aktien besessen, die er seiner Zeit regelrecht ohne Vergütung, Konfession und dergleichen zum Verkauf gelassen habe. Er habe diese Aktien etwa 1 1/2 Jahre besessen und dann verkauft. Er entsinne sich, daß er einmal, etwa im Jahre 1899, einen Brief von Herrn Romeid bekommen, ihm diesen aber mit dem Bemerkten zurückgegeben habe, daß er sich seinerzeit keinesfalls an irgend einem Konfession beteilige. — Auf Befragen erklärt Angeklagter Schulz: Ihm sei absolut nichts davon bekannt, daß der Zeuge jemals einem Konfession angehört habe. — Angeklagter Romeid bestätigt dem Zeugen Schweiger, daß dieser lediglich einmal Strelitzaktien gekauft und nach längerer Zeit verkauft habe. Als 1899 eine neue Emission von Aktien bevorstand, habe er ihm offeriert, ob er sich nicht an einem Konfession beteiligen wolle, der Zeuge habe es aber rundweg abgelehnt.

Längere Erörterungen knüpfen sich an die Verleumdung der Grundstücke Friedrichstraße 178 und Taubenstraße 38—40, in denen sich das Weinrestaurant „Kaiser-Keller“ befindet. Auch in diesem Falle war Bedingung, daß bei Bewilligung der ersten Hypothek vier Grundstücke mit hineingenommen werden müßten, die nach Ansicht der Anlage weit über den wirklichen Wert berechnet worden sind. Dasselbe soll auch bei der späteren Hineinnahme von Niedriger Grundstücken der Fall gewesen sein. — Der Angekl. Schulz, dem aus den hier in Rede stehenden Transaktionen der Vorwurf der Untreue gemacht wird, bestrittet auch hier seine Schuld.

Nach der Pause erbittet Justizrat Dr. Sello nochmals für den Angeklagten Romeid das Wort. Derselbe wolle den Vorwurf einer Zeitung, daß er sich „mit cynischer Frechheit an den Presse-Klub herangebrängt“ habe, zurückweisen. — Angell, Romeid: Ich will hier nur feststellen, daß nicht ich an den Presse-Klub herangetreten bin, sondern eine neuem Verein nahe stehende Seite mit den Gedanken der Genöhrung des Darlehns unterbreitet hat.

Staatsanwalt Weck kommt nochmals auf die Kuffhändler-Diners bei Drefsel zurück. Er habe sich überzeugt, daß in der That 625 248 M. Lantienfonds dem Reservefonds zugeführt worden seien. Nichtsdestoweniger könne er die großen Ausgaben bei Drefsel in keiner Weise als gerechtfertigt erachten, denn die Bank habe sich 1898 schon in sehr schlechter Vermögenslage befunden. Angell, Schulz, Kuffhändler und Direktoren haben freiwillig auf 125 000 M. Lantienfonds verzichtet und dem gegenüber könne doch ein Diner bei Ludolf Drefsel nicht ins Gewicht fallen. Er protestiere gegen die Behauptung, daß sich die Bank in schlechter Vermögenslage befunden habe.

Es werden sodann noch einige Fälle verhandelt, in denen Schulz beschuldigt wird, durch Uebertragung der in seinem Besitz befindlichen Grundstücke in der Hasanenstraße und eines Terrains in Wilmersdorf an die Immobilien-Verkehrsbank die letztere überborteilt haben soll. Der Angeklagte Schulz sucht nachzuweisen, daß diese Anschuldigung unbegründet sei.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiengenossen von Berlin, Teltow-Beeskow, Niederbarnim und Potsdam-Dönhavelland.

Am Sonntag, den 19. Juli 1903, erscheint die nächste Lokalliste.

Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von obigen Kreisen, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Freitag, den 10. Juli 1903, einzufenden zu wollen und zwar für:

Teltow-Beeskow an den Genossen Hermann Schliebig in Orly, Jahnstraße 2;

Niederbarnim an den Genossen Otto Riebe in Friedrichsfelde, Victoriastraße 4;

Potsdam-Dönhavelland an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9;

Diverse Orte an den Genossen Gustav Felsow in Eberswalde, Eisenbahnstraße 67;

Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 66.

Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die Änderungen und Neu-Aufnahmen für obige Liste umgehend mitteilen, da spätere Einsendungen keine Berücksichtigung mehr finden können.

Vielfach kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion oder Expedition des „Vorwärts“ gesandt werden; zur schnellen Erledigung derselben ersuchen wir die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten und nicht an den „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der oben genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Eine Siegesfeier wird am Sonntag im Volkshaus abgehalten. Ein reichhaltiges Programm, bestehend aus Konzert, Auftreten namhafter Künstler, Festrede des Genossen Jubel, sichert den Teilnehmern einen angenehmen Sonntag. Näheres siehe dieser Tage im Inseratenteil.

Die Lichterberger Parteiengenossen wollen als größter Ort des Kreises den erregenden Wahltag durch eine solenne Siegesfeier verherrlichen. Am Sonntag, den 5. Juli, nachmittags von 3 Uhr ab soll jeder willkommen sein, der sich mit den Lichterbergern des erfochtenen Sieges gemeinsam erfreuen will. In der „Seeterrasse“, Köberstraße, wird das Komitee alles ausbieten, um Jung und Alt den Tag zu einem Festtage zu gestalten. Neben Konzert, Tanz, Feuerwerk wird für Unterhaltung und Ueberbahrung gesorgt werden. Bei 20 Pf. Entree sind Kinder frei und erhalten auch noch eine Stocklatzner gratis. Für gute Getränke, Speisen und Unterhaltungsräume ist gesorgt. Das Komitee.

Lokales.

Gesteigert!

Es giebt keine Wohnungsnot mehr in Berlin! Verfügen von Zeit zu Zeit die bürgerlichen Blätter; es giebt keine Wohnungsnot mehr, wenn überhaupt jemals eine Wohnungsnot in Berlin geherrscht hat! Der Mangel an Wohnungen, der hier in den letzten Jahren — so legen sie auseinander — etwa vorhanden war, ist längst wieder beseitigt. Die Dürftigkeit hat sich wieder gehoben; in den äußeren Stadtteilen sind zahlreiche Häuser, besonders solche mit Wohnungen für weniger Vermittelte, neu errichtet worden; die Zahl der leer bleibenden Wohnungen, auch der kleinen, nimmt von Quartal zu Quartal zu — nur, was will man noch mehr?!

Diese Darstellung entspricht ungefähr der Wahrheit. So knapp wie vor zwei und drei Jahren sind die Wohnungen heute in Berlin in der That nicht mehr. Das Angebot von Wohnungen hat so erheblich zugenommen, daß bei den sich mit Gewerberäumen verbundenen Wohnungen die leerstehenden nicht vom 1. Januar 1901 bis zum 1. Januar 1903 von 1761 auf 4514 vermehrt haben. Im besonderen vermehrten sich 1 diesen zwei Jahren die leerstehenden Einzimmer-Wohnungen von 519 auf genau 1000, die leerstehenden Zweizimmer-Wohnungen von 288 auf 1227. Also von einer Wohnungs-Knappheit, von einem Mangel an kleinen und kleinsten Wohnungen kann in Berlin wirklich kaum noch die Rede sein.

Wer aber daraufhin erwartet und vorausgesagt hatte, die Berliner Hausbesitzer würden mit den Mietssteigerungen, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre so schamhaft begannen und dann in den Jahren 1900, 1901, 1902 so unverfroren fortgesetzt wurden, nun endlich einmal aufhören, der ist durch den Kündigungstermin des 1. Juli als ein schlechter Prophet erwiesen worden. Die letzten Tage des Juni haben wieder zahlreiche Berliner Mietern eine weitere Mietssteigerung gebracht — trotz der Vermehrung der leerstehenden Wohnungen. Trotz des „Ueberschusses“ an Wohnungen, von dem übertrieben schon gesprochen wird, steigern die Herren Hauswirte vorläufig weiter. „Nur noch dieses eine Mal“, beschwichtigen sie den Mieter, der zu ihnen gelaufen kommt, um seine Verwunderung zu äußern oder seiner Entrüstung Luft zu machen, „nur noch dieses letzte Mal und dann nicht mehr“. Aber wenn dann der nächste Kündigungstermin kommt, dann wird immer nochmal gesteigert — „zum Abgewöhnen“, wie der Berliner sagt.

Hier zeigt sich wieder die oft beobachtete Erscheinung, daß eine einmal begonnene Preiserhöhung nicht sofort zum Stillstand kommt, wenn ihre unmittelbare Ursache beseitigt ist. So rasch gewöhnen sich die Berliner Hausagrarier das Steigern nicht ab: Wenn ihnen wirklich schon mal eine Wohnung unbemietet bleibt — sie können's mit ansehen, sie haben ja in den letzten Jahren ihr Schäffchen ins Trockene gebracht. Ueberdies brauchen sie die Vorsicht, gemeinsame Sache zu machen. Mancher Hauswirt läuft in den letzten Wochen vor dem Kündigungstermin persönlich von Haus zu Haus und nimmt seinen Nachbarn das heilige Versprechen ab, bestimmt mitzugesteigern. Wenn dann der von den Mietern mit Sorge erwartete Tag kommt und die gefürchtete Steigerung bringt, dann glaubt zunächst jeder, der einzige zu sein. Aber bald wird es im Hause bekannt, daß allen miteinander die Mietssteigerung geworden ist. Und wenn dann die Mieter noch an demselben Tage, an demselben Vormittag über Hals über Kopf rennen, um sich nach einer andern Wohnung umzusehen, dann kehren sie bald mit langen Gesichtern zurück: Es ist überall gesteigert worden, in der ganzen Straße, im ganzen Stadtteil — und die Mietslader lachen sich ins Häufchen.

Am schlimmsten ergeht's jetzt den Bewohnern der Häuser, die im letzten Jahre den Weisheit gewechselt haben. Allemal, wenn die Miets steigen, entwickelt sich im Häuserverkauf ein stotteres Geschäft, weil dann die Käufer wegen höheren Ertrages mit gehörigem Profit losgeschlagen werden können. Der neue Besitzer sucht sich Schablos zu halten, indem er bei erster Gelegenheit weiter steigert. „Bedauere sehr“, zuckt er die Achseln, „ich kann nicht anders, ich habe das Haus teuer genug bezahlet müssen“.

Es giebt keine Wohnungsnot mehr in Berlin! verfluchen die bürgerlichen Blätter. Für den, dem der Briefträger in den letzten Tagen den Steigerungsbrief ins Haus gebracht hat, ist es ein schlechter Trost, daß die Wohnungs-Knappheit wieder beseitigt ist. Die Wohnungsteuerung dauert fort. Man geht umher in den Mietskafernen der äußeren Stadtteile und frage die Mieter, ob für sie keine Wohnungsnot mehr besteht, ob von ihnen die erneute Mietssteigerung etwa weniger hart empfunden wird, weil anderwärts Wohnungen leer stehen und — ebenso teuer sind! Die Stimmung, die in solchen Häusern nach einer allgemeinen Steigerung herrscht, brauchen wir unsren Lesern nicht zu schildern; sie kennen sie aus eigener Erfahrung. In einer mittelalterlichen Stadt, die wieder einmal von Raubrittern gebrandschatzt worden war, können nicht ärgere Verwünschungen laut geworden sein.

Dem einzelnen Hausbesitzer kann man's am Ende nicht mal verdenken, daß er mietssteigert, so lange es geht. Wohnungen vermieten ist eben unter den heutigen Verhältnissen auch nur ein Geschäft, bei dem möglichst viel verdient werden soll, wie bei jedem andern Geschäft. Gegen Mietssteigerungen hilft da kein Klagen und kein Schimpfen. Aber in solcher Lage sollte auch der Kurzsichtigste erkennen, wie notwendig es ist, daß nach dem Vorschlage der Socialdemokratie das Wohnungswesen der Profitgier privater Unternehmer entzogen und zu einer öffentlichen Angelegenheit, zu einer Aufgabe der Gemeinde gemacht würde. Das ist freilich nicht nach dem Geschmack des Freijüms, der unentwegt an dem Grundlag schrankenloser Ausbeutungsfreiheit festhält und darum in Berlin die Hausbesitzer zu seinen besten Freunden rechnen darf.

Eine polizeiliche Kontrolle der Laubenkolonien wegen der Feuerungsanlagen wird am nächsten Sonntag vorgenommen werden. Inhaber von Lauben mit vorchriftswidrigen Anlagen verfallen einem Strafmandat.

Reite Brüder. Vor einigen Tagen lobte in unserm Konfessionbiertel eine blutige Schlacht, deren Ursachen am Hausvogelplatz mit Interesse besprochen werden.

Die beiden Brüder und Chefs gaben, nachdem sie — wie schon öfters — sich gegenseitig heftige Schimpfworte an den Kopf geworfen, ihrem Geschäftspersonal das erbauliche Schauspiel einer solennen Keilerei, bei der die Prügel hageldicht fielen. Der ältere Bruder war der Angreifer. Ob seine Orden und Titel Anlaß zu dieser „würdevollen That“ gaben, vermögen seine Nachbarn nicht festzustellen, jedenfalls aber hoffen dieselben, daß der „Schlagfertige Herr“ nicht auch in der Berliner Handelskammer, deren Mitglied er ist, seine Ansichten mit der „Faust“ begründet.

Wie die Unfrommen mit den Frommen seiden müssen. Auf die Fronten abgehen hat es eine Buchhändlerfirma „Emil Schöwarz Verlag“, Berlin NO., die sich mit dem Vertrieb religiöser erbaulicher Schriften befaßt. Die Vertreter und Vertreterinnen dieser Firma gehen von Haus zu Haus und bieten ihre Ware, wie uns ein Leser schreibt, mit solcher Beharrlichkeit an, daß besonders Frauen sich schließlich verleiten lassen, eine Bestellung zu machen. Wenn das, wie in dem uns mitgeteilten Fall, nur geschieht, um die lästigen Sendboten des Verlegers frommer Schriften endlich los zu werden, so ist das sehr unflug gehandelt. Da der bestellende Person sofort ein vorher ausgefüllter Bestellzettel vorgelegt wird, der unterschrieben werden muß, so bleibt hinterher nur übrig, die erbauliche Ware abzunehmen und zu bezahlen. Der Versender zweifelt, ob eine solche Bestellung überhaupt gültig sei, und meint, es sei zulässig, die Bestellung noch zurückzunehmen, wenn der Bote das Buch bringt. Da ist er im Irrtum. Wer durch Unterschneit

Befehl hat, muß ohne Gnade und Barmherzigkeit zahlen. Der „Vormärts“ hat sich wiederholt davor gewarnt, sich unüberlegt durch Unterjochung zur Abnahme von Lieferungsverträgen oder einzelnen Büchern zu verpflichten. Daß die Kolportage sich nicht ohne weiteres abweisen lassen, daß sie, wie unser Einsender sagt, geradezu aufdringlich werden, ist begreiflich und verzeihlich, denn diese Leute wollen ja ebenfalls ihr Brot verdienen. Das kann aber kein Anlaß sein, bei einem solchen Kolporteur, nur um ihn einen augenblicklichen Gefallen zu thun und sich selber Ruhe zu verschaffen, eine Ware zu bestellen, die man nicht haben mag und deren Annahme man hinterher verweigern will. Wir vermuten, daß der Verleger Schwarz es bei dem Vertrieb seiner Erbauungsschriften nur auf die Frommen abgesehen hat. Wenn trotzdem auch die Unfrommen ihm tributpflichtig werden, so haben sie das ihrer eignen Unvorsichtigkeit zuzuschreiben. Wir bedauern es, daß so die Unfrommen mit den Frommen zu leiden, d. h. zu blechen haben, aber helfen kann da niemand. Es ist selbstverständlich, daß auch ein Verleger frommer Schriften unerbittlich auf seinem Schein besteht und nicht danach fragt, wie das zu den Grundfäden paßt, die die von ihm betriebenen Druckerzeugnisse predigen. Kann jemand im Ernst etwas anderes erwarten? Unser Gewährsmann sagt schließlich noch darüber, daß „hier nicht von Seiten der frommen Geistlichkeit Abwehrmaßregeln ergriffen werden“. Da kennt er die „fromme Geistlichkeit“ schlecht!

Betriebsunfall. Heute vormittag 10 Uhr geriet die Arbeiterin Martha Meißner, in der „Deutschen Warte“ beschäftigt, in die Schnellpresse, wobei ihr der rechte Arm zerquetscht wurde. Die Verunglückte wurde besinnungslos in das Krankenhaus gebracht.

Kauferei und Revolverchieerei im Friedrichshain. Prügeln zwischen jugendlichen Buriden spielen sich gegenwärtig häufiger im Friedrichshain ab. Am Sportplatz versammelten sich abends zwei Parteien, junge Leute, die den bürgerlichen Ständen angehören, und jugendliche Arbeiter. Die beiden Gruppen reiben sich aneinander, bis es schließlich zur Holzerei kommt. Auch am Dienstagabend war es so. Bei der Prügelei zog nun ein junger Mensch, der der Patrierpartei angehört, einen Revolver und feuerte zwei Schüsse ab, ohne glücklicherweise Unheil anzurichten. Der Revolverheld ergriff hierauf fluchtartig die Flucht, wurde jedoch eingeholt, durchgeprügelt und von einem Wächter festgenommen. Auf dem Sportplatz selbst entbrannte infolge dieses Zwischenfalles die Schlächt immer heftiger. Die Patrierpartei siegte schließlich und verabschiedete namentlich dem Führer der unterlegenen Partei, der sich vergebens in einem Hause zu verstecken suchte, einen derben Denksatz. — Es wäre gut, wenn sich die Polizei nunmehr energisch ins Zeug legte, um diesen Verhätungen jugendlichen Strafgefühls ein Ende zu machen, bevor aus den bisher glücklicherweise noch harmlos verlaufenen Kaufereien blutiger Ernst wird.

Ein Feuerwerk gab es gestern an der Ecke der Potsdamer- und Lützowstraße. Gegen 1/11 Uhr vormittags ritz plötzlich eine Telefonleitung und der Draht stürzte auf die Straße hinunter. Glücklicherweise wurde die mit ungeheurer Macht fallende Leitung von dem Kontaktdraht der Straßenbahn aufgefangen, um welchen sich die Telefonleitung herumwickelte. Es entstand infolge dessen kurzschluß, eine riesige Feuerzunge loderte sekundlang empor, wobei der Draht durchbrannte. Personen wurden bei dem Vorfall nicht verletzt.

Baumfall. Auf dem Grundstück Frankfurter Allee 188 wird von der Firma P. Jde, Friedrichsberg, Kronprinzenstraße 2 wohnhaft, ein Neubau, welcher zur Zeit bis zur ersten Etage hochgeführt ist, ausgeführt. Der Maurer Vahsinski war am Montag, den 29. Juni, auf diesem Bau an der Hinterfront auf einer sogenannten Absperrung in der Höhe des Treppensurrs beschäftigt. Als B. im Begriff war, von der Absperrung herunter zu klettern, rutschte er aus und stürzte, weil der Treppensur bis zum Keller nicht abgedeckt war, bis in den Keller hinab. Untenwegs fiel B. noch auf einen Niesel. B. konnte trotz dieses Sturzes aus der zweiten Etage glücklicherweise allein wieder aufstehen und sich nach Hause begeben. Ob sich nachträglich noch erhebliche innere Verletzungen herausstellen, konnte zur Zeit noch nicht festgestellt werden. Vahsinski liegt jedoch krank zu Hause. Es muß hier festgestellt werden, daß es ganz unverantwortlich ist, einen Treppensur in der Höhe von zwei Etagen gänzlich ungedeckt zu lassen. Als von einem Mitgliede der Verbandsleitung der Maurer die Unfallsstelle besichtigt wurde, konnte festgestellt werden, daß der Treppensur vorchriftsmäßig abgedeckt war. Hier trifft das Sprichwort zu: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann wird derselbe zugedeckt. Wann endlich wird die gerechte Forderung der Bauarbeiter, praktisch ausgebildete Arbeiter als Bauteilnehmer anzustellen, um dem unverantwortlichen Treiben eines Teils unserer Bauunternehmer Einhalt bieten zu können, von der Reichsregierung Gehör geschenkt werden?

Einen guten Fang machte die Polizei mit der Ergreifung des angeblichen Schloßers Karl Wegner, der in Steglitz festgenommen wurde. Dort arbeitete er mit einem neuen Kniff, indem er seinen Hut oder die Mütze durch ein offenes Fenster warf und beim Herausholen Diebstahle beging. Damals hatte er auf den vorgehenden Namen auch Papiere bei sich und wurde auch als Schloßer Wegner nach Moabit in Untersuchung gebracht. Ein Complice, mit dem er damals zusammen „arbeitete“, war entkommen. Bei einer Gelegenheit wurde er wieder nach der Polizei gebracht, die ihn auf sein angebliches Schloßerhandwerk hin prüfen wollte. Er kamte, wie sich herausstellte, von der Schloßerei nichts und sollte nun gemessen werden, um mit Hilfe auswärtiger Behörden festgesetzt zu werden. Das veranlaßte ihn zu dem Geständnis, daß er der Kaler August Keesle sei, der im Mai aus dem Gefängnis in Hamburg ausgebrochen sei, wo er noch ein Jahr wegen Einbruchs zu verhaften hat. Mit ihm entwich aus Hamburg sein Complice Kramer, der sich von hier — Berlin — nach Dortmund begeben hatte, als Wagner-Keesle der Polizei in die Hände gefallen war. Diesen berichtet er jetzt, so daß auch K. in Dortmund verhaftet werden konnte. In der Wohnung der Kramerschen Frau, die als „Auguste“ bekannt ist, ermittelte die Polizei ein silbernes Kinderbesteck in braunem Behältnis, das zweifellos gestohlen wurde.

Auf seltsame Weise um das Leben gekommen ist am Dienstag der 73 Jahre alte Guttmacher Hermann Desse aus der Kuppnerstr. 27. Der Greis lebte als Wittwer bei einem 43 Jahre alten unverheirateten Sohn. Während sich der letztere auf seiner Arbeitsstelle befand, hatte der Alte auf einem glühenden Ofen heißes Wasser gemacht. Den Deckel des dazu verwendeten Topfes hatte er sich auf mehrere Stellen seines Körpers gelegt und sich dadurch entsetzliche Brandwunden zugezogen; die rechte Seite des Körpers, die Brust und die Hände waren höhe zugerichtet. So fand ihn sein Sohn um die Mittagszeit am Fußboden neben dem Ofen liegend auf. Der Arzt, den der Sohn sofort rief, ordnete die Überführung des Verletzten nach einem Krankenhause an, der Alte war aber hartnäckig und wollte zu Hause bleiben. Gestern abend verschlimmerte sich sein Zustand, so daß ein lächerlicher Krankenwagen ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen mußte. Beim Eintreffen daselbst war der Tod eingetreten. Die Leiche wurde vom 61. Polizeirevier nach dem Schauhause befördert.

Aus dem Fenster gesprungen ist nach einem Streit mit dem Ehemann die 27 Jahre alte Straßenhändlerin Anna Piehle aus der Reindendorferstr. 40a. Der Ehemann, der gleichfalls einen Handel betrieb, hatte eine Geburtsstiftung beigegeben und war heute morgen erst — bald nach Mitternacht — nach Hause gekommen. Damit war die leicht erregbare Frau nicht einverstanden und machte dem Mann Vorwürfe. Nach einigen Hin- und Herreden ritz sie ein Fenster auf und sprang zwei Stock tief auf den gepflasterten Hof hinab. In dem Krankenhause, wohin ein lächerlicher Wagen die Bewußtlose brachte, wurde ein Schädelbruch festgestellt.

Verloren. Sonntagabend ist im „Jägerhaus“ ein Portemonnaie mit ca. 30 M. verloren worden. Der ehrliche Finder wolle daselbst bei Marx, Kasantien-Allee 95/96, im Laden abgeben.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Treppen. Der Unterricht in National-Oekonomie findet vom 2. Juli ab Donnerstags und Montags, abends, statt. Der letzte Abend in Rede-Neubung findet am 22. Juli statt.

Der internationale Rad-Wettlauf zwischen Deutschland, Amerika und Dänemark hatte am Dienstagabend eine sehr große Menschenmenge nach dem Friedenauer Sportpark gelockt. Natürlich drehte sich das ganze Interesse um die drei Weltmeisterfahrer Arend, Ellegard und den schwarzen Major Taylor. Th. Ellegard ging als Sieger aus diesem interessanten Rennen hervor; auch seine beiden Konkurrenten gaben ausgezeichneten Sport, Major Taylor schien aber nicht ganz auf dem Posten zu sein, er machte einen ermüdeten Eindruck. Das Resultat war: Drei-Weltmeister-Raid: 3 Preise 1500, 1000 und 500 M. 1. Lauf 1000 Meter: 1. Th. Ellegard 2 M. 1. S. 2. Willy Arend. 3. Major Taylor. 2. Lauf 1500 Meter: 1. Willy Arend 2 M. 41.2 S. 2. Major Taylor. 3. Th. Ellegard. 3. Lauf 2000 Meter: Sieger Th. Ellegard 3 M. 28 S.; 2. Major Taylor; 3. Willy Arend. Sehr spannend verlief auch der Record-Versuch des Holländers Didenmann über 20 Kilometer. Er jagte wie der Blitz, trotz starken Gegenwindes, bis 10 Kilometer hinter dem Motor her, es schien immer, als ob er seine Kraft noch verdoppeln könne und der Motor ihm nicht rasend genug fuhr. Leider mußte er bei 10 Kilometer stoppen, da der Motor Havarie erlitten hatte, er hat aber doch den Weltrecord bis 5 Kilometer verbessert: 2 Kilom. 1 M. 50 S., bisher 1 M. 56 S.; 3 Kilom. 2 M. 38,3, bisher 2 M. 43,4; 4 Kilom. 3 M. 27, bisher 3 M. 33; 5 Kilom. 4 M. 15,4, bisher 4 M. 20,4; 10 Kilom. 8 M. 16,3, bisher 7 M. 54,4 S.

Aus den Nachbarorten.

Verloren. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde in Charlottenburg ein Notizbuch mit folgendem Inhalt verloren: Mitgliedsmarken von 120 Marken a 30, 33 Marken a 20 Deutscher Metallarbeiter-Verband, 7 Quittungen über abgelieferte Listen zur Deckung der Unkosten der Reichstagswahl. Desgleichen eine Liste voll ausgefüllt. Ferner ein Wahlvereins-Mitgliedsbuch. Der Finder wird gebeten, das Notizbuch abzugeben bei Max Wittmann, Charlottenburg, Pestalozzistr. 11.

Lichtenberg. Die Berliner Arbeiter werden dringend ersucht, die über Paul Schwarz' Konzertgarten, Lichtenberg, Dorfstraße, verhängte Sperre zu beachten. Herr Schwarz will die Arbeiter zu Versammlungen in seinen Räumen nicht dulden. Ehrenpflicht eines jeden Freundes des Versammlungsrechtes der Arbeiter muß es sein, dieses Lokal unter allen Umständen zu meiden.

Fidele Vorstandssitzungen aus Kosten des Rentanten Kaufmann müssen in der Lichtenberger Orts-Krankenkasse abgehalten worden sein. Eine Erklärung für viele Dinge, die auch sonst nicht zu verstehen wären. Der Großdeputierte Gensler war vom Schöffengericht zu zwanzig Mark Geldstrafe wegen Verleumdung des Rentanten Kaufmann verurteilt, der mitangeklagte Bauunternehmer Liesegang aber von derselben Anklage freigesprochen worden. L. brachte in einer Generalversammlung der Kasse zur Sprache, daß Kaufmann den Vorstandsmitgliedern in der Vorstandssitzung gewohnheitsmäßig Bier, Schnaps und Cigarren vorzusetzen lasse, auch aus besonderen Wunsch Cigaretten zur Verfügung stelle. Herr Gensler war im Anschluß an diese Erzählung die Frage auf: wie nennt man das? „Verleumdung“ erfolgte als Antwort. Gensler soll diesen Ausruf gethan haben. Wegen des zu niedrigen Strafmaßes gegen G. und die Freisprechung des L. legte der Staatsanwalt, der als öffentlicher Ankläger die Anklage erhoben hatte, Berufung ein. Kaufmann schloß sich als Nebenkläger dieser Berufung an. Er K., der neben 5000 M. Gehalt von der Kasse 3000 Mark Pension als Oberförster (und 1300 M. Unfallrente) bezöge, habe jeden der „dienstlich“ mit ihm zu verkehren habe, eine Cigarre oder ein Glas Bier oder Wein zur Verfügung gestellt und stellen können, ohne die Absicht der Beeinflussung zu haben. Die Weisenaufnahme gegen Gensler — die Berufung gegen Liesegang hatten Staatsanwalt und Nebenkläger (!) zurückgezogen — ließ die Frage unbeantwortet, ob Gensler das Wort „Verleumdung“ gebraucht habe. Für und Gegen werden Eide geleistet, aber auch im Falle des Beweises würde dem Angeklagten der § 193 zur Seite stehen. Als Mitglied der Generalversammlung habe er solche Zustände rügen und habe er auch sehr wohl zu der Annahme kommen müssen, daß mit dieser ungehörigen Freigebigkeit eine Beeinflussung der Vorstandsmitglieder beabsichtigt sei. Das Ergebnis der Verhandlung war kostenlose Freisprechung.

Die Rixdorfer Straßenpolizei-Verordnung vor der Stadtverordneten-Versammlung. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Rixdorfs berichtete Stadtdirektor Hildebrandt namens der Verkehrsdeputation über deren ablehnende Stellung zur Petition der Händler, welche eine Aufhebung der Bestimmung der Straßenpolizei-Verordnung wünschten, die für alle Straßen Rixdorfs die Benutzung von Wagen beim Straßenhandel allgemein verbietet. Aus der schriftlichen Begründung des Votums der Verkehrsdeputation haben wir bereits gestern die Hauptpunkte mitgeteilt. Viel mehr sagte der Redner auch nicht. Nach einem Klageübel über den Straßenhandel im allgemeinen und besonderen lobte er jene Vorschrift des § 68 Absatz 3 als segensreich und trat für Verwerfung der Petition ein. Die Straßenhändler könnten auf die Wochenmärkte, in Hausflure und Läden ziehen. — Stadtverordneter Wach (Soc.) nahm einen ganz anderen Standpunkt ein. Das ganz allgemeine Verbot der Benutzung von Wagen durch die Händler in sämtlichen Straßen der Stadt widerspräche dem Sinne des Gesetzes. Eine solche Vorschrift könne einzig und allein zum Schutze der Leichtigkeit, Sicherheit und Ordnung des Verkehrs auf der Straße erlassen werden. Ein Blick auf die meisten Rixdorfer Straßen genüge nun aber, um festzustellen, daß sie einen sehr geringen und oft geradezu winzigen Verkehr aufwiesen, so daß der Wagen eines Straßenhändlers ihn gar nicht zu führen im stande wäre. Diese einzige rechtliche Stütze lasse also weg, und Redner könne aus eigener Wissenschaft feststellen, daß in der Deputation, die seiner Zeit zwecks Begutachtung den Entwurf durchberiet, die Verkehrsgründe mit Bezug auf diese Bestimmung nur wenig berührt und dafür desto mehr von einer Gefährdung des in Läden schaffenden Händlerturns und von allen möglichen andern Gründen gesprochen worden sei, sowie auch das Interesse der leeren Läden bestehenden Hauseigentümer hervorgetreten sei. Hier liege der eigentliche Grund des Zustandekommens der Vorschrift, der nach dem Gesetz aber nicht maßgebend sein dürste. Die Gältigerklärung der Verordnung durch die höchsten Gerichte habe demgegenüber nichts zu besagen, denn den Gerichten genüge schon das Firmenbild: „Vordriften im Interesse der Sicherheit, Leichtigkeit und Ordnung des Verkehrs“, um sie für rechtlich zulässig zu erklären, und ein Eingehen auf die „Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit“ polizeilicher Vorschriften lebten die Gerichte ab als nicht zu ihren Befugnissen gehörend. Anders hätten die Stadtväter zu handeln. Im Interesse der schwer geschädigten Straßenhändler schlage er vor, dem Magistrat zu erlauben, beim Polizeipräsidenten hinzuwirken auf die Aufhebung des § 68 Abs. 3 der Straßenpolizei-Verordnung und auf die Gestattung des Straßenhandels mit Benutzung von Wagen in allen Straßen mit nicht zu großem Verkehr. Mit der genaueren Durchberatung möchte nochmal die Verkehrsdeputation betraut werden. — Bürgermeister Voigt trat Wach entgegen. Er bestritt, daß Hausbesitzer-Interessen maßgebend gewesen seien, und betonte, daß auch gegen den Straßenhandel sanitätspolizeiliche Erwägungen sprächen, worauf Stadtd. Wach erwiderte, daß solche Gründe gegen die Benutzung von Wagen im Straßenhandel, worum es sich vorliegend nur handle, nicht geltend gemacht werden könnten. Trotz dieser Klarstellung und obwohl Stadtd. Conrad (Soc.) noch die sociale Seite der Angelegenheit (Verleumdung eines Teils der Straßenhändler, und zwar gerade der Krüppel, Verletzung des Armenrats etc.) ins rechte Licht rückte, sprachen alle folgenden bürgerlichen Redner immer wieder von den allgemeinen Begleiterscheinungen

des Straßenhandels als solchen und vom Schutze des Verkehrs in den verkehrsreichen Straßen, der ja nach dem Antrage Wach gar nicht ausgeschlossen sein soll. Klar ging aus ihren Ausführungen hervor, daß sie den Straßenhandel überhaupt nicht wollen. Und so ging denn die Mehrheit über die Petition der Händler und damit über den Antrag der Sozialdemokraten gegen deren Stimmen zur Tagesordnung über.

Nach Erlebigung verschiedener anderer Vorlagen wurde beschlossen, die Städte-Ausstellung außer von Magistratsmitgliedern und Beamten auch von vier Stadtverordneten besuchen zu lassen. Gewählt wurden Sander, Rahmig, Wiltschke, Conrad, als ev. Vertreter Bögelke, Hildebrandt, Kiemeß, Dr. Silberstein.

Adlershof. Mit der Erhöhung der Rietsensschädigung für die Lehrerschaft mußte sich am 25. d. M. die Gemeindevertreter-Sitzung zum zweiten Male in diesem Jahre beschäftigen, da in der Sitzung im Februar d. J. der bezügliche Antrag der Lehrerschaft abgelehnt wurde und zwar mit der Begründung, „daß sie die Notwendigkeit der Erhöhung nicht anzuerkennen vermöchte — die Begründung des Antrages wurde übrigens als nicht stichhaltig erachtet —, auch sei die Vertretung mangels bereiter Mittel außer stande gewesen, dem Antrage näher zu treten.“ Durch diese Begründung fühlte sich die Lehrerschaft verlezt und hatte sowohl öffentlich als auch in ihrem wiederholten Antrage energisch gegen die ihnen zu Teil gewordene Behandlung Protest erhoben. Im übrigen trübten sich die Lehrer auf ein nicht näher bezeichneter Gesetz, nach welchem sie auf volle Rietsensschädigung Anspruch hätten und nicht nur auf Wohnungsgeldzuschuß. Schon in der vorhergehenden Sitzung hatte der Gemeindevertreter Hildebrandt an den Gemeindevorsteher die Anfrage gerichtet, ob nicht ein an die Gemeindevertretung gerichteter Antrag der Lehrerschaft eingegangen sei, da eine Abschrift desselben den Gemeindevorsteher zugeht. Diese Anfrage wurde vom Gemeindevorsteher dahin beantwortet, daß sich derselbe erst die notwendigen Unterlagen beschaffen wolle, alsdann würde der Antrag auf die Tagesordnung der Gemeindevertretung gesetzt werden, womit sich Genosse Hildebrandt zufrieden gab. Nachdem nun in der Sitzung vom 25. d. M. die Ablehnung des Antrages vom Gemeindevorsteher eingehend begründet wurde und sich seitens der bürgerlichen Vertreter niemand zum Wort meldete, ergriff Hildebrandt daselbst, um auszuführen, daß die zweite Beratung des Antrages wohl überflüssig geworden wäre, wenn schon im Februar dieses Material vorgelegt hätte und man nicht über den Antrag so leicht hinweggegangen wäre; man könne wohl mit Sicherheit annehmen, daß bei unserer schlechten Finanzlage auch die Lehrerschaft ein Einsehen befand und mit ihrem Antrage gewartet hätte, bis die Kamaliation ausgeführt sei, nach welchem Zeitpunkt man darauf rechnen könne, daß in Adlershof wieder die Rietsen bedeutend in die Höhe gehen würden und man einer Erhöhung der Rietsensschädigung für die Lehrer doch näher treten müsse. Genosse Hildebrandt stellte schließlich den Antrag, die Ablehnung dahin zu begründen, daß die Lehrerschaft in diesem Sinne später um Erhöhung der Rietsensschädigung einkommen möge. Diese Ausführungen brachten jedoch den Gemeindevorsteher derart in Harnisch, daß er, ohne auf die Ausführungen selbst zu antworten, erklärte, für die Zukunft würde er gegenüber dem Gen. Hildebrandt seine Lebenswürdigkeit fallen lassen und Anfragen entweder gar nicht erst zulassen oder nicht beantworten. Hildebrandt konnte nur noch feststellen, daß seine Ausführungen zu solcher Erregung keine Veranlassung gegeben hätten, er aber auch im übrigen auf diese lebenswürdige Seite des Gemeindevorstehers verzichten könne, da er sich immer nur auf den Rechtsstandpunkt stelle. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Hildebrandt mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. — Am denjenigen Kindern durch die Gemeinde Gelegenheit zu geben, welche außer dem Turnunterricht in der Schule noch freiwillig turnen wollen, wurden 160 M. bewilligt. Wie in den früheren Jahren, so soll auch jetzt wieder denjenigen Betriebsgemeinden die Aufforderung zur Zahlung eines Beitrages zu den Spielunterhaltungskosten gegeben, in denen die Eltern hauptsächlich beschäftigt sind. Nachdem noch ein Ortsstatut zur Regelung des Feuerlöschwesens, nach welchem jede männliche Person zwischen 21 und 60 Jahren zur Dienstleistung herangezogen werden kann, angenommen war, wurde noch die Hundsteuer-Ordnung derart neu geregelt, daß von jetzt ab bössartige Hunde nicht mehr frei umherlaufen dürfen, sondern an der Leine zu führen sind.

Etrunken aufgefunden wurde am 30. v. Mts. im Rühlentisch zu Tegel ein unbekannter Mann, etwa 32 Jahre alt, 1,70 Meter groß, rotblondes krauses Haar, flache Stirn, blonde Augenbrauen, Augen blaugrau, Nase dick und breit, blonder Schnurrbart, Zähne, so weit sichtbar, vollständig, Kinn rund, herborstehende Backenknochen, Gestalt schlank, Jackett von grauem Rodentstoff, blaue Weste, dunkelgraue Hose, grauwollene Strümpfe, Schnürschuhe von Zeug, Herkules-Dofenträger, grüner Schlapphut, hat zwei robuste Taschentücher, 1 Brille, 1 Pincenez, 1 Schlüsselring mit 4 Schlüsselchen bei sich. Melognoscenten wollen sich umgehend auf dem Amt zu Tegel einfinden und der hiesigen Kriminalpolizei nach erfolgter Recognition Nachricht geben zu 798 IV. Dps. 03.

Charlottenburg. Am Mittwochnormittag stürzte sich ein aus der Eckschen Anstalt zu Charlottenburg entlassener Geisteskranker gegenüber der Anstalt in die Spree, wurde aber von den dort beschäftigten Hafnarbeitern gerettet und der Anstalt wieder übergeben.

Steglitz. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung vor Beginn der Sommerferien hatte sich u. a. mit einer Nachbewilligung von Mitteln zur Fertigstellung des Baues der Friedhofs-Kapelle zu befassen, die doch einigermaßen befremden muß. Der Neubau war veranschlagt auf 40 000 M.; aus dem Referat des Schöffen Engelmann erfuhrten wir nun, daß dieser Betrag um 7500 M. überschritten ist. Als Grund dieser Ueberschreitung wurde angeführt, daß durch mehrmalige Veränderung des Projekts allein die Maurerarbeiten sich um 3900 M. teurer gestellt hätten, ebenso erhöhten sich die Ausgaben für Malerarbeiten beträchtlich; was jedoch diesem famosen Voranschlag die Krone aufsetzt, ist die Thatfache, daß die innere Einrichtung, welche ca. 3000 M. kostet, überhaupt vergessen wurde. Der Gemeindevertretung blieb nichts übrig, als die geforderten 7500 M. zu bewilligen. — Die Bauverwaltung des Teltow-Kanals fordert von der Gemeinde 1400 M. für Aufstellung von vier Waschladeln auf der Kanalbrücke in der Siemensstraße. Mit Rücksicht auf die für unsen Ort geplante elektrische Beleuchtung wurde diese Sache vorläufig vertagt. Ferner verlangt genannte Bauverwaltung einen Zuschuß von 685 M. zur besseren Ausstattung des Brückengeländers. Die Baukommission wurde beauftragt, sich näher zu informieren und die Beschlußfassung selbständig herbeizuführen.

Groß-Lichterfelde. Nach Auffassung der hiesigen Gemeindevertretung ist durch die fortschreitende Entwicklung des Ortes und die dadurch bedingte erhöhte Arbeitsbelastung der Gemeindeverwaltung die Anstellung eines besoldeten Schöffen notwendig geworden. In der jüngsten Sitzung wurde die Wahl vorgenommen, die — was übrigens von vornherein schon feststand — auf den bisherigen Schöffen in Ehrenamt D. Lange fiel. Das Gehalt beträgt pro Jahr 6000 M. und steigt bis 7500 M. — Nebenbei sei bemerkt, daß Herr Lange seine besoldete Laufbahn mit einem kleinen Feldzug gegen die hiesige Verkaufsstelle des Konsumvereins Berlin-Rixdorf beginnt, wobei wir wünschen, daß ihn seine juristischen Fähigkeiten nicht im Stiche lassen. Wir werden später noch auf die Angelegenheit zurückkommen. In derselben Sitzung wurde auch infolge einer Beschwerde eine präzisere Fassung der Ortspolizei-Verordnung betr. den Kaufordnungs-Zugordnung, Austausch von Grundstücken betr., wurde infolge erheblicher Differenzen zwischen dem Referenten Gemeindevertreter Gebauer und dem Gemeindevorsteher Liegen von der Tagesordnung abgesetzt. Ein reizendes Bild von der Rolle, die die bürgerlichen Gemeindevertreter hierorts spielen dürfen, enthielt die Beratung über die Kupplasterung des Platzes vor dem Anhalter Bahnhof, deren Kosten auf ca. 14 000 M. veranschlagt sind. Nachdem die Herren Gemeindevertreter bei der sommerlichen Schmelze lange Zeit ihren Geist abgequält, welches Pflastermaterial am

ehsten zum Wohle der Gemeinde Verwendung finden könne: ob Schlackensteine, Schweden oder Schafeln — da platze der G. B. Gebauer, der sich noch eine gute Dosis Raibetät aus seiner längst verflorbenen Zimmermannszeit in seine neue Würde als „Rechnungsrat“ hinübergerettet hat, mit der Bemerkung heraus, daß die Arbeiter ja schon vorgeben seien. Die Herren Gemeinderäte waren natürlich verblüfft, aber keiner hatte den Mut, den Gemeindevorstand über diese geradezu unerhörte Beeinträchtigung der Rechte der Gemeindevertretung zu interpellieren und eventuell zu protestieren. Der Gemeindevorstand Schütz suchte mit der recht ungeschickten und überdies haltlosen Behauptung, daß die Sache „dringlich“ gewesen sei, die Rechtsverletzung zu bemängeln. Es wäre das erste Mal in Groß-Lichterfelde, daß auch noch so berechtigende Wünsche um Verbesserung des Straßenpflasters von der Gemeindeverwaltung als so dringend empfunden worden wären, daß sie ohne vorheriges Wort der Gemeindevertretung Berücksichtigung gefunden hätten. Man wird also gut thun, sich nach anderen Gründen für die angebliche „Dringlichkeit“ umzusehen.

Sociales.

Am die Berliner Arbeitsnachweise wendet sich der Vorstand des Centralvereins für Arbeitsnachweise mit folgenden Ausführungen: Bis jetzt haben sich 108 Berliner Arbeitsnachweise der Berliner Arbeitsnachweis-Statistik angeschlossen, und wir können mit einer gewissen Befriedigung auf die Beachtung, welche die Berliner Arbeitsnachweis-Statistik während ihres zweijährigen Bestehens bei Behörden, Fachleuten und der Tagespresse gefunden hat, zurückblicken. Um aber ein möglichst genaues Bild über die Lage des Berliner Arbeitsmarktes zu geben, wollen wir nicht nur Uebersichten der Berliner Arbeitsnachweise bringen, sondern in der Berliner Arbeitsnachweis-Statistik alle Daten veröffentlichen, welche einen Rückschlus auf den Arbeitsmarkt zulassen. Dazu rechnen wir die Einnahmen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin und die Mitgliederzahlen der Berliner Krankenkassen. In dankenswerter Weise haben uns die Behörden, an welche wir uns gewandt haben, das einschlägliche Material zur Verfügung gestellt. Noch einen Schritt weiter sind wir gegangen, indem wir auch mit den Arbeitsnachweisen der Berliner Vororte wegen regelmäßiger Uebersichtungen der monatlichen Geschäftsergebnisse in Verbindung getreten sind, was uns bei dem wirtschaftlich engen Zusammenhang zwischen Berlin und seinen Vororten notwendig erschien. Und auch hier haben wir Entgegenkommen gefunden, so daß wir über die Schöneberger und Nixdorfer Arbeitsvermittlung und die Zahl der Mitglieder der dortigen Krankenkasse berichten können. Aber das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, geht noch weiter; wir streben in Berlin eine Individualstatistik an, welche Auskunft darüber geben soll, wieviel Personen innerhalb eines Monats bei den Berliner Arbeitsnachweisen um Arbeit vorstellig wurden. Zu dem Zweck wäre es erwünscht, daß bei allen Berliner Arbeitsnachweisen einheitliche Grundlagen für die Statistik geschaffen werden, so verschieden auch sonst die Geschäftsführung in den einzelnen Arbeitsnachweisen sein mag. Unsere dringende Bitte an die Berliner Arbeitsnachweise geht dahin, uns im allgemeinen Interesse in unseren Bemühungen zu unterstützen. Wir bitten auch die Arbeitsnachweise, welche noch abseits stehen, sich anzuschließen; die bisherige unparteiische Berichterstattung giebt Gewähr dafür, daß es uns nur darum zu thun ist, ein ungezeichnetes, wahres Bild über den Berliner Arbeitsmarkt zu geben.

Ueber das württembergische System der Arbeitslosen-Meldungen veröffentlicht Herr Dr. Köhler-Stuttgart im „Arbeitsmarkt“ einen interessanten Aufsatz.

Das Stuttgarter System beruht auf der Selbstmeldung des Arbeitslosen. An 34 verschiedenen Stellen in der Stadt (Arbeitsamt, Gewerkschaftshaus, kathol. Seelsorgehaus, Arbeiterheim, Asyl für Obdachlose, bei der Expedition der (socialdem.) „Schwab. Tagwacht“, in den über die ganze Stadt verteilten 25 Büden des Stuttgarter Spar- und Konsumvereins usw.) werden dieselben verzeichnet, verschrieben und versiegelten Urnen aufgestellt, die bei den Landtags- und Reichstags- und bei den Gemeindevorstand-Verwendungen finden. Die leeren Büchlein werden in genügender Anzahl daneben aufgelegt und können schon 1—2 Tage vor dem Zählungstage abgeholt und am Zähltag wieder eingeworfen werden. Nach Namen oder Beruf der Abholenden und Einworfenden fragt niemand; wer sich wirklich etwa geniert, in das eine Büchlein zu gehen, hat noch reichliche Auswahl von anderen (die meisten ausgefüllten Büchlein fanden sich stets in den Urnen des Arbeitsamtes und des Gewerkschaftshauses „Zum goldenen Bären“). Eine Vergewandung von leeren Büchlein ist dabei zwar möglich; sie ist aber, wie sich im Verlauf von drei Zählungen herausgestellt hat, so gering, daß sie gar nicht ins Gewicht fällt und ein sehr günstiges Licht auf die beteiligte arbeitlose Stuttgarter Arbeiterschaft wirft. Am Zähltag abends 6 Uhr werden von den Stadtvorstehern sämtliche Urnen und übrig gebliebenen leeren Büchlein abgeholt und nach am selben Abend einer vorläufigen Durch-

zählung unterzogen, deren Resultat am anderen Tag im städtischen „Amts- und Anzeigebblatt“ bekannt gegeben wird.

Peter Dr. Köhler beschäftigt sich dann mit den Einwendungen, die gegen dieses System der Arbeitslosen-Zählungen gemacht werden, namentlich der der Ungenauigkeit. Er weist dieselbe damit zurück, daß er sagt, es komme nicht darauf an, von Zeit zu Zeit die Zahl der Arbeitslosen genau festzustellen, sondern durch fortgesetzte Erhebungen das Streigen und Fallen der Arbeitslosigkeit genau festzustellen. Das läßt sich aber wohl auch auf anderem Wege, durch regelmäßige Berichterstattung der Gewerkschaften, Krankenkassen und Arbeitsnachweise verlässlicher erreichen. Was allein der Stuttgarter Methode als Vorzug angerechnet werden kann, ist, daß sie ohne umfangreichen Apparat jederzeit eine Zählung gestattet; nichtsdestoweniger wäre es zu wünschen, daß sie einem vollkommeneren System Platz mache oder wenigstens nicht hindernd im Wege steht.

Anerkennungswert ist jedenfalls, daß die württembergischen Städteverwaltungen überhaupt etwas thun, um die Arbeitslosigkeit statistisch festzustellen. Außer Stuttgart haben noch Ulm, Heilbronn, Ludwigsburg, Cannstatt, Reutlingen, Göppingen, Tübingen und Schweningen a. N. Zählungen nach derselben Methode vorgenommen.

Verfammlungen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hielt am 29. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der die Spar-einrichtung, sowie der vorliegende Entwurf der Sparordnung einstimmig Annahme fanden. Ein Antrag der Lagerhalter, die Kautionsanfänge, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Hierbei wurde der Wunsch ausgesprochen, der Unterverband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der Centralverband der deutschen Konsumvereine mögen zu der Kautionsfrage allgemeine Stellung nehmen. Ferner fand ein Antrag Annahme, daß die Einführung der Lieferantengeschäfte der Beschlußfassung der Generalversammlung bedarf.

Schöneberg. In der letzten Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins erläuterte Genosse Woltermann an der Hand des vorliegenden Materials das Wahlergebnis aus unserem Orte und den ihm zugehörigen Ortsteilen und knüpfte daran die Bemerkung, daß man aus dem vorliegenden Material ersehen könne, daß noch sehr viel zu thun übrig bleibe. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Redner auf die Landtagswahlen hin und teilte mit, daß in der dritten Abteilung 115 Wahlmänner zu normieren seien und streifte kurz die Stadtverordnetenwahlen, mittelteil, welche Bezirke Wahlen vorzunehmen haben. Unter Vereinsteilnahmen gab der Vorsitzende bekannt, daß das Stiftungsfest des Vereins am 12. Juli im Obfischen Lokal stattfindet. Die nächsten Bezirksfestungen sind am 7. Juli in den bekannten Lokalen. Aufgenommen wurden 58 Mitglieder.

Waldhof. Der hiesige Wahlverein hielt am 26. Juni im Reichertsdorfer Lokal eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Dr. Vorchardt einen Vortrag über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen“ hielt. Redner zeigte an dem Verhalten des liberalen Bürgerturns, besonders bei den Stichwahlen, daß es demselben mit der Bekämpfung der Reaktion nicht mehr ernst sei. Es müsse deshalb Pflicht der Arbeiter sein, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so zu stärken, daß die Zahl der Organisierten mit den bei den letzten Wahlen für die Socialdemokratie abgegebenen Stimmen im Einklang zu bringen sei, weil dadurch den Forderungen unserer Vertreter im Reichstage ein größerer Nachdruck verliehen wird. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte die Erledigung örtlicher Angelegenheiten, wobei besonders auf die Maßnahmen der Ortspolizei gegen hiesige Lokalbesitzer, welche ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung stellen, hingewiesen wurde und deren Verhinderung durch Berliner Ausfühler empfohlen wurde.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Jastrow, Berlin, Verlag von G. Reimer.) Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 19 des 6. Jahrganges unter anderem: Das württembergische System der Arbeitslosen-Meldungen. Von Dr. Köhler. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Beschreibende Monatsberichte des Städtischen Statistischen Amtes Düsseldorf. — Gewerkschaftliche Partizipation: Bewertung der amtlichen Arbeitsmarkt-Statistik durch die Bäder-Gewerkschaft. — Weitere Fortschritte in der Markt-Berichterstattung des Wintervereins. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau und Hütten (Rentabilität 1902); Metalle und Maschinen (Beschäftigungsgrad auf deutschen Werken). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Streikstatistik. — Vorkursus. — Haushaltskosten. Konsum: Lebensmittelpreise im Juni. — Verbringsmittel. — Erziehung. — Fortbildung; Lehrlinge in Fabriken. — Leitfaden des Verbandes Deutscher Industrieller. — Lehrerbildung in der Berliner Wärfelkonfektion. — Lehrverhältnisse bei den Müllerwerkstätten in Spandau. — Weilerkur in Hannover, Posen, Köln. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweis-Verbanden: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Propaganda-Beamer. — Verband badischer Arbeitsnachweise. Bahnhofspflaster.

„Das Gewerbegericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber Dr. Jastrow (Privatdocent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleck (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 10 des 8. Jahrganges außer der Nachberichterstattung in deutschen Gewerbe- und Berufungsgerichten (Hamburg, Schöneberg bei Berlin, Charlottenburg, Götting, Gewerbegericht und Landgericht Opladen), anderen deutschen Gerichten (Kammergericht, Landgericht Nordhausen, Landgericht Dresden) u. a.: Das Recht des Arbeitsvertrages und die Rechtswissenschaft. Von Rechtsamwalt Dr. Baum. Die Neuerungen hinsichtlich des Einigungsamts in ihrer praktischen Bedeutung. Von Gewerberichter Dr. Bremner. — Verfassung und Verfahren. Kostenvorschau im Gewerbegerichts-Verfahren. Von Stadtrat Wagner. — Recht des Arbeitsvertrages. Arbeitsvertrag und Reichstagswahl. — Allgemeines. Hohe Klage-Objekte bei Gewerbegerichten. — Verminderung der Prozesszahl in Braunschweig. — Literatur. Einzel, Gewerbe-licher Arbeitsvertrag nach dem V. G. B. Besprochen von Dr. Fleck.

Dr. Franz Seidel: Das Griechentum und die Duldung. Preis 1,20 M. — Die Duldung im alten Mesopotamien. Preis 60 Pf. — Die Duldung in Babylonien-Assyrien, Persien und China. Preis 1,20 M. Götting 1903. Verlag Friedrich Andreas Beckes.

Briefkasten der Redaktion.

„Umgetrempelte Socialdemokraten“. Man hat den Antifeminismus den „Socialismus der dummen Kerle“ genannt. Daß die dummen Kerle so dumme Kerle sind, wie Sie, hatten wir allerdings kaum geglaubt. Daß Sie sich einbilden, und glauben machen zu können, Arbeiter machten ihrem Unwillen durch a n o n y m e Böbeleien Luft, ist noch nicht das Ärgste. Sie können sich eben beim besten Willen nicht in die Lage eines anständigen Menschen hineinversetzen. Aber wenn Sie wieder einmal in die Rolle eines Arbeiters schlüpfen wollen, benutzen Sie doch wenigstens nicht so kostspieliges Gelperpapier!

Nr. 1415. 1848 erzählte im Frankfurter Parlament der Abgeordnete Passermann (staubend, was er in Berlin gesehen: „Ich sah hier Gezeiten die Strahlen des Lichts, die ich nicht schillern will.“ Seitdem gebraucht man den Ausdruck „Spöttlich“, um die Spöttlichkeit zu verhöhnen.

„Vant für Industriebeteiligungen“. Anonyme Einwendungen können wir nicht verwenden. Wir bitten eventuell um Ihren Namen; absolute Diskretion ist selbstverständlich. — U. S. K., Kölnischer Fischmarkt. Wir können nur thätigliche Auskünfte geben, Rat in Vorkaufgeschäften nicht.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschieht: 7 Uhr.

G. S. 100. Pantow. Können Sie erweisen, daß die Derabteilung vereinbart ist, so ist der Anspruch der jetzigen Parteien unbegründet. — P. R. 100. 1. Das Geld kann nicht zurückverlangt werden. 2. Es liegt der Fall so, wie Sie ihn schildern, dann ist voller Schadenersatz zum Anwalt zu leisten und sind selbstverständlich die Gebühren zurückzahlen. 3. Und nicht bekannt; die Adressen aller Berliner Rechtsanwälte finden Sie im zweiten Teil des Adressbuchs. — 100 R. 1. Sie leben außer Gütergemeinschaft. 2. In der Regel nein; Fragen, die sich auf einen Vertrag beziehen, sind ohne Einhalt in diesen nicht zu beantworten. — G. T. Rigdors, 38. U. P. Rein. — U. S. 23. 1. und 2. Ja. — III. Sie können gegen die Steuerveranlagung mit Erfolg reklamieren. — U. S. G. Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Ihrem Antrag zu entsprechen. Stellen Sie den Antrag. — C. Rein.

U. S. 2. Ja. — R. 2. G. 1. In der Regel hängt es von der mündlichen Übere und vom Wortlaut des Vertrages ab. 2. Das wird vom Statistischen Amt nach etwa vier Monaten mitgeteilt und dann von uns berichtet werden. — C. T. 865. Wenden Sie sich dahin. — U. S. 03. Endgültig ist über Genossenschaftsberechtigungen noch nicht geschlossen. — U. S. 1. S. Sie müssen Erbeseignismittel und eine gerichtliche oder notariell beglaubigte Darlegung beibringen. Zu diesem Behufe müßten Sie sich an das Gericht oder einen Notar wenden. — Gustav Wetter. Sie müssen den Anspruch zurückgeben, ein Recht auf Standgeld haben Sie nicht.

J. O. 26. Ihre Frau ist Wittfrau. Zu welchem Zeit sie erbt, hängt davon ab, ob ein Testament vorliegt, wo die Ehe geschlossen ist usw. Einen Antrag auf Nachlassteilung kann sie an das Amtsgericht richten. Anonymen Anfragen wird nicht Folge gegeben. — U. A. Ja. — P. S. 7. 1. Rein. 2. Ja, etwa 3 M. 3. Ja. — Geschieden. Sie müssen sich wegen Regelung des Erbschaftsrechtes an das Amtsgericht wenden. — R. S. Sie haben zu spät gekündigt. In 3 Monate und 5 Tage Kündigungsfrist, so muß der Brief spätestens am 25. in den Händen des zu kündigenden sein. — P. M., Reichsbergerstraße. 1. Bis zum vollendeten 21. 2. Rein. 3. Ja. — H. Koppel. Es darf die Steuerbehörde nur wegen der seit nicht länger als einem Vierteljahr stillen Steuer Lohnarbeit ausbringen. Verlangen Sie Aufhebung der weitergehenden Beschlagnahme. — P. R. 1. und 2. Rein. — T. T. S. Rein.

Witterungsbericht vom 1. Juli 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. F.
Swinemünde	768	SW	3mollig	16	4	Haparanda	764	SW	4bedeckt	12	12
Hamburg	771	SW	3bedeckt	15	15	Petersburg	760	SW	1mollig	17	17
Berlin	769	SW	3halb hb.	16	16	Cort	769	SW	3bedeckt	15	15
Frankfurt a. M.	770	R	2heiter	18	18	Hardebeck	—	—	—	—	—
München	771	ED	1heiter	17	17	Paris	771	ED	2mollig	16	16
Wien	767	SW	2bedeckt	17	17						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 2. Juli 1903. Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Donnerstag, den 2. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Operntheater. Der Klavier-Simmer. Berliner. Die weiße Dame. Westen. Alt-Heidelberg. Central. Sid und Polet. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Berlin, wie es weint und lacht. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Theater.) Der Raub der Sabinerinnen.

Thalia. Das Alter. Kleines. Nachtschl. Belle-Alliance. Der Schmitzerfranzl von Baldfranz. Carl Weh. Das Geheimnis des roten Hauses. Metropol. Neues! Unerneutes! Apollo. Die Webedinzel. Spezialitäten.

Passage-Theater. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann. Zubalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Abends 8 Uhr: Das Geheimnis des roten Hauses. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntagmorg. 3 Uhr Parfeti 60 Pf. Maria Stuart. Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte Invalidenstraße 57/62.

Passage-Theater. Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr. **Carla Lingen** in ihrem Repertoire. Oskar Saldow, Humorist. Erna Koschel. Josefine Delciseur. Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau! 14 orakl. Nummern.

Metropol-Theater. Der größte Erfolg dieser Saison! Zum 172. Male: **Neuestes! Allerneuestes!** Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rouchen überall gestattet. —

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Donnerstagabend 8 Uhr: Berlin wie es weint und lacht. Volkstümlich mit Gesang in 3 Akten (10 Bildern) von David Rallisch. Musik von H. Comadt. Freitagabend 8 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht. Sonnabendabend 8 Uhr: Im weissen Rössl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Donnerstagabend 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan. Freitagabend 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.

Castans Panoptikum Friedrichstr. 165. **Neu! Peter I.** König von Serbien. **Neu! König Alexander** Königin Draga

Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Bahnhofsstr. 58. **Neu! Sascha, Neu!** der preisgekrönte Paar-Aktlet. **Taglioni,** der größte Mann der Welt. Fred Dewey, Meisterkünstler-Jongleur. Gebr. Bero, Akrobaten. Schmidt-Pantins, Humorist. Klara Antonie, Kostüm-Soubrette. **Berlin auf Stelzen** mit Billi Agoston. Anfang 4 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstraße 16. 8 1/2 Uhr: **Titus Feuerfuchs** der Mann mit den 4 Köpfen. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Prater-Theater Kottbener-Allee 7-9. Direktion: M. Kalbo. Täglich: **Das Bild der Mutter.** Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter. **Konzert und Ball.** Außerdem das neue **Juli-Attraktions-Programm.** U. a.: **Georgette Langée,** Excentric-Chamionnette. **Rosiep,** Imit. Jongleur. **Relampagos,** Akrobaten. **Schneider u. Doster,** 7 1/2 1/2 Affenstreichende. **große Pantomime der Gell-Truppe.** Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. **Nachtschl.** **Königstadt-Kasino.** Dolgenstraße 73, Ecke Alexanderstr. Tägl. im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.** Ely Deliaze, Eugen Milardo, Mao Harry Trio, Miss Bella Field, Lola u. Paulo Delbos, Rud. Schapp. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Taus.** Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. In der Klemme. Quartette von Weibel. Anfang 8 Uhr. Modestische 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Straußendstr. 1.

Diez' Specialitäten-Theater Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station). **Ob schön! Ob Regen!** Täglich das unerreichte Riesen-Juli-Programm! Gebr. Bellong, Senard & Brand. Mstr. Tertois, Elsa & Paul. Jescheck, Duskes Bioskop u. c. Sonnabend, Sonntag u. Montag: **Taus.** Anf. Sonntag 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Wintergarten. Neues Programm: Die zwei Paulis, Drahtseilkünstler. Lorraines lebende Bilder. Peschkoffs russische Tanztruppe. Miss Votana, Schulleiterin. Charl. Baron, komische Dressur. Charles Hera, Jongleur. Miss Diana, amerikan. Spiegeltänzerin. Die Scandias, Trapezünstler. Eimanns Tyroler Truppe. Mlle. Derming, Pariser Sängerin. O'Neil u. Thorp, Excentrics. De Toma, Akrobaten. Eleanor Kent, amerik. Sängerin. Der Biograph. **Schluss der Saison 15. Juli.**

Central-Verband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, 4. Juli, in den Gefanträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108-114:

XII. Stiftungs-Fest.

Im Garten: Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Von 7 Uhr ab: Grosser Ball in dem neuerbauten Niefensaal.

Um 11 Uhr: Kinder-Polonaise mit Kinder-Geschenken.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 4 Uhr ab zur Verfügung.

Anfang des Konzerts im Garten nachmittags 4 Uhr.

Billetts a 40 Pf. inkl. Tanz sind bei allen Bezirks-Obmannen sowie im Verbands-Bureau zu haben.

Um zahlreichen Zuspruch bittet

[143/17]

Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 2. Juli 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Antrag der Bautischlerbranche.

Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Vertrauensleute zu entsenden.

Eintritt nur mit Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Todesanzeige.

Am 29. Juni verstarb unser Mitglied, der Arbeiter 248/10

Rudolf Haubold

Stammeserbtage 1.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Bethemann-Kirchhofs in Nieder-Schönhausen aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

23185

Am Montag, den 29. Juni cr., starb nach langjähriger Krankheit unser pflichttreuer Beamter, Herr

Karl Gast.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwand. Gewerbe zu Berlin.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Juli cr., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofs (Nordend - Nieder - Schönhausen) aus statt.

23185

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verstarb am 29. Juni unser langjähriger Kollege

Karl Gast.

Ehre seinem Andenken!

Die Beamten der Orts-Krankenkasse d. Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe.

23175

Karl Gast.

Ehre seinem Andenken!

Die Beamten der Orts-Krankenkasse d. Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe.

23175

Todes-Anzeige.

Dienstag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr 20 Minuten, starb nach kurzem aber schwerem Leiden mein herzgeliebter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Otto Tockan

im 56. Lebensjahre.

Dieses zeigen hierdurch an

Emilie Tockan,

Familie Leder,

Familie Reinhold,

Familie Fritz Zubeil.

Die Beerdigung findet Freitag, den 3. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Patrikirchhofs, Friedenstraße, aus statt.

23175

Bilanz - Fertigungstellung.

zweimählige Einrichtung, zeitweilige Fortführung der Geschäfts-Bücher, Bücher-Revisionen durch Wilhelm Münch in Naumburg a. S., besidigter Bücherrevisor.

Schloss Weissensee.
Zum Sternecker, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Niefensprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreundfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monats-Elito-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeeküche. — Vollbelustigungen aller Art.

Max Klien's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegte Kegelbahnen, Billiard, Konditor, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhmann.
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Deute sowie täglich:
Grosser Familien-Spielabend.
Der völlig neue
Riesen-Juli-Spielplan.
Nur erstklassige Künstler.
Neues Schauspiel-Programm.
Am Saale: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist u. 3-6 geöffnet.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochenenden Garten und Saal an Vereine zu vergeben.
In Vorbereitung: **Licht und Schatten** mit Arthur Winkler vom Thalia-Theater a. G.

Schweizer-Garten
am Königsthor, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung,**
Ball und **Vollbelustigungen.**
Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Zum erstenmal in Berlin:
Die lebende Mühle.
Sensationsgemacht der Familie **Szemanovicz.**
Abends 10 Uhr:
Die neue Firma.
Ausstattungspose m. Gef. in 2 Bühnen.

Apollo-Theater.
Täglich:
Die Siebes-Insel.
Der Kosmograph: **Neue Bilder-Serie.**
George Usranis **Burleske-Pantomime**
(Der arme Onkel u. Yvette).

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sängere.
Anfang: Sonntag
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Bodentag:
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt. Mont. u. Donnerst.
nach der Solree: **Tanz.**

Neue Welt
Hasenheide 108/114, A. Scholz.
Donnerstag, den 2. Juli 1903:
Militär-Konzert.
Monstre-feuerwerk.
Specialitäten-Vorstellung.
Das sensationelle Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
Kaffeeküche, 3 Kegelbahnen.
Sonnhütte. Alpen-Rutschbahn.
Avis! In einigen Tagen:
Die grösste Sensat. des XX. Jahrh.

H
In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,50, Rum 1,00-5,00, Nordhäuser 0,45-1,30, Liqueure, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft.
Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Chausseestr. 55.
Liqueurfabrik.
Carl Schindler,

Steppdecken
Gelegenheitskauf!
Cretone, doppelseitig 2,85
Purpur, doppelseitig 2,50
Triolet, doppelseitig 3,50
Wollatlas, alle Farben 4,05
Similiseide, alle Farben 5,25
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 Mk.
Special-Haus **Emil Lefevre,**
Berlin S., Oranienstrasse 150.

Freie Volksbühne.
Eine neue Abteilung wird eröffnet.
Anträge auf Aufnahme von Mitgliedern werden in allen Zahlstellen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist gegen vorläufige Quittung das **Einschreibegeld** (80 Pf.) und die **September-Beitragsrate** (80 Pf.) in der Zahlstelle zu hinterlegen.
Die alten Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen abgegeben und gegen neue umgetauscht werden.
Der August-Beitrag beträgt **65 Pf.**
Etwaige Umschreibungen in andre Zahlstellen sind im Juli zu bewirken.
Achtung! Zahlstelle No. 32 (Rixdorf) befindet sich von jetzt ab bei **R. Pressler, Restaurant, Zietenstr. 69.** Die Mitglieder dieser Zahlstelle werden gebeten, dort ihre alten Mitgliedskarten abzugeben.
229/8 **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Asnosmin Fusswasser
Ist das wirksamste Mittel gegen Fischschweiß, macht denselben vollständig geruchlos, ohne die Schweißbildung zu unterdrücken, erhält eine normale Transpiration, erschlößt die Porphoren und löst die Poren. Kann niemals schädlich wirken, ist vielmehr von grossem Vorteil f. d. Gesundheit. Pl. N. 1,50. Anosmin-Streupulver gegen Hand- u. Fussfischschweiß, feuchte Hände. Dose 1,00
Otto Reichel, Berlin S.O. 310 Ullrichstr. 4
Metallbettstellen-Gelegenheitskauf.
Abreifehalter nur noch 8 Tage.
Restbestand 14 hochlegante, m. India faser-Kunst. Patent-Doppelfederung — Stahlmatten 90,00 bis 120,00 per Paar, sonst 30,00 höher. 18782*
Rappold, Eisenmöbel-Agentur, Marktgrabenstr. 18, Laergerbäude.

Wohnfahrts-Geld-Lotterie.
16,70 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn **100 000** Mark
Lose a 3,30 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bankgossenhof, Berlin W., Friedrichstr. 181.
Pillula: NW, Wilsnackerstrasse 63. O., Andrastrasse 46a. O., Oranienstrasse 177.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Besten Nordhäuser
Alter von 50 Jhr. an, garantiert reines Getreideprodukt. R. Liqueure. [19092*
Martin Bernst, Ritter- u. Prinzenstr. 10.

Xylolin.

(Eine papyro-humoristische Wanderel von R. M.)
Aus „Der Papier-Markt“ in Frankfurt a. M.

Mein Geschäft bringt es mit sich, daß ich hin und wieder verreise, und so befand ich mich kürzlich auf der Strecke Frankfurt-Berlin, die über Halle führt. Bis Halle fuhr ich allein, dort bekam ich auf der Station Kellergesellschaft, indem ein elegant gekleideter, junger Mann von 25-30 Jahren, mit mehreren feinen Kleiderstücken bewaffnet, mein Coupé betrat, mit dem einen Gepäckstück den Hut vom Kopf stieß, das andere, nicht leicht, mit zierlicher Wucht auf meine mit einem Zwillingsmesserstoff besetzten Knie sausen ließ, mit Gesten der Entschuldigung und Ergebung zugleich höflich in die Polster warf und mittels eines bunterbanderten Taschentüchleins den Schwitz von seinem geröteten, nicht gerade geistreichen, doch gutmütigen Gesicht wusch. Wie ich mir mein Zwillings-vis-a-vis betrachtete, dachte ich bei mir, das ist so das richtige Prototyp eines Berliner Jungen, obwohl ich ihn noch gar nicht hatte sprechen hören, aber der ungeschickte modern gearbeitete, gut sitzende Anzug, der legerer Habitus des Mannes, sein ganzes ein Gemisch von Selbstbewußtsein, Wichtigkeit und Schnoddrigkeit bildendes Gebahren ließen mich unwillkürlich an mein geliebtes Berlin denken und ich wartete nur darauf, um ihn gefragt zu werden: „Haben Sie nicht den kleinen Sohn jesh'n?“ Ueberhaupt dieser Berliner Wit, mußte ich denken, geistreich ist er nicht, oft sogar recht albern, und doch muß man über ihn lachen. Ich sah schon im Geiste, während ich mein vis-a-vis betrachtete, meine kleine Nichte, eine rechte Berliner Nange, auf mich zukommen und hörte sie, den Daumen und Zeigefinger mir gespreizt entgegenhaltend, fragen: „Onkel, hast Du schon mal so'n kleinen Schymann jesh'n?“ und auf mein „Nein“, lachend erwidern: „Ja, ooch nich“. — Aber so'n kleinen Kuerhahn? — Nein. — Na, denn sieh Dir mal so'n Auerlächbrenner jenuer an! — uhm. So lechte ich mich angeht meines holden vis-a-vis in meine letzte Berliner Vergangenheit zurück. Da öffnete mein Gegenüber plötzlich seinen blond besäumten Mund und sprach, höflich seinen Hut lässend: „Bardon, mein Herr, haben Sie schon mal 'n Anzug aus Papier jesh'n?“ Hätte ich diesen Augenblick mit einem nasen Handluch ein ins Gesicht bekommen, so könnte ich kaum in höherem Grade erschreckt worden sein, als durch diese paar Worte. Zunächst fuhr ich mit meinem Ellenbogen gegen die Coupéwand, diese beinahe zertrümmernd, dann ließ ich meinen Regenschirm, den ich in der Hand hielt, fallen, und als ich mich dann schnell hüfte, schlug ich mit dem Kopf gegen das Knie meines Nachbarn. Was hatte mich so erschreckt?

Es ist eine wunderbare Thatsache, die wohl schon jedem der geehrten Leser begegnet sein wird, daß man unwillkürlich erschreckt, wenn man sich von anderen in seinem Gedankengang beobachtet, gemüthlichen belauscht fühlt. So ging's auch mir: Während ich an den kleinen Sohn und den kleinen Kuerhahn uhm. beim Anblick dieses geanteten Berliner Jungen dachte, sprach mich der Berliner Junge plötzlich im nämlichen Berliner Dialect an, der mir fast infolge seiner Erscheinung vornehmte. — Ich muß wohl ein dummes Gesicht gemacht haben, denn mein vis-a-vis wiederholte mit erstaunter Betonung: „Also Sie haben wirklich noch keinen Anzug aus Papier gesehen?“ Dem sah ich mich mal an, fuhr er nunmehr durch mein Zögern offenbar ermutigt in erst unversichtlichen Berliner Dialect fort, wie wir jedam sind, was? Bei Sie ist mein Weib sehen, ist aus Papier; de Wäsche, der Anzug, bloß nich de Stiebeln. Ich mußte bei diesen Worten unwillkürlich an Bekanntheit denken und sein Buch „Ein Mädchen aus dem Jahre zwanzigsten“, oder wohl jener Jüngling mit vis-a-vis schon ein verfrähter Spross an jenem Zukunftsbaum bedeutete, oder hatte ich es gar mit einem Jüngling aus Döllberg zu thun? Doch zum Ueberlegen ließ mir mein Jüngling keine Zeit, sondern er fuhr in gepöhlter Weise fort, sich über meine Sachkenntnis in der Berliner Dialect zu wundern: „Also Sie kennen keine Anzüge aus Papier, denn haben Sie auch wohl nicht von Xylolin gehört? Xylolin frage ich gedehnt; warten Sie mal; Xylolin kommt wohl vom griechischen Worte „Xylos“, was Holz“ bedeutet, und Xylolin dürfte demnach soviel wie Holzfasern sein. — Na also, sehen Sie, zu was so'n Dialect humanitäre Bildung manchmal jut ist, um kommen der Sache schon mal näher. Also nun lassen Sie mal uff: Xylolin ist das neueste Erzeugnis der Textil-Industrie, in seinem Urstoff Holz, das durch verschiedene Manipulationen und Präparationen zu einem besonderen Papier verarbeitet wird. Dies letztere wird mittels besonders konstruierter und patentierter Maschinen zerleinert und zu Fäden gesponnen. Diese Fäden finden die vielseitigste Verwendung und werden alleine oder in Verbindung mit andern Zellulose Stoffen aller Art, welche sich durch Haltbarkeit und Billigkeit auszeichnen und sich im Inn- und Ausland in jederzu epochemachender Weise Bahn jedrohen haben. Aus so'n Stoff also besteht mein Anzug, lassen Sie 'n mir ruhig mal feste an, er ist nich aus Duttel, im Gegenfall, da haben Sie 'ne Probe von me'm Anzug, da können Sie dran zern, daß 's 'ne Art hat. Das is jenua so fest wie 'n richtiger Wollstoff!“ Mit diesen Worten holte er aus seiner rechten Jackettasche eine Musterprobe hervor, die er mir überreichte. Es war eine Probe, von gelbgrauer Färbung, ähnlich dem Drillstoff, aus welchem die Helmkleider der Soldaten gefertigt sind. Ich hätte die Musterprobe, an der ich ohne Erfolg kasper zappte und ich, in jedem Falle für Drillstoff oder etwas Ähnliches gehalten, sicher aber niemals für Papier. — „Sehen Sie“, fuhr mein Nachbar fort, „das is also ein Gewebe aus Papierfaser und Baumwolle; es sieht aber auch härtere, für höhere Jahreszeiten, aus Papierfaser und Wolle. Ueberhaupt werden jetzt auch farbige Anzüge in blau, grün, braun, mit einem Wort in allen modernen Tönen hergestellt. — Wissen Sie was mein Anzug jeshet hat? Katzen Se mal.“ — Ich glaubte, um mich nicht noch tiefer in den Augen meines vis-a-vis zu blamieren, nicht hoch, doch auch nicht zu niedrig rufen zu müssen; so sagte ich auf gut Glück: 20 Mark. — Keine Spur, de Hälfte, aber et sieht auch noch billiger für 7, 8 und 9 Mark.“ — Aber nur der Stoff? — magte ich schließlich einzuwenden. — „Se sind woll 'n Hoppens doll“, entgegnete mein Freund unter Lachen, mit dem Blick der Verachtung messend, „influsio, fertig ab! Ueberhaupt bilden Sie sich jarnich ein, daß mein Anzug hier nich so haltbar is, wie 'n Stoffiger, zu controlieren im Feindel, um waschen läßt er sich ooch, um wie! Das halten Sie sich ooch wohl nich träumen lassen, daß de Papierfaser noch mal dazu herhalten wird, mit Baumwolle, oder gar Wolle percent zu 'nem reiferen Anzugstoff verarbeitet zu werden?“ — Ich mußte seinen Worten zustimmen und wagte nur noch, mich ganz behelndlich nach dem Erfinder jenes so überaus preiswerten Gewebes zu erkundigen. Da man ich aber schon an; wie von der Tarantel gestochen kämpfte er von seinem Polster auf, um in die schmerzvoll-normalsvollen Worte auszubringen: „Wat, ooch dei wissen Sie nich? Wenich, was wissen Sie denn? Leben Sie denn gar keine Zeitungen, dei is ja, nehmen Sie mir's nicht hebel, jeshetzu 'ne Anforang. Haben Sie denn noch jarnichts von dem berühmten Fabrikdirektor Glanz jeshet? der Name is der Erfinder dieser jeshetzu jrandiosen Vereinerung der Textil- und fleischzeitig Papierindustrie. Denn daß die Herstellung von Papierstoffen eine frohe Zukunft hat, steht domdenfest. Aber nich alleen de Papierindustrie und de Kleiderkonfektion werden in absehbarer Zeit ihren nicht unerheblichen Vorteil aus der Verwendung der Papierfaser zu Kleidungsstücken haben, sondern auch das Gros der Bevölkerung überhaupt, und zwar dieses nach jwee Richtungen hin. Einmal wird durch das Emporkommen eines ganz neuen Fabrikationszweiges tausenden und aber tausenden von Arbeitern lohnender Verdienst jeboten werden, und dann, dann... denken Sie man bloß, wie billig die Kleidung werden wird. Jhr'n Dapfer wird man sich ja jernlich 'ne Brautsteuer koolen können. Und dann die Weiber, die Weiber... ich sage Ihnen, es wird 'ne wahre Freude sein, 'ne Frau zu ernähren, Bardon, zu bescheiden. Ich bin man erst zwei Jahre verheiratet, aber ich sage Ihnen, die Schneidverehmungen meiner Frau haben mich jeshet schon halb unjehraht. Aber ich habe meiner Frau schon erklärt, se kriegt von jeshet ab nur noch Kleider aus Papier, 'n jarniges Duzend uff 'en Mal.“ —

Die nächsten uns zugewiesenen der Haupt- und Drud u. Verlag: Vorwärts-Verlagerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Residenzstadt Berlin, und ich muß sagen, daß mir der Weg von Halle bis Berlin, so oft ich ihn gemacht hatte, noch nie so kurz vorgekommen war. Mein neuer Freund hatte seine zahlreichen Kellertische zusammen, denn er mußte schon in Charlottenburg aufsteigen. Bereits auf dem Treittre, rief er mir noch zu: „Auropos, merken Sie sich auch das noch, Direktor Glanz hat den Kleinverkauf seines famosen Papierstoffes — Xylolin,“ lechte er mit besonderer Betonung hinzu —, jeshet Berlin in Frage kommt, der Firma Baer Sohn jeshet, die ooch die Haltbarkeit der ersten Proben jeshet hatte. Adieu!“ — Dann drehte er sich auf dem Perron nochmals um wie einer, der was Wichtiges vergessen hat und rief: „Uedrijens, denken Sie sich, daß ich ein Reisender von Baer Sohn oder so bin, im Feindel, ich verzeihe de Konfuzen in Stammjarnstoff, aber wat wahr is, muß 'n anständiger Mensch ooch wahr lassen, und ich bin von mein'n Papieranzug um mal ganz entzückt; ich hab' 'n schon oder Wochen uff 'n Leib, und wie er nach ansieht. A rovidaroi!... Ein edler Mensch, dachte ich, dann blieb ich zurück mit dem Gefühl eines Kindes, dem man ein Bündchen aus Tausend und eine Nacht erzählt hat, und das nun am Schluss nicht recht weiß, ob es wahr oder träumt. Daß man bereits Spagierstöcke, Gerätschaften, ja sogar Eisenbahnräder aus Papiermasse fertigt, ist ja bekannt, auch erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß bei jenen Gegenständen der Papierstoff durch gewollanten Druck zu besonderer Konsistenz verarbeitet werden kann, daß aber das Papier das Kleidungsstück der Zukunft werden soll, wer hätte das geahnt! Und dann, diese tolleste Billigkeit! Ich habe den jeshet Entschluß gefaßt, mir baldigst einen Papieranzug zuzulegen.“

Papierfaser-Anzüge, bestehend aus Jacket, Weste und Hose, cremefarben, außerordentlich haltbares und vorzüglich walshares Gewebe, geeignet für Reife, Land-Kunstschaff, Bäder, Tennis etc. fertig 10.— Wrt.
nach Maß gefertigt . . . 13.50 Wrt.
BAER SOHN
Special-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 21te Preisliste 1903 wird kostenlos versandt.

Angriffe auf das Koalitionsrecht.

Vor kurzem teilten wir eine Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten mit, durch welche die Abhaltung von Versammlungen Streikender der Metallindustrie in Berlin kurzweg erzwungen den durch die Artikel 29 und 30 der preussischen beschworenen Verfassung und entgegen den § 182 der Gewerbe-Ordnung unterzogen wurde.

Das Streikpostenstreichen ist an und für sich ein Akt der Ausübung des Koalitionsrechts und deshalb als solches nicht zu bestrafen. Bei Ausübung dieses Rechts sind jedoch wie in der Theorie und Praxis, z. B. auch in der von Ihnen citierten Reichsgerichtsentcheidung, Band 34 S. 121 ff. anerkannt, die bestehenden Gesetze und die auf gesetzlicher Grundlage erlassenen Polizeiverordnungen zu befolgen.

Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Gelegenheitlich des Streiks in der Hartungischen Fabrik war durch Gemalthätigkeiten zwischen Streikenden und Arbeitswilligen auf öffentlicher Straße die Sicherheit und Ruhe gestört worden.

Zurechnung! Das Streikpostenstreichen ist gesetzlich gewährleistet und deshalb nicht zu bestrafen. Es muß aber dem „höheren Zweck“ der Polizeibehörde weichen, also ist die Ausübung des Streikpostenstreichens zu verhindern.

Dieser Deduktion bewegt sich völlig im Geleise der vom Reichstag beschlossenen Justizhausvorlage zur Verhinderung der Ausübung des Koalitionsrechts, das „an und für sich“ beileibe nicht angezweifelt werden sollte.

Der Vorsitzende verliest im weiteren Verlauf der Verhandlungen dann bezüglich der Beschuldigungen zahlreiche Stellen aus Briefen Terlindens. Wir greifen einiges Charakteristische heraus: Einmal wurden zum Beispiel die Schreiben verwechselt. Ein an den Darmner Bankverein gerichteter Brief wurde in das an Feld abrefferte Couvert gesteckt und ein an Feld bestimmter Brief in das Couvert des Darmner Bankvereins gelegt.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im allgemeinen wohl. — Vorf.: Woher hatten Sie einen Paß? — Terlinden: Diesen hatte mir Kosbadi verschafft. — Vorf.: Kosbadi wußte also, daß Sie flüchten wollten? — Terlinden: Ja wohl. — Vorf.: Wieviel Geld nahmen Sie mit? — Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

Terlinden: Im ganzen etwa hunderttausend Mark. Ich bezog ein Gehalt von 15000 M., verbrauchte aber bloß 3000 M., da das Geschäft nicht so ging, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ich nahm daher meinen vollständigen Gehalt für vier Jahre in Höhe von 48000 M. und 14000 M. nicht abgehobene Tantiemen, im ganzen 62000 M. und außerdem 40000 M., die meiner Frau gehörten, mit.

stieß auf dem Bahnhof von Schaerbel, einem Vororte von Brüssel, mit einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Zuge zusammen. Zahlreiche Personen sind verletzt. Die Einzelheiten zeigen, daß es sich um einen schweren Unfall handelt, der aber doch nicht den Umfang einer Katastrophe besitzt, wie man auf der ersten Nachricht hin fürchtete. Man zählt etwa 20 Verletzte, einige darunter befinden sich in bedenklichem Zustande. Alle Verwundeten wurden sofort in die nächstgelegenen Krankenhäuser oder in die Büroräume der Gasanstalt gebracht, wo sie ärztlichen Beistand erhielten. Die Leichtverletzten wurden an der Unglücksstätte verbunden und fuhren nach Brüssel weiter. Unter den Opfern befinden sich auch mehrere in Antwerpen ansässige Deutsche.

Das Eisenbahnunglück an der Kaiserka-Brücke erzählt der Schaffner des betreffenden Zuges dem Berichterstatter der „Daily Mail“ wie folgt: „Ich war gerade in den vierten Wagen eingetreten, um die Billette an mich zu nehmen. In dem Wagen sah nur ein einziger Passagier. Wählig sprang der Wagen mehrere Male festig von den Schienen in die Höhe und im nächsten Augenblick befanden wir uns in einer Masse von Holz und Eisenstrümmern. Die lange Zeit verstrich von dem Augenblick, wo der Zug entgleiste bis zu dem Moment, wo ich mich in einem Trümmerhaufen wiederfand, das weiß ich nicht. Der Tender der Lokomotive hing über uns. Er drohte mich zu erdrücken und hatte verschiedene Menschen unter sich begraben, die noch leben mußten, denn sie köhnten. Es gelang mir herauszukriechen, und ich nahm dann sofort an der Rettung anderer teil. Unsere Arbeit war grauenvoll. In dem letzten Eisenbahnwagen fanden wir überhaupt keinen Menschen mehr am Leben vor. Die Passagiere 1. Klasse waren fast alle umgekommen. Die Lokomotive war auf den Lokomotivführer und den Heizer gefallen und hatte beide erdrückt oder verbrannt. In einem Abteil befanden sich ein Mann und eine Frau aus dem Volke, die ein neun Monate altes Kindchen bei sich hatten. Als der Zug stürzte, warf die Frau das Kind in das leichte Wasser des Flusses, wo es gerettet wurde. Die Mutter selbst blieb tot und der Vater wurde schwer verletzt. Einige Leichen waren in mehrere Stücke zerschnitten, andre zu einer unerkennlichen Masse zerquetscht. Einem Passagier war der Kopf abgerissen und dieser Kopf stand auf einem Pfeiler, von wo er mit starrten Augen auf das fürchterliche Bild herunterblickte. Ein kleiner Knabe, der auf der Brücke stand und dem vorbeifahrenden Zuge zusahelte, wurde in den Fluß geworfen und zerquetscht. Viele der Verwundeten baten, daß man sie töten möge. Alle schrien lächelnd nach Wasser. Zu der Katastrophe wird ferner telegraphisch gemeldet: An der Unglücksstätte von San Afencio sind weiter 42 Tote und 69 Verletzte geborgen worden; etwa 50 Tote sollen sich noch unter den Trümmern befinden. Die Regierung hat auf eine Interpellation in der Kammer und im Senat zugejagt, eine strenge Untersuchung vorzunehmen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Ein fürchterliches Grubenunglück wird telegraphisch aus Hanna in Whoming gemeldet. Dort geriet eine der Union Pacific Coal Company gehörige Kohlengrube infolge einer Explosion in Brand. Der alle Zugänge verstopfende Rauch erschwerte das Eindringen in das Innere der Grube, in der sich 200 Arbeiter befanden. Hinauszuwachen von diesen sind, zum Teil tot, geborgen worden; man fürchtet, daß die übrigen sämtlich umgekommen sind.

Ein Sensationsprozeß. L—a Rom, den 27. Juni. Ein Sensationsprozeß, der bereits vor Monaten das öffentliche Interesse in hohem Maße erregt hat, ist durch eine neue Beschäftigung in ein neues Stadium getreten. Vor zehn Monaten wurde ein Graf Bonmartini in seinem Absteigequartier in Bologna ermordet aufgefunden. Der Tod war schon seit mehreren Tagen erfolgt; die Anordnung des Zimmers, in dem sich die Leiche eines Couverts fanden, deuteten auf ein Stelldichlein hin, das der Graf mit einem Frauenzimmer gehabt hätte. Man glaubte also zunächst, daß ein Raubmord vorliege — die Leiche und die Wohnung waren geplündert — dessen Urheber eine Dirne und ihr Zuhälter wären. Die Lebensgewohnheiten des Grafen, der als Lebemann bekannt war, ließen diese Erklärung plausibel erscheinen. Es trat aber plötzlich eine dramatische Wendung ein: der große Minister Professor Murri, Dozent an der Universität Bologna, zeigte dem Untersuchungsrichter seinen einzigen Sohn, Tullio Murri, als Mörder an. Die Wirkung dieser Enthüllung war ungeheuer, die Nachricht wurde mit einem an Ungläubigkeit grenzenden Erstaunen aufgenommen. Der unglückliche Vater, dessen Tochter die Gattin des Ermordeten war, gab nach den Mitteilungen seines Sohnes Tullio die folgende Darstellung der That: Der junge Murri, der mit seinem Schwager sehr schlecht stand, wäre mit diesem in seiner Wohnung in bei der Wirtin geraten, von ihm angegriffen worden und hätte ihn bei der Abwehr getötet. Es läge also kein Mord, sondern Ueberschreitung der Nothwehr, im schlimmsten Falle Totschlag, vor. Um die Spuren zu verwischen, hätte Murri nachher die den Raubmord simulierenden Veranstaltungen getroffen.

Aber auch diese neue Version, auf Grund deren der Rechtsanwalt Tullio Murri an der dreifachen Grenze verhaftet wurde, als er im Begriff war, sich den Gerichten zu stellen, hielt der gerichtlichen Untersuchung nicht stand. Diese ergab, daß Bonmartini mit seiner Frau Linda, der Schwester des Angeklagten, in sehr unglücklicher Ehe lebte. Die Gräfin unterhielt seit Jahren eine Liebschaft mit einem Vologneser Arzt, Dr. Secchi, und verschiedene Umstände deuten darauf hin, daß ihr Bruder, der seine Schwester leidenschaftlich liebte, sie von der unglücklichen Ehe mit dem ungeliebten Manne zu befreien suchte.

Die Voruntersuchung, die mit dem üblichen Schnodden tempo vorgeht, hat nun festgestellt, daß der Mord langer Hand geplant und vorbereitet war. Als der Missethäter an der Missethat verhaftet wurde, wurden verhaftet: die Gräfin Linda Bonmartini, Gattin des Ermordeten, deren ehemalige Kammerjungfer, die Geliebte Murris, mit Namen Bonetti, ein Freund Murris, Dr. med. Raldi, der sich am 24. d. M. im Gefängnis durch Eröffnen einer Schlagader das Leben zu nehmen suchte und noch heute in Gefangenschaft ist. Gestern wurde nun auch Dr. Secchi verhaftet, was in Bologna ungeheures Aufsehen erregt hat. Secchi war am Tage der Missethat von Bologna abwesend, auch Raldi ist am entscheidenden Abend wenige Minuten nach der Ankunft des Grafen in Bologna nach Florenz abgereist. Die Ergebnisse der Voruntersuchung werden streng geheim gehalten, man weiß aber, daß Murri seine Version aufrecht erhält. Raldi soll aber durch eine ihm von Untersuchungsrichter gestellte Falle — man hat ihm gesagt, Murri bezeichne Raldi als den Mörder — zu einem Geständnis hingetrieben worden sein. Er scheint ausgefagt zu haben, daß er mit Murri zusammen den Mord vorbereitet habe, aber, von dem Grafen der That beseigt, im letzten Augenblick seine Mißhilfe verweigert hätte, worauf Murri den Grafen allein getödtet hätte. Im Laufe der Voruntersuchung wurde eine Konfrontierung Raldis mit Murri nötig und durch sie erfuhr Raldi, daß er seinen Freund verraten hatte auf Grund einer falschen Information des Untersuchungsrichters. Daher die Verweigerung und der Selbstmordversuch. Die Gräfin und die Bonetti leugnen jede Teilnahme, Secchi erscheint verdächtig, Murri die Wunde am Arm beigebracht zu haben, durch die er die Fingerringe eines Angegriffenen Bonmartinis glaubhaft machen wollte. Ueber den ganzen Verbrechen liegt trotz allem ein tiefes Dunkel, manche glauben sogar, daß Murri mit seiner Person den wirtlichen Schuldigen deckt. Der Prozeß, der eine der angesehensten Familien Volognas betrifft, wird wegen Verdachts der Befangenheit nicht vor die Riffen dieser Stadt kommen. Murri ist ein bisher ganz unbekannter Mensch, der allgemeine Achtung genießt. Er ist Mitglied der socialistischen Partei und gehörte der socialistischen Fraktion der Vologneser Stadtverwaltung an.

Vermischtes.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Ein aus Antwerpen kommender Personenzug, der zahlreiche Kaufleute dieser Stadt mit sich führte, die sich zu dem Getreide-Wochenmarkt in Brüssel begeben wollten,

Mitteilung!

Wir haben aus einer der grössten Berliner Blusen-Fabriken einen grossen Posten der elegantesten Blusen billig erstanden und empfehlen wir diese als

1966

ganz besonderen Gelegenheitskauf.

Stoffe: Feinster indischer Seiden-Batist
mit garantiert echt schweizer Stickerei in allerlegantester Ausführung.

Farben: Hellblau, é cru und weiss.
Grössen: 42, 44, 46 und 48.

Preis: Mk. 5.50 und Mk. 7.50.
Wert: Mk. 13.- und Mk. 17.-.

Gebrüder Wolff, Invaliden-Strasse 134, Ecke Garten-Strasse.

Zwanglose Vereinigung „Neue Heilwissenschaft“
Charlottenburg-Berlin. Vorf.: M. Kube.

Großer öffentl. Vortrag für Damen und Herren.

Freitag, den 3. Juli 1903, abends 8 1/2 Uhr.

Berlin N., Badstr. 20 bei Ballschmieder (großer Saal), spricht **Fr. M. Kube** (prakt. Naturheilkundige) über:

1. Weniger Menschen, aber glücklichere.
 2. Warum giebt es so viele trauere Frauen und Mädchen?
 3. Wie erzielen wir ein gesünderes und kräftigeres Geschlecht?
- Abkommen der „Neuen Heilwissenschaft“ sowie Mitglieder der Naturheilvereine haben gegen Vorgehung ihrer Abkommensarten freien Eintritt. 19562
Sprechstunde: Charlottenburg, Berlinerstr. 125.

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,
Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelbucken, Gegründet 1863
empfiehlt als Specialität: 1694L*

Magdeburger und Nordhäuser Kautabak
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei ohne Arznei die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort, das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Opiumextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstr. 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 964L*

Buss' Salon und Garten

Inh. W. Theel, Gr. Frankfurter-Str. 85
empfiehlt sich den geehrten Vereinen zu Festlichkeiten. 19602*

Montag, Mittwoch und Sonnabend noch frei.

Industrie-Festsäle

Beuthstrasse 19/20 (früher Cohn).

Nach vollständiger Renovierung Eröffnung Anfang August. **Säle**, 150, 250 bis 1000 Personen fassend, mit und ohne Theaterbühne, stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen etc. zur Verfügung.

Durch allerbestes Bewirtung und Bedienung, sowie grösstmögliche Coullans hoffe ich bald die Zufriedenheit der mich Beehrenden zu erlangen und bitte daher um geneigten Zuspruch. 1877L*

Bestellungen für die bevorstehende Saison werden jederzeit entgegengenommen. **Max Wendt**, früher langjähriger Geschäftsführer im „Segler-Schloss“, Hankels Ablage.

Sportshaus Ziegenhals bei Rauchfangwerder.
(Horrtlich am Crossin-See gelegen.)
Sonntag, den 5. Juli: 20172*

Extra-Dampferfahrt mit Musik.

Abfahrt: Schültheiß-Kiosk am der Zammowbrücke (Station der Reeberei Rohlitz) 8 Uhr früh und 2 Uhr nachmittags. Fahrpreis hin und zurück 1.- Mark, einfache Fahrt 60 Pf.

Schon 11. Juli Briesener Ziehung.

60,000 baare und Mark
1 eleg. 4spännige Equipage
sind die Hauptgewinne der

Schloss Burg-Loose à 3 Mark und **Briesener Pf.-Loose à 1 Mark** gegen Einzahlung von 4 M. 30 Pf. franco 2 Loose nebst Gewinnlisten

Lud. Müller & Co. Berlin, Breitestr. 5.

Gepfehle allen Freunden u. Bekannten **Mein Weiss-Bayrischbier** und **gr. Speisegezeichnet**. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendlich à la carte von 30 Pf. an 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. *
H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Auf allerbequemste Art

Tellzahlung!!! (wöchentlich 1 Mark)
Herrn-, Damen- u. Wocker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten.
Jahre & König,
19582* Warschauerstr. 72.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenwulferstr. 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Briningerstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis:** Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO:** Paul Böhm, Laufferplatz 14/15 (Zaden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stöckert, Weststr. 41/42 — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Kaschke, Kögnerstr. 24, vorn part. links. — **Schönehauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastrupstr. 133, Hof part. — **Alt-Glienicker:** W. Pate, Rudowstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Schramm, Seifenmeisterstr. 1, Ecke Weststr. 109, part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** S. Ridel, Ullandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Etto Seiffel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — **Grünau:** Hermann Steinid, Jägerstr. 16. — **Rixdorf:** W. Heinrich, Prinz Handjersstr. 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Richard Juri, Edisonstr. 4, vorn 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Donaldson, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hübner, Gadenbergstr. 8. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** P. Bernice, Rixstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Rohr, Dippelstr. 8, und **H. Schellhase**, Uhornstr. 15a. — **Baumshulweg:** Stoll, Grünstr. 2, II. — **Neu-Weissenau:** Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ecke Streutstr. — **Rummelsburg:** Jörgert, Prinz Albrechtstr. 5a. — **Pankow:** S. Kummer, Florastr. 43.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Alle Wanzgen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. 50 Pf. und 1 M. Ebenfalls Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse etc. Schadet 30, 60 Pf. u. 1 M. Jährliche Ankerungen. 19582*

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Nicht-erfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie**, jetzt Brunnstr. 14, früher Nr. 18.

Otto Grundmann
prakt. Naturheilkundiger
Königsplatz 72, II-2, 6-8,
Charlottenburg, Berliner-
str. 40, 8-9. *

Versuche Dein Glück!

in dem bekannten vom Glück begünstigten Bank- u. Lotteriegesch.
J. Rosenberg,
Kommandantenstr. 51.
Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen aller Geldtitel.
Briesener Pferde-Lose à 1 M.

Land 2 Mark

300 Mark, nur mündlich, verkauft **Hinsche, Wilmannstr. 4, 19992***

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

- Restoration** Umstände halber zu verkaufen. Zu erfragen bei Bengels, Große Frankfurterstr. 133. 744*
- Tabakfabrik.** Gutes Schanzgeschäft sofort verlässlich. Götterstr. 3. *
- Bahnhof** Wilbau, bei Reichen, Hoherlehme, Schwartkopfstr. 10, Möblier, hochgelagerte prachtvolle Baustellen, gute 20 Hektar, ohne Anzahlung, nur 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschluss-Gebühr. Dorndorf, Gastwirt, Hoherlehme. 17019*
- Gartenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
- Gerrenanlage, Sommerpaletts,** Herrenhofen, zurückgesetzte hochporzellan-ähnliche, deutsches Verlanhaus, Jägerstr. 63. 22636*
- Sportbillig** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorleinen, Böden, Anzüge, Remonteurwaren, Uhren, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder, Pelzhaus Neanderstr. 6. Teilzahlungen geklärt. *
- Steppdecken, Sportbillig, Badrit** Weinstr. 20. 497*
- Steppdecken, Gelegenheitskauf** in Similtiefe statt 8 Mark jetzt 3,75, verkauft Julius Reumann, Belle-Alliancestr. 105. 17178*
- Gartenresten, Sportbillig, Gar-** dinen-Fabrikanten, Gräner Weg 80, parterre. Kein Laden. 19698*
- Möbelfabrik** verkauft Sportbillig reed gearbeitete Möbel, Kuschelspinden 28,00, Säulenspinden 50,00, wundervolle Garnituren, Sofas, prachtvolle Schlafzimmer, herrlich gestrichene Küchenschrank, sowie vollständige Einrichtungen. Hirschowitz, Paradenstr. 7a. 17058*
- Teppiche** mit Handweberei in Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
- Fahrräder, Teilzahlungen, 125** Mark, Invalidenstr. 148, Stallstr. 40. 16018*
- Strickmaschinen, auch Teilzah-** lungen, Dreherstr. Engel-Ufer 20. *
- Babageien, prima Sprecher** und junge, von Hamburg eingetroffen, auch Lausch, Kommandantenstr. 52, Restauration. 8/20
- Stube** gestohene Säulenmöbel-Garnitur, Säulenträume, noch neu, verkauft junger Mann billig, Händler ausgeschlossen, Braunkaufmann, Bergstr. 2 I. 8/19
- Steppdecken** billigst Badrit Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Dingschiffen, Bobbin, Schnell-

- mäder, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 497*
- Fahrräder, verlässliche Teilzah-** lung, Schönehauserstr. 11, Hofenholerstr. 26, Verlässlich allergrößte billige Räderbezugsquelle Berlin. In bedeutend erweiterten Lager-räumen annähernd 400 Fahrräder sämtlicher Fabrikanten, 10 Brennbo-räder, Adleräder, Dürkoppäder, Stiglaräder, Wanderäder, Panikeräder, Germaniaräder, Premieräder, Excelsioräder, Prestoräder, Barbo-rofäder, neue, gebrauchte Damen-räder, hochgeschaltete Kaskinien, Sportfahrräder, fast alle billige Preise. Leihhaus Neue Schönhauserstr. 11, Rosenhalerstr. 115,00.
- Restaurant** im großen Geschäftsbau, Oktober großer Bau nebenan, billig verlässlich. Näheres Alte Jakobstr. 26, Schlächterladen. 23148
- Dunel** mahagoni Kleiderkasten, Bettische, Sofa, verkauft Porath, Wilhelmstr. 13. 23068
- Rechtsbureau.** Langjährige Er-folge! **Habisch**, Wilhelms Weg vierund-neunzig (Hindenburgplatz), Gerichts-beistand, Eingabengesuche, Kate-rtellung. 22515*
- Rechtsbureau, Prozeßbeistand,** Eingabengesuche, Katerstellung, Rest, Brunnstr. 21, vierzig. 22875*
- Patentanwalt** Dammann, Dra-nenstr. 57, Rosinplatz, bis abends neun. 21458*
- Rechtsbureau** Peiß, Brunnstr.-str. 97. 17358*
- Fahrradgeschäft, auch defekt, Hoch-** laß, Schönhauser Allee 163a. 9171*
- Platina, Gold, Silber, Gebisse,** alte Uhren, Blattgold, Rehgold laufft Hoch, Brangelstr. 4. 23055*
- Verleumdung,** die ich gegen Frau Belle in Vughten ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. Frau Hebig geborene Quandt. 23075
- Italienische, Französisch** überseht Wolf, Bachstr. 12. 488
- Geschäftsläufer** erhalten gang-bare Geschäfte jeder Art nachgehenden für Berlin — außerhalb. Einzelne mit Hausverwaltung. Rosow, Brunnstr. 121. 714
- Alte Goldschmied, Zahngebisse,** Platin, Silber laufft Schneider, Brunnstr. 137, Goldschmelze.

Wittagsstisch, vorzüglich, mit

- Vier fünfzig Pfennig; große Aus-wahl. Abends bis zu kleinen Preisen. Gutzgasse 12, Vereinszimmer, 30 bis 50 Personen, auch zu Ab-erhalten passend. Heinrich Hoppe, Katerstr. 21 (neben der Markthalle). *
- Vereinszimmer, großes, frei,** Chmeonstr. 23, Bild. 17388*
- Vereinszimmer, Kurth, Kaufstr.** 46. 414*
- 75 Pfennig!** Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Katerstellung, Aller-billig! Gerichtsklagen, Strafsachen, Unfallkassen, Versicherungs-, Alimen-tenkassen, Duldung, Schlichter-str. 141. 23206
- Kurbelräder, selbständiger Ar-** beiter, zur Leitung einer Stickerlei verlangt Hugo Baruch u. Cie., Alte Jakobstr. 24. 23065
- Schuhmacher** mit eigener Werkstatt für historische Fußbekleidungen wollen sich sofort melden. Hugo Baruch u. Cie., Alte Jakobstr. 24. 23136
- Dreher, tüchtigen, auf Stöpsel-** stanzen, nur solchen, verlangt Hirsch-horn, Köpferstr. 149. 23115
- Tüchtige Innenputzer** werden so-fort eingestellt. Neubau Poststr. 26. Zu melden beim Portier selbst. 444
- Glimmerinnen auf Gratulations-** karten sofort. Winkler, Stralauer-platz 8/9. 4148
- Belegerinnen auf Goldleisten** ver-langt Beckmeister, Brunnstr. 194.
- Mamiell auf Paletts** verlangt Beile, Fiedlerstr. 22, I. 23065
- 50 Mamiell auf Saccos, 200 M.,** verlangt Friß, Grenzstr. 11 II. *
- Tischneiderinnen** auf Stöpsel- stanzen erhalten dauernde Stellung. Alte Leipzigerstr. 1 links. 22955
- Baumdarinnen** sofort gesucht bei Hugo Baruch u. Cie., Alte Jakobstr. 24. 22765
- Tailen, Rod- und Guardeiterinnen** sofort gesucht bei Hugo Baruch u. Cie., Alte Jakobstr. 24. 22775
- Im Arbeitsmarkt durch** besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
- Achtung, Holzarbeiter!**
Zuzug nach der **Bautischlerei C. Kortüm,** Behndemstr. 21, ist streng fernzuhalten. 83/5* Die Ortsverwaltung.
- Achtung, Kürschner!**
Bis jetzt haben 35 Firmen mit 515 Arbeitern und Arbeiterinnen unsere Forderungen durch Unterschrift anerkannt.
Verbands:
A. Wolf, Poststr. 7/8.
H. Wolff, Burgstr. 29.
O. Pankow, Oberwallstr. 18.
E. Velters, Ritterstr. 123.
Gobr. Breslauer, Niedertwallstr. 21.
Weiner, Böttcherstr. 22.
A. Ergang, Doppel-Allee 115.
Bähr & Salomon, Hansvogelplatz 12.
D. Levin, Hansvogelplatz 13.
- Stellenangebote.**
Bergolder verlangt, eventuell außer dem Hause. Prehn, Fiedlerstr. 40. 23236

Verschiedenes.

Vermietungen.

- Wohnungen.**
Kleinwohnungen, herrliche, sofort billig, Fiedlerstr. 15 (Dien). 8/14*
- Mühlenstr. 8, nahe War-** schauerbrücke und Oberbaum, Hof-zum 1. Oktober freundliche Woh-nungen billig zu vermieten. Näheres dabei beim Verwalter. 17378*

Arbeitsmarkt.

- Stellengesuche.**
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gefertigt, sie werden abgeholt und zurückgeliefert, auch wird Sterngeflecht gefertigt. A. Gläser, Pulaststr. 27. 22006
- Parteiexpose,** 25 Jahre, solide und zuverlässig, gute Handchrift (Steinbildhauer) möchte Beruf wechseln. Gefällige Angebote unter G. 25 Post-amt 34. 23126
- Arbeiter - Gesangsverein** sucht tüchtigen Dirigenten für Donnerstags, Rummelsburg, Neue Prinz Albrechtstr. 44, Restaurant. 17438